

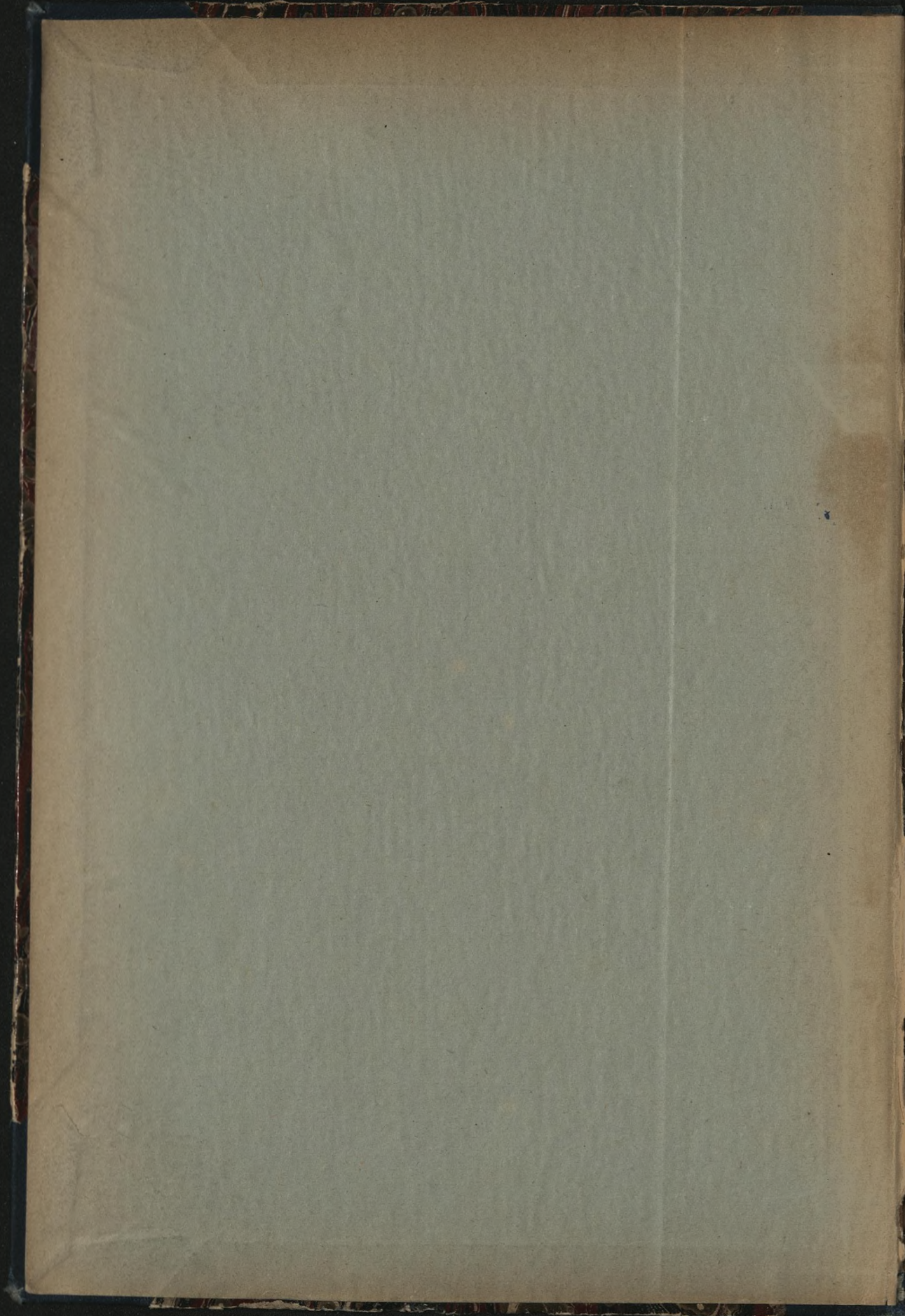
Sozialwissenschaftliche Studien-  
bibliothek bei der Arbeiterkammer  
in Wien

Do

1423

2391

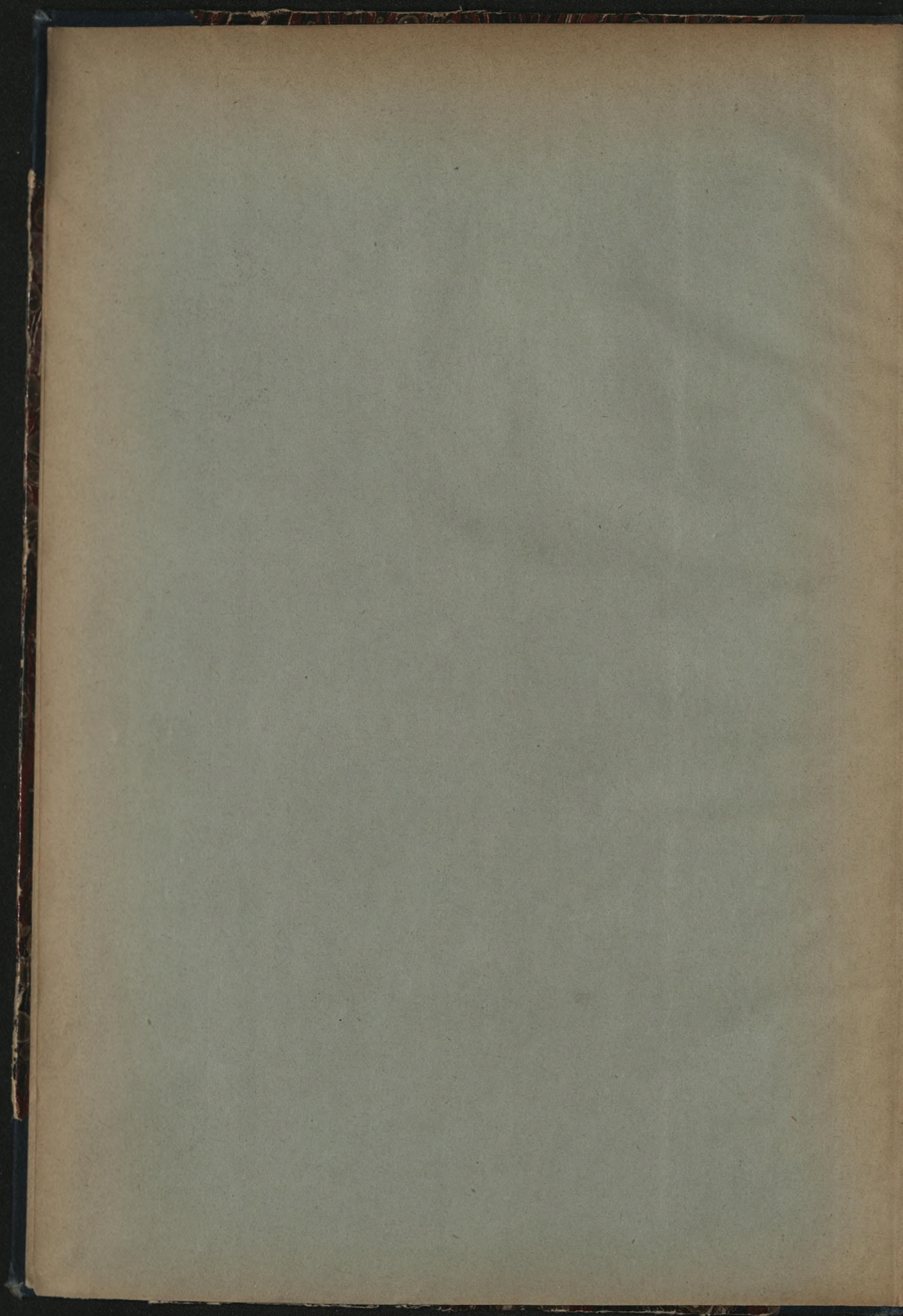














K

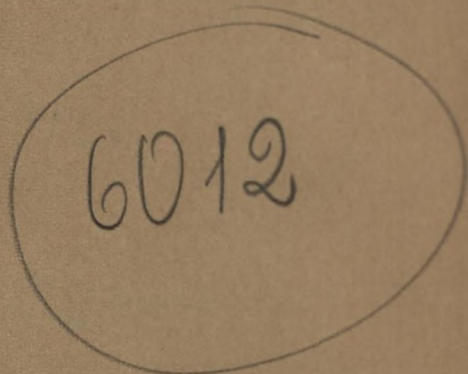
# Das Problem der besten Gesellschaftsordnung



Sonderabdruck von sechs in der  
Politisch-Anthropologischen Revue  
erschienenen Aufsätzen

von

**Dr. Otto Schmidt-Gibichenfels**



Leipzig 1909  
Thüringische Verlags-Anstalt, G. m. b. H., Talstraße 12.



Do 1426

Druck von Dr. L. Nonne's Erben (Druckerei der Dorfzeitung)  
in Hildburghausen.

B 2391

k3154 FES21.07.75

Bibliothek  
der Friedrich-Ebert-Stiftung



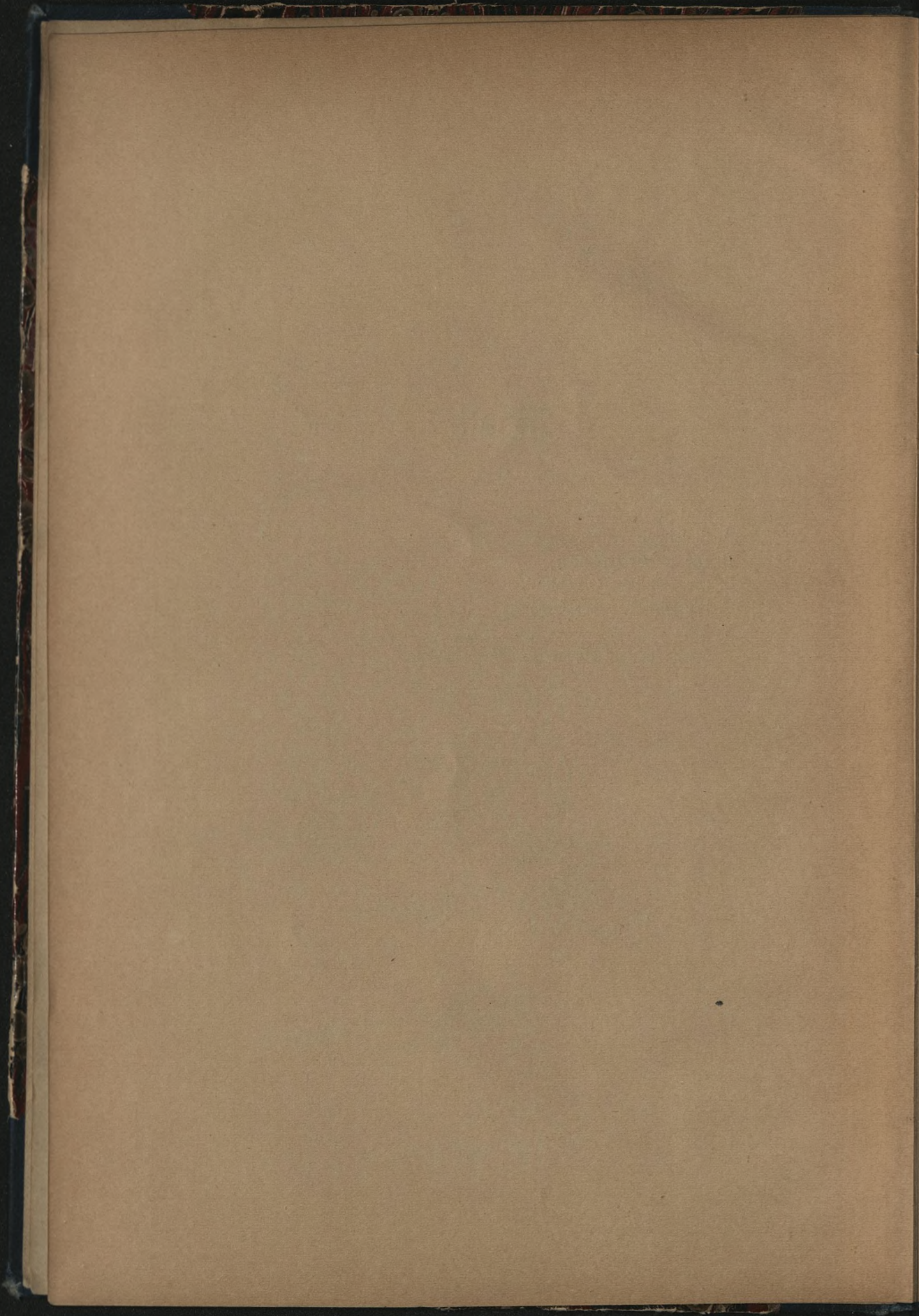
# Inhalt.

---

	Seite
Vorwort . . . . .	V
I. Einleitung . . . . .	3
II. Die soziale Ordnung . . . . .	6
III. Die politische Organisation . . . . .	14
IV. Die wirtschaftliche Ordnung . . . . .	33
V. Schluß . . . . .	47
Gesunder und kranker Gesellschaftskörper . . . . .	66

---







## Vorwort.

Nachstehende Reihe von Aufsätzen sind unveränderte Abdrücke aus der in demselben Verlage erscheinenden „**Politisch-Anthropologischen Revue**, Monatsschrift für das soziale und geistige Leben der Völker“. Die ersten vier sind im Juni-, Juli-, August-, September-, der letzte schon im März-Heft, sämtlich im Jahre 1909 erschienen. Der letzte Aufsatz gehört zwar nicht organisch, aber doch stofflich und sachlich zum Ganzen.

Wie die Monatsschrift überhaupt, so sind auch diese Aufsätze keineswegs nur für Fachgelehrte, sondern für alle Gebildeten, die sich für Fragen der Rassen- und Gesellschaftsbiologie interessieren, bestimmt. Es war dabei meine Absicht, das wichtigste Problem der Gegenwart und nächsten Zukunft nicht nur so anschaulich und verständlich, sondern auch so kurz, wie irgend möglich, vor die Öffentlichkeit zu bringen. Wer über dieses Problem ein mehrbändiges, gelehrtes Werk schreiben wollte, würde, wenn überhaupt einen Leserkreis, so doch nur einen sehr eng beschränkten finden. Damit wäre aber der großen Sache, um die es sich hier handelt, schlecht gedient. Es gibt gar kein besseres Mittel, auch die wichtigste, dringendste Angelegenheit „ad calendas Graecas“ zu vertagen, als sie in einem dickleibigen und schwer lesbaren Werk niederzulegen. Da ruht sie dann sicher, bis sich ein sogenannter Laie findet, der ihr zu einer Auferstehung in neuem, schönerem Leibe verhilft.

In dem vorliegenden Büchlein wird man hoffentlich nichts für das Verständnis der Sache wirklich Wesentliches vermissen. Wer sich jedoch noch ausführlicher unterrichten will, den verweise ich auf mein demnächst erscheinendes größeres, aber ebenfalls allgemein verständliches Werk: „Die Mittel zur Macht. Natürliche und kulturelle Grundlagen der Politik.“

Viele Politiker glauben heutzutage nur noch wirken zu können, wenn sie sich an die große Masse und deren niedrigste Instinkte wenden. Sie bedenken dabei nicht, wie gefährlich das ist und wie sehr es zuletzt eine auch nur halbwegs vernünftige Leitung erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Sie wollen, soweit sie es überhaupt ehrlich meinen, eine neue Ordnung, erreichen aber auf solchem Wege doch nur das Gegenteil jeder Ordnung, die Anarchie. Das vorliegende Büchlein will auch auf die Masse wirken, aber auf die Masse der hinreichend Urteilsfähigen und Willenskräftigen, die in allen Schichten — unten, oben und in der Mitte — die geistige Führerschaft bilden. Diese gibt unter normalen Umständen, d. h. wenn



sich keine Unberufenen einmischen, für alle übrigen den Ausschlag. Die große Masse der übrigen hat im Grunde weder Willen noch Urteil. Sie läßt sich beides nur suggerieren, und wenn das nicht von seiten berufener Führer geschieht, so sind es eben Unberufene, die sich die Unfähigkeit oder Fahrlässigkeit der verantwortlichen Regierungsorgane zunutze machen. Wenn sich also die große Masse heutzutage mehr als sonst ungebärdig, pöbelhaft oder töricht benimmt, so liegt das weniger an ihr, als an denen, die sich die Führerschaft angemäßt haben. Mit den Führern würden sich aber auch die Massen bald bessern.

Ich wende mich darum mit dieser Schrift an jene bessere geistige Führerschaft, d. h. an alle, die hinreichend klaren Verstand und guten, ehrlichen Willen haben. Von den Unehrliehen erhoffe ich nichts, auch wenn sie in ihrer Art noch so raffiniert sind. Man kann diese wohl von der Richtigkeit eines mathematischen, aber nicht eines politischen oder religiösen Lehrsatzes überzeugen. Derartige Wahrheiten sind nicht allgemein gültig, sind durch die besondere Natur und die besonderen Lebensbedürfnisse der verschiedenen Individuen, Klassen, Rassen bedingt. Eines schickt sich hier nicht für alle, und letzten Endes entscheidet hier nur die Macht. Wohl der Gesellschaft, in der die Ehrlichen und Rechtschaffenen die Macht haben. Man bilde sich aber nicht ein, die Unehrliehen durch Gründe, seien sie auch noch so klar, überzeugen zu können. Bei ihnen hilft nur die Macht, und wehe der Gesellschaft, die nicht die Macht hat, sie in Schranken zu halten.

Ich bin fest überzeugt, daß diese Schrift in gewissen Kreisen die heftigste, giftigste Gegnerschaft und Kritik finden wird. Das wird mich aber nur freuen, denn daran werde ich erkennen, daß ich auf dem rechten Wege bin. Bei der Ordnung einer Gesellschaft, die nicht aus einer einzigen Rasse organisch emporgewachsen, sondern aus ungleichen und nicht immer gut zusammenpassenden Elementen gebildet ist, kann man es nicht allen, nicht einmal allen guten, braven, ehrlichen Leuten völlig recht machen. Wer eine relative Vollkommenheit des Ganzen will, muß gewisse Unvollkommenheiten im einzelnen mit in den Kauf nehmen. Denn wollte man diese vermeiden, so würden andere, noch größere Unvollkommenheiten entstehen. Vielfach erscheint auch in der Gegenwart als gut, was sich schon in der nächsten Zukunft als schlimm erweisen muß. Ein billig Denkender wird zufrieden sein, wenn die großen Uebel, die großen Ungerechtigkeiten und Unschönheiten aus der Welt geschafft sind, wobei unter der „Welt“ natürlich zuerst und zunächst das eigene Volk und eigene Vaterland zu verstehen ist. Immer werden freilich kleinere Uebel und kleinere Ungerechtigkeiten bestehen bleiben, denn diese zu beseitigen, wird niemals gelingen; aber das Ganze des Volkes muß stets vor dem Teile, und die dauernde Gesundheit, Kraft und Größe vor einer vorübergehenden den Vorrang haben.

Von diesem Standpunkte aus wolle man das Nachstehende prüfen.

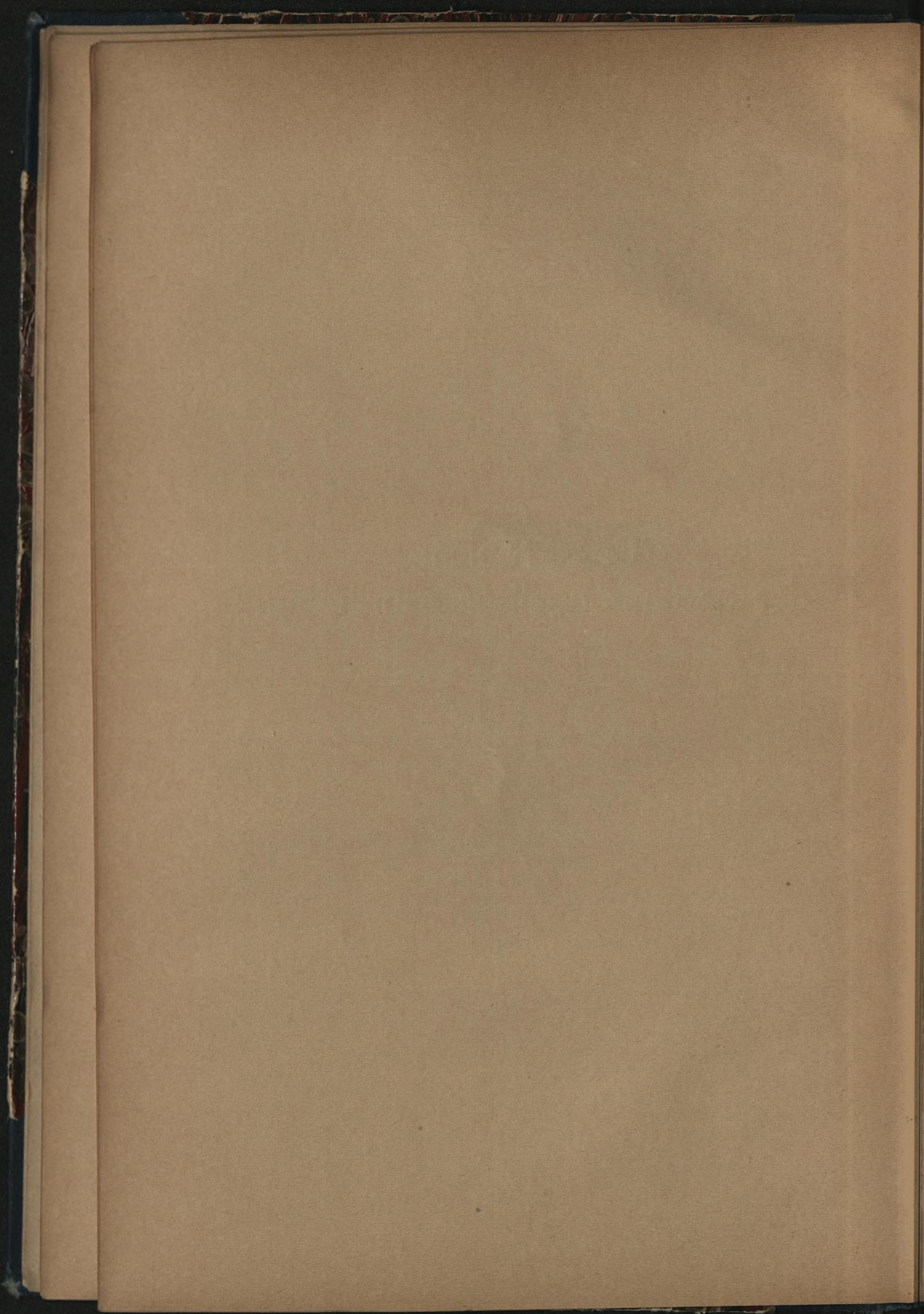
Berlin, im September 1909.

**Der Verfasser.**



Das Problem  
der besten Gesellschaftsordnung.







## I.

### Einleitung.

Die menschlichen Kulturgesellschaften mögen heute im Vergleich mit früheren Zeiten noch so wohl geordnet erscheinen; auch im besten Falle kann diese Ordnung noch lange nicht als vollendet angesehen werden. Selbst wenn man nicht glaubt, daß der Mensch und die menschliche Gesellschaft, wie überhaupt die lebendigen Einzelwesen und die daraus entstehenden Gesellschaften bis ins Unendliche vervollkommnungsfähig seien, wenn man der wohlbegründeten Ansicht ist, daß es auch dafür wie für alles eine Grenze gibt: so wird doch jeder Kundige und Ehrliche zugeben müssen, daß selbst die zurzeit höchst entwickelten Kulturgesellschaften von dieser Grenze weit entfernt sind.

Die Ursache davon ist weniger der Mangel an Wissen, an Einsicht in die dazu erforderlichen Einrichtungen, als der menschliche Einzelwille, der einer gesellschaftlichen Ordnung im Wege gestanden hat, noch jetzt steht und mehr oder weniger immer stehen wird. Gesellschaftliche Ordnung und individuelle Freiheit widersprechen sich eben vielfach und werden sich immer mehr oder weniger widersprechen. Deshalb ist das Problem der besten Gesellschaftsordnung, das in der Frage der möglichst vollständigen Lösung dieses Widerspruchs besteht, leichter zu formulieren, ja selbst theoretisch zu lösen, als praktisch auszuführen. Es ist auch nicht für jede Menschenrasse und jede Kulturstufe einer Rasse dasselbe. Die eine Menschenart oder Klasse verträgt ein größeres Maß von Beschränkung der persönlichen Freiheit, als eine andere. Der Widerspruch zwischen Ordnung und Freiheit wird also, je nach der Beschaffenheit der Menschen, auf die es hauptsächlich ankommt, in verschiedener Weise gelöst werden müssen. Wer nun in dieser Beziehung gar noch über das Menschliche hinausgehen und den Bienen- oder Ameisenstaat mit einem Weibchen, einer Anzahl von Drohnen und einer Unmenge von geschlechtlich verkümmerten Arbeiterinnen als das Ideal der Gesellschaftsordnung aufstellen will, verrät damit nur, daß er in der Kenntnis der gesunden Menschennatur noch nicht über das Alphabet hinausgekommen ist.

Der Mensch ist nämlich, trotz Aristoteles, nicht überall und immer, jedenfalls nicht von vornherein, ein Gesellschaftswesen. Im allgemeinen kann man sagen, daß in der freien Natur der Herdeninstinkt um so stärker ausgebildet ist, je schwächer und hilfloser die einzelnen Individuen ihren Feinden gegenüberstehen. So z. B. vermag



sich der sehr starke und mutige Gorilla in seinen besten Jahren selbst gegen den Löwen und das Krokodil als einzelner wirksam zu verteidigen; dagegen sind die kleinen und schwachen Affenarten auf den Herdenzustand als unerläßliche Daseinsbedingung angewiesen. Aehnliche Unterschiede mögen auf der tierischen Vorstufe auch für die verschiedenen Menschenarten bestanden haben. Noch heute sind ja die Instinkte der starken Individuen und Rassen mehr individualistisch, die der schwachen, unselbständigen mehr sozialistisch gerichtet. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat nicht sowohl der Kampf ums Dasein, als der Kampf um die Macht unter ihresgleichen auch die stark individualistisch gerichteten Menschenrassen, wie namentlich die nord-europäische, von kleineren Familien zu größeren Horden und Hordenverbänden zusammengeschlossen. Je heftiger dieser Kampf unter annähernd Gleichen wurde, desto vollkommener mußte mit der Zeit die gesellschaftliche Organisation werden. Darum stehen die Nord-europäer nicht nur individuell, sondern auch gesellschaftlich auf der vergleichsweise höchsten Entwicklungsstufe.

Der Mensch ist aber nicht nur in verschiedenem Grade Gesellschaftswesen; es gibt sogar menschliche Individuen, die überhaupt keine Gesellschaftswesen sind, die nicht etwa nur aus feindseligem Trotz gegen eine ihnen nicht zusagende Gesellschaftsordnung, sondern aus ihrer innersten Natur heraus anarchistisch sich gebärden. Neben den geborenen Verbrechern rechnen sich auch gute, edle Menschen, die keinem Tiere, geschweige einem Menschen etwas zuleide tun, zu den Anarchisten. Soweit diese sogenannten „Edelanarchisten“ keine öffentliche Propaganda machen und als die Ausnahme-Naturen, die sie sind, auch wirklich gelten wollen, kann man sie als lebende Kronzeugen gegen die Unnatur einer zu weit gehenden Sozialisierung ruhig gewähren lassen. Freilich müßten sie sich dann von ihren verbrecherischen Artgenossen scharf absondern, was sie leider nicht immer tun.

Da sich unter sonst gleich lebenskräftigen Individuen, Klassen und Rassen die gesellschaftlich vollkommener organisierten besser behaupten und stärker vermehren konnten, als die weniger vollkommen oder gar nicht organisierten, so werden die in Anarchie lebenden Familien und Stämme allmählich immer mehr ausgemerzt worden sein. Daß jedoch weder diese natürliche Auslese noch die menschliche durch Strafgesetze völlig erschöpfend gewesen ist, beweisen die noch heute nicht verschwundenen Ausnahmen von Anarchisten guten und böartigen Charakters.

Wenn so die sozialen und politischen Instinkte der Kulturmenschen seit undenklichen Zeiten immer stärker geworden sind, so ist damit noch nicht bewiesen, daß sie immer weiter, bis ins Absurde zunehmen müßten. Es gibt auch hierfür, wie für die individuellen Abänderungen, eine Grenze der Lebensfähigkeit. Etwas dem Bienen- oder Ameisenstaate auch nur Aehnliches, wo das Einzelwesen in der Gesellschaft und die Gesellschaft im Staate völlig aufgeht, wäre für die Menschen nicht nur der Tod alles höheren geistigen und seelischen Lebens, aller „Persönlichkeit“, sondern alles Lebens überhaupt. Was für das kleine, schwache, überaus stark sich vermehrende und schnell erwachsende Insekt recht sein mag, ist für den großen, starken,



ungleich schwächer sich vermehrenden und langsam aufwachsenden Menschen noch lange nicht billig. Allerdings ist der moderne „Feminismus“, d. h. die Aufhebung oder Verwischung der Arbeitsteilung zwischen Mann und Weib und die damit in ursächlichem Zusammenhange stehende Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Weiber zum Kindergebären und Auferziehen, überhaupt zum geordneten Familienleben, schon der Anfang zum Bienenstaate mit seinen geschlechtlich verkümmerten Arbeiterinnen. Das ist aber kein Fortschritt zum Besseren, sondern eine Entartungserscheinung, die überwunden werden muß, wenn sie nicht zum Tode der Gesellschaft führen soll. Es ist ein Zeichen für die kümmerliche Oberflächlichkeit des modernen „Intellektualismus“, alles, was die neueste Entwicklung bringt, ohne weiteres als einen „Fortschritt“ hinzunehmen.

Eine andere Oberflächlichkeit des modernen Denkens besteht darin, die gesellschaftliche Organisation mit dem „Staate“ ohne weiteres als gleich zu setzen. Nur daraus läßt sich jene übertriebene Neigung zur „Verstaatlichung“ erklären, die sich besonders bei der radikalen Sozialdemokratie als ein Hindernis des gesunden Fortschritts der gesellschaftlichen Organisation erweist. Man darf nämlich keinen Augenblick vergessen, daß die menschliche Gesellschaft drei wesentlich verschiedene, wenn auch vielfach ineinandergreifende und sich gegenseitig ergänzende Teilorganisationen zeigt: eine nach Familien, Sippschaften, Stämmen, Völkern, eine nach Gemeinden, Staaten, Staatenverbänden und eine nach gewerblichen Berufsgattungen, -klassen, -arten. Die erste möchte ich in Ermangelung eines passenderen Ausdrucks die „soziale“, die zweite die „politische“, die dritte die „wirtschaftliche“ Organisation nennen. Das heute viel gebrauchte und mißbrauchte Wort „Sozialpolitik“ kennzeichnet besonders deutlich jene unklare Verwechslung der „sozialen“ und der „politischen“ Aufgaben der Gesellschaft. Andererseits droht jene immer weiter einreißende Anarchie in „wirtschaftlicher“ Hinsicht, an der das internationale Großkapital besonders beteiligt ist, die soziale und politische Organisation und damit die feste Geschlossenheit der Gesellschaften überhaupt zu zerstören.

Das wirtschaftliche Leben der Gegenwart erscheint nämlich in allen europäischen Hauptkulturländern dem unbefangenen Blicke nicht als Ordnung, sondern als Unordnung, als Anarchie. Der rein kapitalistisch — nicht etwa körperlich oder gar geistig-sittlich — Stärkere kann heutzutage den kapitalistisch Schwächeren ungestraft wirtschaftlich totschiessen, sobald ihm das irgendwie nützlich erscheint. Aber selbst der in dieser Hinsicht zeitweilig Stärkere weiß nicht, wie lange er der Stärkere bleiben wird, ob nicht bald ein noch Stärkerer über ihn kommt. So ist innerhalb der europäischen Hauptkulturgesellschaften eigentlich niemand seines wirtschaftlichen Lebens sicher, geschweige denn, daß er sich dessen erfreuen könnte, wie es doch für jeden mit Hand oder Kopf ehrlich Schaffenden eigentlich selbstverständlich sein müßte. Dieser anarchische Zustand fängt nachgerade an, für jedermann unerträglich zu werden. Er kann unmöglich fortbestehen, wenn nicht die modernen Gesellschaften in verhältnismäßig kurzer Zeit gleich den antiken zugrunde gehen wollen.

Nun ist aber eine wirtschaftliche, wie überhaupt eine Ordnung innerhalb einer Kulturgesellschaft nur soweit möglich, als die



politische Macht derselben reicht. Es zeigt sich daraus, wie die soziale und wirtschaftliche Organisation mit der politischen unauflöslich zusammenhängt. Alle drei Teilorganisationen der Gesellschaft bilden ein Ganzes, aus dem man keinen Teil herausnehmen kann, ohne die Existenz des Ganzen auf die Dauer zu gefährden. Das Problem der besten Gesellschaftsordnung verlangt aber zur Klärung zunächst eine möglichst gesonderte Betrachtung dieser verschiedenen Teilorganisationen der Gesellschaft, und das soll im folgenden geschehen.

## II.

### Die soziale Ordnung.

Bekanntlich ist die Familie, gleichviel ob man darunter eine monogame oder polygame versteht, die Keimzelle derjenigen Teilorganisation der Gesellschaft, die ich vorher die „soziale“ genannt habe. Sie ist die erste und ursprünglichste Form der menschlichen Gesellschaft überhaupt. Erst mit ihrer Erweiterung zur Sippe, zum Stamm, zum Volk beginnt die politische und wirtschaftliche Organisation.

Bei jeder Art von Organisation — nicht bloß der gesellschaftlichen — sind drei Hauptstadien zu unterscheiden:

1. der festere Zusammenschluß aller Bestandteile zu einem einheitlichen Ganzen,
2. der mehr oder weniger dichte Abschluß nach außen hin, (Haut, Grenze),
3. die Arbeitsteilung und damit die Differenzierung des ursprünglich Gleichartigen.

Das erste Stadium entspricht beim Einzelwesen der Zellenkolonie, deren Bestandteile noch für sich, wenn auch nicht so gut, existieren können. Mit dem zweiten und dritten Stadium beginnt das Werden des eigentlichen Organismus.

Bis zu einem gewissen Grade zeigen sich alle jene drei Merkmale der Organisation bereits in der Familie. Mit den Worten „Familiensinn“, „Familienbande“, deren lebendiges Wesen bei allen Zugehörigen einer Familie sich oft recht stark im innern und nach außen hin betätigt, trifft man die beiden ersten Stadien; das dritte Stadium ist durch die unverkennbare Arbeitsteilung zwischen Mann, Frau und Dienstboten hinreichend gekennzeichnet. Diese drei Zugehörigen teilen sich in die Erzeugung, Ernährung, den Schutz, die Erziehung der Sprößlinge und in die gegenseitige Hilfsleistung, den gegenseitigen Schutz usw. Auch besteht bereits in der Familie eine mehr oder weniger ausgedehnte und mehr oder weniger arbeitsteilige Haushaltung, d. h. eben „Wirtschaft“. Auf der untersten Stufe sozialen Ansehens und wirtschaftlicher Macht der Familie haben Vater und Mutter für alles zu sorgen und können höchstens die mehr oder weniger erwachsenen Kinder zur Hilfsleistung heranziehen. Auf der nächsten Stufe kommt dazu ein sogenanntes „Mädchen für alles“ bzw. ein Knecht und eine Magd. Die sogenannten „besseren Familien“ bäuerlichen oder bürgerlichen Standes haben dann mehrere, wenn auch noch nicht sozial abgestufte Dienstboten, dagegen sind auf den höhern und höchsten Stufen der sozialen Ordnung, die durch reiche adelige und namentlich durch mächtige Fürstenhäuser vertreten werden, die



Dienstleute (Ministerialen) oft außerordentlich zahlreich und im sozialen Ansehen entsprechend mannigfaltig abgestuft. Noch heute zeigt eine einzige fürstliche Familie oft dieselbe soziale Stufenleiter, wie sie sonst nur ein ganzer Stamm, ja ein ganzes Volk aufweist.

Solange noch keine andere gesellschaftliche Organisation bestand, als die der Familien, der Sippen, des Stammes, Volkes, war eine Existenz außerhalb dieser Verbände für den einzelnen schlechterdings unmöglich. Wer hieraus ausgestoßen, „geächtet“ wurde, war „ehrlos, rechtlos, friedlos“, war dem Verderben preisgegeben, wie ein von der Herde abgekommene wildes Tier, war schlimmer daran, als der Wolf auf kahler Heide. Darum war das Zugehörigkeitsgefühl zu jenen wie Hülsen ineinander steckenden Verbänden, das „soziale Empfinden“, wie wir heute sagen, außerordentlich stark. Eine eigentliche „Selbstsucht“ gab es kaum, und wo sie existierte, äußerte sie sich höchstens als Familien-, Sippen-, Stammespartikularismus, war also weniger gemeinschädlich als heutzutage, wo gewisse einzelne sich nahezu vollständig vom Ganzen abgetrennt haben, sich als Atome fühlen und betätigen. Von einem „Patriotismus“ im heutigen Sinne als von einer besonderen Tugend zu sprechen, wäre damals lächerlich erschienen, weil ein solches Gefühl und die entsprechende Betätigung vollkommen selbstverständlich waren. Ganz und gar nicht dachte jemand daran, sich mit der ganzen Menschheit als solidarisch zu betrachten, sich „kosmopolitisch“ aufzuspielen. Auch so etwas wäre als eine vollkommen inhaltlose, heuchlerische, die Selbstsucht verdeckende Phrase verlacht worden. Wie aber der Mensch oft aus einem Extrem in das andere fällt, so denkt der durch seine Selbstsucht ad absurdum Geführte, auch wenn er es ehrlich meint, heutzutage nicht etwa daran, sich wieder an seine Familie, Sippe, an sein Volk anzuschließen, sondern glaubt die ganze Menschheit umarmen zu müssen.

Die Selbstsucht, der „Individualismus“ oder „Liberalismus“, wie wir heute beschönigend sagen, fing erst an, für den einzelnen vorteilhaft zu werden, als eine mißverständene und mißleitete politische Organisation die soziale Ordnung zu zerstören begann. Letztere war nämlich in früheren Zeiten viel mannigfaltiger abgestuft und dadurch viel fester zusammenhängend als heutzutage. Es gab Fürsten, Adelige, Freie, Halbfreie, Unfreie. Zwischen jeder Hauptstufe war, wenigstens in den frühgermanischen bzw. nordeuropäischen Epochen, ein Uebergang, und das verhinderte den kastenartigen Abschluß und dadurch die Lockerung der sozialen Bande. Auch wurde das Abhängigkeitsverhältnis unter normalen Verhältnissen nicht als Schande, oberhalb der Freien sogar als Ehre empfunden. Ein treuer Lehnsherr hatte gewöhnlich auch treue Lehnsleute, und diese wieder hatten, falls sie treue Herren waren, auch treue Diener, die unter Umständen das Leben für ihren Herrn ließen. Das wurde erst anders, als die Selbstsucht an die Stelle des sozialen Empfindens, der absolute Individualismus an die Stelle des relativen, das Unorganische an die Stelle des Organischen trat. Nicht das Individuum, wie jetzt, sondern die Familie hätte das letzte, als relativ selbständig anerkannte Einzelwesen der Gesellschaft sein und bleiben müssen. Darauf beruht die Festigkeit der sozialen Ordnung, mit deren Zerstörung erst das begann, was wir jetzt im engern Sinne „soziale Frage“ nennen. Der halb, ja,



der ganz Unfreie war unter normalen Umständen früher besser daran, als der heutige Proletarier, wenn er keine Arbeit hat und finden kann. Die jetzige politische und soziale Freiheit des einzelnen ist nur eine heuchlerische Phrase oder ein Danaergeschenk, falls die wirtschaftliche Selbständigkeit fehlt. Diese ist aber nur vorhanden, wenn jeder Hand- und Kopfarbeiter als Oberhaupt einer Familie Eigentümer seiner Produktionsmittel (Grund und Boden, Rohstoffe, Werkzeuge usw.) und wohlhabend genug ist, um sich während der Produktionsdauer selbst erhalten zu können. Würden diese Produktionsmittel verstaatlicht, d. h. zum alleinigen unveräußerlichen Staatseigentum gemacht, so würde der einzelne, anstatt Privatsklave, Staatsklave werden und nicht viel gebessert sein, vorausgesetzt, daß eine solche Ordnung überhaupt verwirklicht werden könnte, was zum mindesten zweifelhaft ist.

Die Zerstörung der sozialen Ordnung und damit die Begünstigung der Selbstsucht vollzog sich mit dem Freihandel in Grund und Boden, und dieser wieder hatte die freie Geldwirtschaft zur Voraussetzung, wenn auch diese nicht überall — in England z. B. nicht — die Mobilisation des Grund und Bodens zur Folge hatte. Die Geldwirtschaft wiederum wurde in dem Maße wünschenswerter, ja notwendiger, als die wirtschaftliche Arbeitsteilung aus der Familie verschwand und sich auf den Stamm, das Volk, ja die ganze zivilisierte Menschheit ausdehnte. Ursprünglich war ja jede Familie oder Sippe eine wirtschaftliche Einheit für sich, die alles, was sie brauchte, größtenteils selbst erzeugte, selbst verzehrte und das Wenige nicht auf eigenem Grund und aus eigener Geschicklichkeit Erzeugbare von außerhalb in derselben Weise eintauschte, wie das noch heute durch den internationalen Handel von Nation zu Nation geschieht. Bei solcher Lebensweise brauchte man wenig bares Geld, hatte also auch wenig Veranlassung, solches besonders zu schätzen und aufzuspeichern. Das wurde erst mit der fortschreitenden gewerblichen Arbeitsteilung, der Zunahme von Handel und Verkehr, der leichteren Käuflichkeit und Verkäuflichkeit von Waren und Leistungen anders. Der Selbstsucht des einzelnen wurde es jetzt immer wünschenswerter, in möglichst großer Menge ein Ding zu besitzen, das man immer bei sich tragen, zum mindesten leicht aufbewahren und für das man doch alles erhalten konnte, was Herz und Sinn begehrte. Der Besitz oder Nichtbesitz dieser merkwürdigen Sache entzweite zuletzt Bruder und Schwester, Oheim und Vetter, Sippe und Stamm, Stamm und Volk, ja mitunter sogar Mann und Weib, Eltern und Kinder.

Es wäre die Aufgabe der politischen Organisation gewesen, dieser verderblichen Zerstörung der sozialen Ordnung beizukommen und entgegenzuarbeiten. Das geschah jedoch nur selten, nur unzureichend und meist nur kurz vorübergehend. In der Regel begünstigte sogar der Staat, der zuerst als Stadtstaat, dann als Stadt und Land verbindender Volksstaat, ja Weltstaat, d. h. nacheinander als Stadtrepublik, dann als Fürstentum, Herzogtum, Königtum, Kaisertum in Erscheinung trat, jene Entwicklung, indem er die soziale Gebundenheit des Grund und Bodens, zuletzt auch die der Person aufhob, den absoluten Freihandel in allem und jedem gestattete und noch dazu das auf diese extrem selbstsüchtige Weise erwucherte Vermögen des einzelnen, wenn es nicht allzu stark gegen die guten Sitten verstieß, durch



strenge Gesetze schützte. Wenn man den Bock zum Gärtner gemacht hätte, hätte der „Garten Gottes“, der die Erde sein soll, nicht schlimmer verwüstet werden können. Die Verheerungen, welche die Entfesselung der Selbstsucht, namentlich in der Form von Habgier und Genußsucht und der auf Habgier und Genußsucht fußenden Herrschsucht in der menschlichen Gesellschaft angerichtet hat, sind zu bekannt und in diesen Heften schon zu oft dargestellt worden, als daß es nötig wäre, hierauf näher einzugehen.

Nun hat ja freilich die Entfesselung der Selbstsucht, die Herbeiführung der wirtschaftlichen Anarchie unter dem Schutze der politischen Ordnung auch ihr Gutes. Sie regt zur wirtschaftlichen Arbeitsteilung, zum größten Handelsverkehr und dadurch zur Vermehrung der gewerblichen Produktion an, erzieht auch zur sparsamen Wirtschaft und fortwährenden Verbesserung der Produktionsweise; denn die freigegebene Selbstsucht entfesselt zugleich einen eifrigen Wettbewerb unter den Produzenten und Händlern. All dieses Gute verschwindet aber, und das im Gefolge der Selbstsucht mit eingezogene Böse verschlimmert sich bis zur Unerträglichkeit, wenn die Zahl der Wettbewerber immer mehr abnimmt und zuletzt nur noch wenige ganz große Monopolisten übrig bleiben. Der Staat darf darum das Ende dieser Entwicklung gar nicht erst abwarten; er muß beizeiten, ehe der angerichtete Schaden zu groß, d. h. unheilbar wird, an Stelle der wirtschaftlichen Anarchie eine wirtschaftliche Ordnung setzen. Welcher Art diese Ordnung sein muß, soll später gezeigt werden; hier handelt es sich zunächst nur um das Problem der besten sozialen Ordnung.

Wenn die sozialen Bande, die anfangs in der Familie, der Sippe, dem Stamme so fest verankert waren, einmal zerstört sind, lassen sie sich nicht ohne weiteres wieder anknüpfen. Es muß hier alles der gesunden natürlichen Entwicklung unter gesunden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen überlassen werden. Ehe diese hergestellt sind, ist alle sogenannte „Sozialpolitik“ vergeblich. Die „soziale Frage“ wird dadurch nicht nur nicht gelöst, sondern immer verwickelter. Der Staat kann den einzelnen nicht ernähren, wenn er sich nicht selbst ernährt. Versucht das der Staat, so nimmt er eine Last auf sich, unter der er zuletzt finanziell und moralisch zusammenbrechen muß. Er ist dann außerstande, auch nur den Fortbestand der Gesellschaft zu sichern, geschweige denn deren Macht im Innern und nach außen hin zu steigern. Alle Gesetze gegen Ehelosigkeit, gegen Junggesellen- und Dirnentum sind ohnmächtig, wenn die Ehe, das Kindergebären und Auferziehen als eine Last, im besten Falle als ein Luxus empfunden wird. Die allzu einseitige Verteilung der Güter, die bei wirtschaftlicher Anarchie auf die Dauer unvermeidlich ist, muß, selbst wenn die Gesamtproduktion darunter zunächst nicht leidet, ja gerade dann am meisten, den Luxus und die Genußsucht auf einen Grad steigern, der alle guten Sitten, alles natürliche Empfinden zuletzt zerstören, oft sogar in das Gegenteil (Perverse) verkehren und damit die Gesellschaft selbst vernichten muß. Alle Güterproduktion wird unnütz und muß aufhören, wenn die Produktion lebender Menschen, für die das alles bestimmt ist und die das alles letzten Endes leiten, aufhört. Alle noch so großen technischen Erfindungen



und Verbesserungen, selbst wenn die Fähigkeit dazu unvermindert fortbestände, was keineswegs der Fall ist, können dieses todbringende Ende nicht aufhalten.

Gerade indem der Staat durch eine sogenannte „Sozialpolitik“ eine Funktion an sich reißt, die von Natur, Sitte und Rechts wegen der sozialen Organisation, der Familie und Sippe zukommt, zerstört er selbst den letzten Rest des etwa noch vorhandenen Familiensinnes. Wenn nämlich der einzelne sich auch außerhalb des Familienverbandes wohl fühlen, Ansehen, Achtung, Bequemlichkeit, Behaglichkeit oder wenigstens einfache Existenz finden kann, wenn er im Falle von Krankheit und Erwerbslosigkeit vom Staate geschützt, gepflegt und ernährt wird, denkt er nur bei ganz besonders glücklicher Veranlagung daran, eine Familie zu gründen und den Sippenverband zu pflegen. Er wird im Falle der Armut ein unnützes, im Falle des Reichtums ein gemeinschädliches, krebsartiges Gewächs im Körper der Gesellschaft, das zerstörend anstatt erhaltend oder gar aufbauend wirkt.

Ein in diesem Sinne kranker Gesellschaftskörper kann also nur geheilt werden, wenn er diejenige politische und wirtschaftliche Ordnung noch herzustellen vermag, welche die sozialen Instinkte und die soziale Organisation wieder anzuregen imstande ist. Wo die natürliche Auslese des Besten im sozialen und wirtschaftlich produktiven Sinne — nicht des Besten im selbstsüchtigen und habgierigen Sinne — verloren gegangen ist, muß der Staat, weit entfernt, die Selbstsucht noch länger zu begünstigen, vielmehr die Auswüchse der Selbstsucht zu beschneiden suchen. Wie der Einzelorganismus gewisse Ausscheidungsorgane (Haut, Lungen, Nieren) hat, muß auch der gesellschaftliche Organismus, wenn er dauernd gesund bleiben will, sich solche Organe an bilden. Er kann freilich nur das Schädliche beseitigen und dem rechtschaffenen Einzelnen die Möglichkeit bieten, sich selbst zu erhalten und gegen wirtschaftliche Vergewaltigung zu behaupten. Wer von dieser Möglichkeit aber keinen Gebrauch machen will oder kann, dem kann er, ja darf er als Staat, d. h. als größere politische Organisation nicht helfen. Höchstens kann die Familie und Sippe in dieser Hinsicht ein übriges tun, aber auch nur bis zur Grenze der Belastungsmöglichkeit. Wo freilich keine Familie und Sippe da ist, hat die Gemeinde, der engere politische Verband, einzutreten, aber ebenfalls nur bis zu jener Grenze. Die Gesunden, Starken und im vollen Maße Produktiven haben ein besseres Recht auf Dasein, als die Kranken, Schwachen, in keinem noch so bescheidenen Sinne Produktiven. Im Konfliktsfalle muß also das Recht der Gesunden und Produktiven entscheidend sein. „Lasset die Toten ihre Toten begraben und folget mir nach“, sagte sogar der Stifter der Religion der Nächstenliebe, nicht der allgemeinen unterschiedlosen Menschenliebe. Wenn dieser Ausspruch nämlich einen Sinn haben soll, so kann er nicht wörtlich, sondern nur so zu verstehen sein, daß im Konfliktsfalle die im leiblichen, geistigen und sittlichen Sinne Gesunden den in diesem Sinne Kranken und Schwachen vorzugehen haben. Wie jede Tugend, so kann auch das Mitleid, das soziale Empfinden, in der Uebertreibung zum gemeinschädlichen Laster werden. Man soll lieber dem Leiden vorbeugen, damit dem Mitleiden keine



allzu große Betätigungsmöglichkeit bleibt, namentlich heutzutage, wo sogar das Mitleid kapitalistisch ausgebeutet wird.

Wie bemerkt, ist die natürliche soziale Gliederung und der feste soziale Zusammenhang der Gesellschaft, wenn einmal verschwunden, nur sehr schwer und langsam wieder herzustellen. Es war eine schöne Sitte, als sich jeder sozial höher Stehende für das Wohl seiner Untergebenen verantwortlich fühlte und es nach Kräften zu fördern oder zu wahren suchte: wie andererseits die Untergebenen das Interesse ihres Herrn freiwillig, ohne besonderen Vertrag, im Auge behielten. Jetzt findet sich davon höchstens in der deutschen Armee, in dem Verhältnis zwischen den älteren Offizieren und den Mannschaften, noch eine Spur. Man bemerkt hier nicht selten gegenseitige Achtung und Wohlwollen oder wenigstens nicht Neid und Gehässigkeit. Im bürgerlichen Leben jedoch wird das gegenseitige Wohlwollen meist nicht einmal von den Untergebenen gewünscht, im Gegenteil, die Unzufriedenheit auf jede Weise zu steigern gesucht. Alles läuft hier auf einen in Geld ausgedrückten Vertrag hinaus, und selbst dessen Bruch durch Faulheit, Nachlässigkeit oder gar Streik gilt nicht mehr als Schande, vielmehr als nachahmungswerte Klugheit, falls ein Vorteil dabei herauspringt. Diese soziale Krankheit, die mit der Knochen- und Bändererweichung im Einzelorganismus Aehnlichkeit hat, kann nur durch allmähliche Entgiftung und fortschreitende Kräftigung der gesellschaftlichen Konstitution geheilt werden. Soweit aber noch gewisse Reste der früheren sozialen Ordnung bestehen, sollte man sie — weit entfernt, sie gänzlich zu beseitigen — vielmehr zu erhalten und zu kräftigen suchen. Daß es nur Staat und Staatsbürger in der Gesellschaft geben soll, ist der Gipfel der gesellschaftsbiologischen Unwissenheit und geistig-sittlichen Verwahrlosung.

Soziale Rangstufen sind bei jeder aus ungleichen Elementen bestehenden Gesellschaft ebenso unvermeidlich, wie die politische und wirtschaftliche Arbeitsteilung. Die natürliche Ungleichheit der Individuen schließt die natürliche Ungleichheit gewisser Gruppen ohne weiteres ein. Es muß nur darauf gesehen werden, daß die gesellschaftliche Geltung der einzelnen sich mehr nach der natürlichen und kulturellen, als nach der wirtschaftlichen Ueberlegenheit, die ja meist nur auf größere Selbstsucht und Skrupellosigkeit hinausläuft, bestimmt und nicht zu kastenartiger Absonderung erstarrt. Kasten wirken ähnlich, wie Staaten im Staate; sie beeinträchtigen die harmonische Interessengemeinschaft aller Glieder der Gesellschaft. Andererseits darf der soziale Geist aber auch nicht in völlige Nivellierung ausarten. Das müßte die feste Geschlossenheit der Gesellschaft ebenso ungünstig, wenn auch auf andere Weise, beeinflussen, wie jene kastenartige Absonderung. In dem einen Falle entstehen aus einer Organisation mehrere einander entgegengesetzte und bekämpfende, im anderen Falle ist eine gesellschaftliche Ordnung, die stets auf williger Unterordnung bzw. Ein- und Ueberordnung aller einzelnen beruht, überhaupt nicht möglich. Das Ideal der sozialen Abstufung sind demnach möglichst harmonische Zahlen- und Größenverhältnisse und möglichst allmähliche Uebergänge. Erstere gleichen die sonst zu schroffen Gegensätze zwischen Hoch und Niedrig aus, und letztere verhindern die kastenartige Absonderung. Extreme



zwischen Hoch und Niedrig sind für das Gedeihen eines Kulturvolkes ebenso verhängnisvoll, wie die zwischen Arm und Reich. Es ist auch gar nicht wahr, daß die Mehrzahl des eigentlichen Volkes, namentlich soweit es nicht sozial verhetzt ist, solchen sozialen Abstufungen feindlich gesinnt wäre<sup>1)</sup>. Natürliche Feinde derselben sind nur die ausgesprochenen Plutokraten, weil die soziale Geltung ihre wirtschaftliche beeinträchtigt oder doch beeinträchtigen kann. Als politische Partei nennen sie sich „liberale“, ja mitunter sogar „soziale“ Demokraten, um dadurch sich und ihre ahnungslosen Mitläufer als besonders volksfreundlich hinzustellen. In Wahrheit wollen sie nur Staat und Gesellschaft möglichst unumschränkt beherrschen und ausbeuten. Damit steht es auch nicht in Widerspruch, daß sie die politische Gleichheit, das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht, möglichst weit, wohl gar auf die Frauen und Jünglinge ausdehnen möchten. Sie wissen recht wohl, daß diese Gleichheit in der Praxis ohne die wirtschaftliche Gleichheit ungefährlich für sie ist. Wo das Geld, direkt und indirekt, alles beherrscht, läßt sich auch das wirtschaftlich abhängige Volk damit beherrschen. Nur muß man es recht geschickt anfangen, ihm möglichst viel für die Zukunft versprechen, und es sich auch in der Gegenwart etwas Tüchtiges an indirekten Bestechungen der Führer und an sogenannter „Sozialpolitik“ kosten lassen. Hat man auf diese Weise ein Volk zugrunde gerichtet, so geht man anderswohin; denn die internationalen Plutokraten sind mit ihrem beweglichen Kapital überall zu Hause, und überall und gleichzeitig bricht ja, so denken sie, die soziale und wirtschaftliche Revolution nicht aus. Was geht auch den internationalen Plutokraten die nationale Gesellschaft an, in der sie zufällig wohnen und deren Schutz sie zufällig genießen. Ihr Ideal ist ja die „Menschheit“, und diese geht ja nicht zugrunde, wenn eine Nation zugrunde geht. — —

Bei einem nach Rasse und Sprache einigermaßen einheitlich gearteten Volke gestaltet sich unter gesunden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen die soziale Abstufung von selbst, durch natürliche Auslese, einigermaßen harmonisch. Es gibt dann eben keine herrschende und beherrschte Rasse, sondern nur innerhalb derselben gewisse natürliche und kulturelle Ungleichheiten, die im allgemeinen in den verschiedenen Berufsarten zum wechselnden Ausdruck gelangen und nicht, wie in dem rassenverschiedenen Indien, zu eigentlichen Kasten erstarren können. Die Berufsklassen und sozialen „Stände“ sind hier in fortwährendem Auf- und Absteigen begriffen, und das ist insofern wünschenswert, als es die allzu einseitige Kultivierung gewisser Schichten verhindert und eine Art von Verjüngung der gealterten Schichten wenigstens ermöglicht. Eine solche Gesellschaft gleicht jenem Riesen Antäus, der durch die Berührung mit seiner Mutter Erde — gewissermaßen der Landwirtschaft — immer wieder

<sup>1)</sup> In Indien ist das Volk sogar dem Gegenteil, der Kastenverwischung und Durchsetzung, feindlich gesinnt. Nach Stephan v. Kotze sollen dort die Eingeborenen-Regimenter den englischen Offizieren den Gehorsam verweigert haben, als sie hörten, daß nur ein ganz geringer Teil der englischen Offiziere in ihrer Heimat einer Kaste entstamme, die nach der Meinung der Eingeborenen allein zum Offizierstand berechtigt.



neue Kräfte schöpfte und darum selbst von einem Herkules nur in der Luft schwebend erwürgt werden konnte!).

Wenn in einem rassenhaft einigermaßen gleichartig zusammengesetzten Volke ein durch den Familiennamen besonders gekennzeichnete Adel anerkannt werden soll, so muß er in körperlicher, namentlich aber in geistig-sittlicher Hinsicht eine natürliche Auslese der Besten vorstellen. Im anderen Falle, besonders wenn er sich auf Reichtum allein gründet, hat er jede natürliche Daseinsberechtigung verloren. Darum sollte bei einer Ergänzung des Adels aus dem Volke, die zur gelegentlichen Blutauffrischung unvermeidlich ist, zumeist auf geistig-sittliche, aber auch körperliche Vorzüge gesehen werden. In der Regel werden beiderlei Vorzüge mit einer verhältnismäßigen Reinheit oder nur erst geringen Gemischtheit der Rasse verbunden sein; denn jede besondere Rasse hat ihre eigene Harmonie der leiblichen und geistigen Eigenschaften, die nicht durch Vermischung mit Rassen von entgegengesetzter Züchtungsrichtung gestört werden darf. Jedenfalls darf nicht bloßer Reichtum, und ganz und gar nicht unehrlich oder auch nur unfair erworbener Reichtum bei Verleihung des Adels in Betracht kommen. Der gute Adel sowie auch das Volk sollten sich einer auf letztere Art von „Verdiensten“ gegründeten Nobilitierung mit allen Mitteln widersetzen. Es gibt nichts, was stärkere soziale Unzufriedenheit hervorzurufen geeignet wäre. Das Volk muß — weit entfernt, seinen Adel zu hassen — vielmehr auf ihn, als die Blüte seiner eigenen Art, stolz sein. So war es bei unseren germanischen Vorfahren, und so sollte es wieder werden. Nur dann können soziale Abstufungen die politische und wirtschaftliche Organisation stützen und ergänzen.

Alle drei Teilorganisationen der Gesellschaft bilden, ich wiederhole es, ein Ganzes, aus dem man keinen Teil herausnehmen kann, ohne die Existenz des Ganzen auf die Dauer zu gefährden. In der Verknennung dieser Wahrheit besteht der Grundirrtum des radikalen Demokratismus liberalistischer oder sozialistischer Färbung. Die liberalen Demokraten radikaler Art möchten in wirtschaftlicher Hinsicht die „Freiheit“, d. h. die Selbstsucht des Einzelnen auf den Thron setzen und den Staat zu ihrem Beschützer erniedrigen. Die radikalen Sozialdemokraten dagegen, die ungeniert von der „freien Liebe“ und der „Verstaatlichung der Produktionsmittel“ sprechen, möchten die soziale und wirtschaftliche Ordnung gänzlich in der staatlichen aufgehen lassen. Beiderlei Organisationen oder vielmehr Desorganisationen würden die Gesellschaft über kurz oder lang mit naturgesetzlicher Notwendigkeit zugrunde richten. Die Entfesselung der Selbstsucht zerstörte in den antiken Gesellschaften zuerst die soziale Ordnung und zuletzt auch die politische, indem der Staat zum Diener der Selbstsucht des Einzelnen oder vielmehr einiger Wenigen, der wirtschaftlich

1) Möchte doch unser deutsches Volk in Zukunft noch stärker als jener Riese Antäus werden, so daß es durch den Herkules des modernen Verkehrs und der modernen Großindustrie nicht nur nicht erwürgt zu werden vermöchte, sondern vielmehr diesen niederzwingen und zu seinem Diener, zu einem Mittel seiner Macht und Herrschaft machen könnte! Es würde damit zugleich der dauernde Fortbestand der europäischen Kultur gerettet, denn Deutschland ist der einzige europäische Großstaat, in welchem die Vermischungs- und Zersetzungserscheinungen noch keinen lebensgefährlichen Grad erreicht haben.



Uebermächtigen, herabgewürdigt wurde. Natürlich wurde dadurch der Gesellschaftskörper krank, wenn auch zunächst seine Ernährungsorgane sich außerordentlich hypertrophisch entwickelten und die Gesellschaft an Zahl entsprechend zunahm. Mit der Verschlechterung der körperlichen und seelischen Beschaffenheit der Einzelnen, die eine notwendige Folge dieser Krankheit war, nahm zuletzt aber auch die Zahl ab, und selbst die Ernährungsorgane schrumpften, nachdem der Wettbewerb aller dem Monopolismus einzelner gewichen war, immer mehr zusammen. Das Ende hätte sich noch lange hinziehen können, wenn nicht jugendfrischere, in jeder Beziehung gesündere Völker gewaltsam ein Ende gemacht hätten. Auch die heutigen europäischen Kulturgesellschaften können dem Schicksal der antiken nicht entgehen, wenn sie nicht rechtzeitig der entfesselten Selbstsucht Schranken setzen, d. h. die wirtschaftliche Anarchie durch eine wirtschaftliche Ordnung ablösen. Dabei würde dann auch die soziale Ordnung allmählich wieder emporwachsen.

Nach diesen Erörterungen soll nun gezeigt werden, welche Art von politischer Organisation am besten geeignet sein dürfte, diesen Zustand herbeizuführen und auf die Dauer zu sichern. Da die Wirtschaftsordnung nicht ohne entsprechende politische Ordnung möglich ist, also erst nach dieser eintreten könnte, muß sie auch an späterer Stelle behandelt werden.

### III.

#### Die politische Organisation.

In jener Entwicklungsepoche der nordeuropäischen Rasse, die man zum Unterschiede von Neuzeit und Mittelalter die Urzeit nennen kann, war jeder Vollfreie mit seiner Familie und seinem Gesinde sozusagen ein kleiner König nicht nur innerhalb seines eigenen Hofzaunes, sondern auch des darum liegenden Gebietes, des Gutsbezirkes, wie wir heute sagen. Dieser stellte wirtschaftlich und bis zu einem gewissen Grade auch politisch eine selbständige Einheit, ein Gemeinwesen für sich, vor. Die weitere politische Organisation ergab sich damals unmittelbar aus der sozialen und war natürlich entsprechend einfach, aber sie war immerhin schon vorhanden. Im Frieden freilich mag der politische Verband wohl nur durch gemeinsame Opferstätten, gemeinsame Gerichtsplätze (Gerichtslauben) und durch gelegentliche Geschenke an den König des Volkes oder Fürsten des Stammes gebildet worden sein. Im Kriege dagegen war der politische Zusammenhalt durch den sog. „Heerbann“ schon lebendiger und straffer. Der angestammte oder selbstgewählte Kriegsherr (Fürst, Herzog) genoß während des Krieges sicher ein hohes Ansehen, das sich in dem Maße steigerte, als er im Kriege Erfolg hatte. Zweifelhafte ist es freilich, ob er immer unbedingten Gehorsam fand. Wenn die Zeit dann wieder ruhig und friedlich wurde, mag der Staat, die politische Seele des Ganzen, wohl auch wieder bis auf die erwähnten Regungen eingeschlafen sein. Solche Zeiten werden aber wohl selten lange angedauert haben; denn die germanische bzw. nordeuropäische (arische) Bevölkerung vermehrte sich in der Urzeit unter halbwegs günstigen Umständen sehr stark. Es mußte also von Zeit zu Zeit



ein „heiliger Frühling“ (ver sacrum) aus allen Schichten des Volkes ausgesondert werden, und dieser Ausschub mußte sich in der Fremde eine neue Heimat suchen. Auf diese Weise müssen kriegerische Zusammenstöße mit den Nachbarn oder einem von fern her kommenden Volke in verhältnismäßig kurzen Zwischenzeiten, ein bis zwei Generationen, immer wieder unvermeidlich geworden sein.

Schon dadurch mußte die völkische Organisation mit der Zeit immer fester und straffer werden; denn unter annähernd gleich starken und tapfern Konkurrenten um Dasein und Macht kann eben, wie schon in der Einleitung bemerkt, nur die bessere Organisation und straffere Führung ein gewisses Uebergewicht erlangen. Im äußersten Norden Europas ist die politische Organisation noch heute ziemlich locker, weil der Germane ein möglichst großes Maß von persönlicher und politischer Freiheit liebt. Je weiter jedoch die Nordeuropäer nach Süden vordrangen, und je mehr die bereits im Süden festsitzenden früheren Wellen derselben Rasse von den später ankommenden überflutet zu werden drohten: desto differenzierter und komplizierter mußte die politische Organisation auf beiden Seiten werden, d. h. es mußte ein immer größerer Teil der persönlichen und sonstigen Freiheit den Vorteilen der besseren Zusammenfassung und schnelleren Verwendbarkeit der völkischen Machtmittel zum Opfer fallen.

Wenn in der Urzeit zwei nordeuropäische Völker oder Stämme kriegerisch zusammenstießen und eine Partei völlig besiegt wurde, so blieb von der besiegten gewöhnlich der größte und sozial höchststehende Teil der waffenfähigen Männer auf dem Schlachtfelde. Was sich ergab und nicht, wie die sozial hochstehenden Frauen, Jungfrauen und Kinder, großmütig begnadigt werden konnte, das wurde, wie namentlich das sg. geringe, d. h. mehr oder weniger unfreie Volk, zu Hörigen, bezw. Sklaven gemacht. Brauchte der Sieger kein Neuland für seinen eigenen Völkerüberschuß, so ließ er die Besiegten auf ihren Schollen sitzen und legte ihnen nur einen bestimmten jährlichen Tribut auf. Allmählich ging dann der Rest des besiegten Volkes in dem des Siegers auf, und der beste Teil von ihm erlangte, soweit er nicht schon vorher begnadigt war, mit der Zeit auch seine volle Freiheit wieder. Im innersten Blute und Marke änderte sich durch solch einen Vermischungsprozeß weder das siegreiche noch das besiegte Volk wesentlich, denn beide waren ja eben von ein und derselben Rasse. Die Vermischung konnte hier nur als eine sehr günstige Blutaufrischung wirken, und so dienten die von Zeit zu Zeit ausbrechenden Kriege zwischen Stämmen und Völkern der gleichen Rasse einerseits direkt, durch natürliche Auslese der stärkeren Stämme und Völker, andererseits indirekt, durch Vermeidung zu enger und zu lange fortgesetzter Inzucht, zur Verbesserung der Rasse. Eine Verweichlichung, Versumpfung, Entartung eines Stammes oder Volkes war unter solchen Umständen unmöglich, wäre jedenfalls nicht lange ungerächt geblieben und konnte sich darum gar nicht erst weit ausbreiten.

Auf diese Weise erhielten sich die nachbarlich mehr oder weniger dicht nebeneinander wohnenden Stämme und Völker der nordeuropäischen Rasse wie von selbst gegenseitig gesund und jugendfrisch. Sieg und Niederlage wechselte zwischen ihnen, ohne ihre Rasse, ihre leibliche und seelische Beschaffenheit anders als günstig zu beeinflussen.



Auch ihre soziale und politische Organisation konnte dadurch nur straffer und machtvoller werden.

Ganz anders gestaltete sich dagegen das Schicksal der nord-europäischen Stämme und Völker, die mit fremden, südlich ansässigen Rassen zusammenstießen, mochte nun die Fremdheit durch vorhergegangene Vermischung mit früheren Wellen der Nordeuropäer gemildert worden sein oder nicht. Ob die ganz fremden, noch gar nicht von Nordeuropäern überfluteten Rassen sich reinblütigen Ariern überhaupt im geordneten Kampfe gestellt haben, erscheint recht zweifelhaft. Wahrscheinlich verhielten sie sich ähnlich, wie sich noch heute in fremden Weltteilen die Ureingeborenen zu den Europäern stellen, d. h. sie flüchteten, sobald sich Nordeuropäer in geschlossenen bewaffneten Haufen zeigten, scheu in ihre Wälder, Berge, Sümpfe oder sonstigen Schlupfwinkel. Man erinnere sich doch an den „terror cimbricus“, der bei den Römern sprichwörtlich geworden war, obwohl diese doch sicher stark nordeuropäisch gemischt und damals noch nicht so entartet waren, wie später. Die Römer waren jenen neuen Nordländern nur an militärischer und politischer Organisation über-, sonst aber in jeder Hinsicht unterlegen. Sogar die Bewaffnung der Kimbern und Teutonen, ihre Helme, eisernen Kettenpanzer, Schilde, Schwerter usw. wurden von Plutarch<sup>1)</sup> bekanntlich für teilweise noch besser als selbst die römischen gehalten. Dazu der mächtige Wuchs und die ungestüme Tapferkeit. Wie mag das erst auf unkultivierte, wilde Völker von minderwertiger Rasse gewirkt haben!

Solchen Unterworfenen gegenüber konnten die Nordeuropäer nicht die Achtung empfinden, die sie sonst auch als Sieger den ruhmvoll Unterlegenen von ihrer Art nicht versagten. Sie konnten die südlichen Ureingeborenen also selbst als Unfreie nicht wie die Unfreien von ihres Gleichen behandeln. An eine Freilassung war bei solchen Sklaven überhaupt niemals zu denken. Gar nun eine Vermischung mit solchen im höchsten Grade widerwärtig gewesen sein. Das schloß aber natürlich nicht aus, daß Vermischungen trotzdem, zuerst natürlich nur in den niedern Schichten, vorkamen. Und weil die Mischlinge weniger widerwärtig waren, als die unvermischt Gebliebenen, so werden Vermischungen sekundärer, tertiärer und quartärer Art, gerade wie noch heute in Amerika, Afrika und anderswo, häufig genug vorgekommen sein. Erst als die Vermischungen zu häufig wurden und das Blut der herrschenden Rasse zu überwuchern drohten, mögen jene strengen, kastenartigen Absonderungen und drakonischen Bestrafungen der weiteren Vermischung mit Ureingeborenen eingesetzt haben, wie sie nicht nur in Indien, sondern auch in Süd- und Mitteleuropa vorgekommen sind, trotzdem doch hier nur der „homo mediterraneus“ und der „homo alpinus“ (mongoloïdes) für die Vermischung in Betracht kamen. Hatten doch sogar die alten Sachsen zeitweilig die Todesstrafe auf die Vermischung der Freien und Unfreien gesetzt.

Natürlich wurden derartige Maßnahmen zur Selbstbehauptung der herrschenden Rasse mit der rücksichtslosesten Schärfe da angewandt, wo sich die Nordeuropäer am weitesten von der ursprüng-

---

<sup>1)</sup> Leben des Marius.



lichen Heimat entfernt hatten, wo ein Nachschub von reiner Rasse am wenigsten zu erwarten war und wo die unterworfenen Rassen am tiefsten stand. Es überrascht darum keineswegs, daß die Kasten-Einteilung und -Absonderung am strengsten in Indien, dem entferntesten Außenposten der Nordeuropäer, gehandhabt wurde. Aber alle diese drakonischen Maßregeln, Sitten und Gesetze hinderten hier, wo die Nordeuropäer viele Jahrhunderte lang keinen Nachschub erhielten, dennoch nicht, daß zuletzt nur noch in den obersten Kasten, und selbst dort kaum noch, Nordeuropäer in verhältnismäßiger Reinheit vorkamen. Heute zeigen die indischen Fürsten und Brahminen bekanntlich nur noch Spuren der nordeuropäischen Rasse. Wenn ihre Sprache nicht die Abstammung über jeden Zweifel feststellte, würde ein Unbefangener wohl nicht mehr eine Verwandtschaft mit Nordeuropäern vermuten. Immerhin haben jene Sitten und Gesetze wenigstens auf eine stattliche Reihe von Jahrhunderten das völlige Verschwinden des arischen Blutes und der arischen Herrschaft verhindert. Nutzlos waren sie also jedenfalls nicht.

So schroff, wie an diesen entferntesten Außenposten der nord-europäischen Rasse, gestalteten sich die sozialen und politischen Verhältnisse in den etwas weiter nach Norden und Westen zu gelegenen Gegenden, in Persien, Griechenland, Italien, natürlich nicht. Erstens gelangten hierher öfters mehr oder weniger zahlreiche Nachschübe von Nordwesten und Norden, und dann standen die Ureingeborenen hier kulturell und rassenhaft nicht so tief, wie im äußersten Süden und Südosten. Immerhin war aber der Rassenabstand erheblich genug, um auch hier zuerst die soziale, dann die politische und wirtschaftliche Verfassung der Nordeuropäer nicht wenig zu verändern. Die Eingeborenen mußten auch hier dauernd versklavt werden, und die dadurch in großer Zahl verfügbaren billigen Arbeitskräfte wie auch der günstigere Himmel gestatteten hier eine viel höhere wirtschaftliche und infolgedessen auch höhere politische Entwicklung, als es in Nordeuropa bei der freien Verfassung und zerstreuten Lebensweise möglich war. Die Nordeuropäer wurden darum wohl erst hier in größerem Maßstabe Ackerbauer, Viehzüchter, Industrielle und Händler. Was im mittleren und nördlichen Europa nur zu eigenem Bedarf geschah, wurde hier zu Handelszwecken in einem das unmittelbare Bedürfnis übersteigenden Maße betrieben, da die Freien hier ja nicht die langweiligsten und unangenehmsten Arbeiten mit wenig Hilfskräften selbst zu verrichten brauchten. Was sich in Nord- und Mitteleuropa höchstens die Fürsten und Edlen gestatten konnten, durfte sich hier wohl jeder Freie erlauben, allerdings nur solange, als der verfügbare Boden noch nicht völlig besetzt war. Das muß allerdings ziemlich schnell geschehen sein, denn wir wissen aus der griechischen und römischen Geschichte, daß Männer, die im Staatsleben eine hervorragende Rolle gespielt haben, als Private oft sehr wenig begütert waren. Allerdings war zu dieser Zeit dort auch schon die Selbstsucht, der Kapitalismus entfesselt und die aus Nordeuropa mitgebrachte soziale Verfassung teilweise, ja vielleicht schon ganz zerstört worden. Die Gesellschaftsordnung war also hier zwar in politischer und wirtschaftlicher, aber nicht in sozialer Hinsicht vorgeschritten. Darum wohl kamen gerade die für die Vertretung des Gemeinwohls



brauchbarsten Individuen in bezug auf ihr eigenes Wohl häufig zu kurz.

Da die Bevölkerungsdichtigkeit in Griechenland und Italien bald das bei dem damaligen Kulturstande mögliche Maximum erreichte und die Bevölkerungszunahme, bei dem Ueberwiegen der Handelsinteressen, aller Wahrscheinlichkeit nach auch hier viel mehr zugunsten der unfreien Eingeborenen und Mischlinge als der reinblütigen Freien erfolgte, so wurden die Nordeuropäer absolut und relativ immer mehr in die Minderheit gedrängt. Wären nicht ab und zu größere Nachschübe vom Norden hinzugekommen, so würde der Verfall der nord-europäischen Kultur hier im Süden noch viel früher eingesetzt haben. Solche Nachschübe verstärkten aber nicht nur die rassische Widerstandskraft, sondern auch die technischen und organisatorischen Machtmittel.

Diese bestanden hier besonders in festen, mit steinernen Mauern umgebenen Städten, aus denen allmählich mehr oder weniger straff organisierte und wirtschaftlich arbeitsteilige Staaten wurden. Man kann hier sehr deutlich die drei eingangs gekennzeichneten Stadien der Organisation: die Zusammenfassung im Innern, die Abschließung nach außen und die immer weiter fortschreitende Differenzierung, d. h. Arbeitsteilung erkennen. Ohne feste, mit Mauern umgürtete Städte muß ein politischer Verband, wenigstens im Anfangsstadium gesellschaftlicher Organisation, immer locker und unvollkommen bleiben, selbst da, wo die Rasse technisch und kulturell ziemlich hoch steht. Die „Mark“, die „Grenze“ kann sich mit der Stadtmauer an zusammenfassender und abschließender Kraft nicht messen, und der Hofzaun oder die Burg umfaßt zu wenig Menschen, um eine mannigfaltigere und feinere Differenzierung zu begünstigen. Die Städte wurden so das Vorbild für die eigentlichen Staaten, d. h. die straffer und vollkommener organisierten politischen Verbände. Es ist daher nicht merkwürdig, daß sich das Wort „Politik“ von „πόλις“, „Stadt“, herleitet. Die Stadt hat alle Vorteile, freilich auch alle Nachteile des engen Beieinanderwohnens vieler Menschen. Sie ist zwar notwendig, um die staatliche Entwicklung auf eine gewisse Höhe hinaufzuführen; sie darf aber nicht die einzige Form des politischen Verbandes bleiben, wenn dieser nicht in eine zu einseitige Entwicklung gedrängt werden soll. Im Altertum war das fast regelmäßig der Fall. Gerade die größten Städte wurden in jene einseitige Handelspolitik gedrängt, welche die Hauptursache des raschen Aufblühens, aber auch des raschen Verfalls und zuletzt des Untergangs der antiken Gesellschaften wurde.

In Mitteleuropa, in Deutschland, Frankreich, England usw. entwickelte sich die gesellschaftliche Organisation in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht anfangs ganz anders. Aus der vorwiegend sozialen Ordnung der Urzeit entstand unter dem Einflusse der christlichen Religion jener mittelalterliche Feudalstaat, der ursprünglich, ehe er durch den Kapitalismus zerfressen und allmählich zersetzt wurde, keineswegs so schlecht war, wie ihn der liberalistische Cant unserer Zeit gemacht hat. Die Anzahl der Freien überwog zuerst, und auch zwischen den Freien, Hörigen und ganz Unfreien bestand zuerst dasselbe gegenseitige Solidaritätsverhältnis, wie zwischen den



Lehnsherren und Lehnsleuten. Diese staatliche Verfassung ermöglichte zwar, da sie sich von oben bis unten fast nur auf Treu und Glauben, Ehre und Sitte gründete und die ökonomische Gewalt über die Lehnsleute, wegen der Naturalwirtschaft, nicht unmittelbar in der Hand, wenigstens nicht in der obersten Hand behielt, keine straffe Zentralisation der Verwaltung, überhaupt keine straffe Zusammenfassung der Zentralgewalt, aber sie erschwerte auch den Mißbrauch derselben. Ihre Stärke, freilich auch ihre Schwäche bestand darin, daß sie die soziale Organisation der Gesellschaft und das soziale Empfinden des Einzelnen, freilich auch den Partikularismus der Stämme und Sippen begünstigte. Sie war jedenfalls durchaus antikapitalistisch, und erst mit Anbruch der Neuzeit wurde sie durch die Einführung der Geldwirtschaft und römisch-byzantinischer Rechtsgrundsätze den antiken Wuchererstaaten mehr oder weniger ähnlich. Wenn die mitteleuropäischen Staaten und Gesellschaften an diesem Wuchererrechte nicht so schnell wie die antiken zugrunde gingen, so lag das daran, daß die Nordeuropäer hier in der überwiegenden Mehrheit blieben und daher eine stärkere Widerstandskraft entfalteten. Die Vermischung hat hier erst in der neuesten Zeit einen Grad erreicht, der für das weitere Aufsteigen, ja auch nur unverminderte Fortbestehen der europäischen Gesellschaften und Kulturen gefährlich ist. Wenn hier nicht sehr bald die Grenzen gegen den weiteren Zuzug fremder Rassen geschlossen und der Zurückdrängung der reinblütigen Nordeuropäer nicht sehr bald durch eine bessere, antikapitalistische Gesellschaftsordnung, in der die internationalen Handelsinteressen nicht überwiegen dürfen, Einhalt getan wird, so wird es den heutigen Gesellschaften mit europäischer Kultur genau ebenso ergehen, wie es den antiken ergangen ist. Die völlige Entfesselung der Selbstsucht und die Zerstörung der sozialen Ordnung bis in die letzte Einheit, die Familie hinein, muß hier, falls nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen getroffen werden, genau dieselben Folgen haben, die es im Altertum gehabt hat. Es ist das geradeso, als wenn im Einzelorganismus die Zelle und das Zellengewebe in Bakterien zerfällt, bzw. durch giftige Bakterien zerstört wird.

So interessant es wäre und so verlockend es für mich ist, die geschichtliche Betrachtung von dem hier eingenommenen biologischen Standpunkte aus auch für Mitteleuropa und bis in unsere Gegenwart hinein weiter zu führen, so muß ich hier doch, des Raumes wegen, darauf verzichten. Auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit für die Bewältigung der hier gestellten Aufgabe empfiehlt es sich, einstweilen von historisch gewordenen und staatsrechtlich bestehenden Verhältnissen ganz abzusehen und rein biologische Bedürfnisse zur Richtschnur zu nehmen. Das Staatsrecht ist in jedem besonderen Falle eine historisch gewordene Tatsache, die auf bestehenden Machtverhältnissen beruht und nur durch innere oder äußere Mächte geändert werden kann. Mit Tatsachen muß der praktische Politiker wohl rechnen, aber er kann sie nicht oder doch nur selten und immer nur bedingungsweise als ein für die Zukunft erstrebenswertes Ziel hinstellen. Auch würde ein unbedingter Rechtsstandpunkt zu außerordentlich verwickelten Fragen führen, während ein gesellschaftsbiologisches Ideal verhältnismäßig einfach sein kann. Erst wenn dieses auf der Grund-



lage besonderer historisch gewordener Zustände in die Wirklichkeit übergeführt werden sollte, wären historische Anknüpfungen unvermeidlich.

Für rein biologische Bedürfnisse der Gesellschaft und für eine denselben am besten dienende Organisation ist aber die Organisation der Einzelwesen, aus denen die Gesellschaft besteht, das denkbar beste Vorbild. Ich habe das bereits im Märzheft 1909 der Politisch-anthrop. Revue mit dem Aufsatz: „Gesunder und kranker Gesellschaftskörper“ hinreichend deutlich gekennzeichnet und brauche mich hier wohl nicht zu wiederholen. Der politischen Organisation entsprechen nun im Einzelkörper diejenigen Organe, die der einheitlichen Leitung und dem Schutze des Ganzen gegen innere und äußere Gefahren dienen, also diejenigen Teile des Gehirns und Nervensystems, welche den „Willen“ bilden und zur Durchführung bringen.

Fragen wir uns nun zunächst, wie der Einzelkörper die Bildung und Durchführung eines möglichst vernünftigen, d. h. seinem Gesamtwohle in Gegenwart und Zukunft am besten dienenden Willens zustande bringt.

Die höheren Tiere, vor allen die Menschen, zeigen bekanntlich dem unbewaffneten und bewaffneten Auge ein äußerst verwickelt erscheinendes, aber klar und zweckmäßig geordnetes System von sog. „sensiblen“ und „motorischen“ Nerven, die nach dem Innern zu in sehr vielen kleineren und größeren Zentralstellen (Ganglienzellen) und zuletzt in einer Hauptzentrale (verlängertes Mark, kleine und große Gehirnklappen) zusammenlaufen. An der Peripherie dagegen endigen die „sensiblen“ Nerven bekanntlich in den fünf Sinnesorganen, Auge, Ohr, Gefühl, Geschmack, Geruch, die „motorischen“ in den verschiedensten Muskelgruppen, welche sich wieder an steife Knochen und bewegliche, aber feste Sehnen, Bänder usw. anschließen.

Geht nun innerhalb oder außerhalb des Körpers etwas für diesen nicht ganz Gleichgültiges vor, entsteht eine Berührung, Verletzung, Erschütterung usw., erscheint ein drohender oder lockender oder sonstwie interessierender Gegenstand, so geben zuerst die außerordentlich komplizierten Sinnesorgane des Auges und Ohres, bezw. die einfacheren des Geschmackes, Geruches, Gefühls blitzschnell die entsprechenden Nachrichten an die nächste Zentrale (Ganglienknoten), gleichsam die erste Instanz, und diese schafft, soweit es sich nur um geringe, sehr oft vorkommende Störungen handelt, sofort Ordnung, indem sie die von ihr abhängigen „motorischen“ Nerven und Muskeln entsprechend arbeiten läßt. Reichen deren Mittel nicht aus, so wird die Nachricht an die nächst höher geordnete Zentrale und, falls auch deren Machtvollkommenheit nicht ausreicht, immer weiter gegeben, bis zur Hauptzentrale, dem Gehirn. Dieses macht sich aus den verschiedenen, auch von anderen Zentralen kommenden Nachrichten und aus früheren mehr oder weniger ähnlichen Erfahrungen ein mehr oder weniger vollkommenes, meist durchaus richtiges und wahres Bild von den betreffenden innern oder äußern Vorgängen und trifft dann die entsprechenden Anordnungen, die dann von den zweckmäßig zusammenwirkenden untergeordneten Zentralen sowie den motorischen Nerven und den Muskeln meist auch gut und zweckmäßig ausgeführt werden. Das alles geht natürlich in der Regel viel schneller vor sich,



als man es sagen kann, soweit es sich um verhältnismäßig gewöhnliche, alltägliche Dinge handelt. Kommen aber völlig neue Innervationen der verschiedenen Muskelgruppen in Frage, so erfolgt die Ausführung anfangs nicht so gut, wie sie dem obersten Zentralorgan im Bilde vorschwebt, aber mit der Zeit gelingt sie doch. Nicht selten treten an das Zentralsystem freilich auch Aufgaben heran, die es nicht sofort, sondern erst nach längerem Ueberlegen zu bewältigen vermag, und bisweilen ist die Sache so schwierig, daß sie gar nicht auf einmal einer einzelnen Person, sondern erst einer günstigen Aufeinanderfolge von Generationen gelingt. Mit fortschreitender Kultur werden solche schwierigen, dem Forscher-, Erfinder- und Künstlergeiste gestellten Aufgaben immer häufiger, und daher wurden die Großhirnlappen des Kulturmenschen immer größer an Masse und immer verwickelter in der Faltung der Oberfläche.

Nachdem wir so am Einzelkörper das Vorbild gewonnen haben, fragen wir uns jetzt: wie löst der Gesellschaftskörper die entsprechenden, mit der fortschreitenden Kultur ebenfalls immer schwieriger werdenden Aufgaben zur Zufriedenheit des Ganzen?

Suchen wir hier nach den Einrichtungen, die den vorher geschilderten Organen des Einzelkörpers analog sind, so finden wir von einer bestimmten staatlichen Entwicklungsstufe ab in der Tat eine Hauptzentralstelle (Regierung), die mit einer entsprechenden Anzahl von untergeordneten Zentralen (Provinzial-, Bezirks-, Kreis- usw. Aemter) normalerweise in ständiger Verbindung ist. Es fehlt auch in gut geordneten Staaten, wie namentlich in unseren deutschen, nicht an der genügenden Zahl und Beschaffenheit von „motorischen“ (ausführenden) Organen; nur das „sensible System“, das die freudigen, schmerzlichen oder neutralen Nachrichten aus der Peripherie empfängt, entsprechend bewertet, sichtet und an das betreffende Gangliensystem übergibt, scheint bei uns und anderswo schlecht organisiert oder noch gar nicht da zu sein. Sonst würden sich nämlich nicht besondere sensible, teilweise sogar motorische Systeme in vielfach feindlichem Gegensatz zur Hauptzentrale und deren abhängige Instanzen mehr oder weniger gewaltsam durchgesetzt haben.

Ein nicht gewaltsames, sozusagen normales System sensibler Art würde in einem Staate existieren, wenn dessen Haupt- und Nebenzentralen verwaltungstechnisch mit den Häuptionen der gleichfalls organisierten gewerblichen Berufsklassen aller Gattungen und Arten in ständiger Verbindung wären, so daß alle Mißstände, Störungen usw., die in den peripherischen (ernährenden) Organen vorkämen, sofort den entsprechenden Zentralstellen der Regierung vertrauensvoll mitgeteilt und von diesen im Einverständnis mit den Häuptionen jener peripherischen Organe zu beseitigen versucht würden. Handelte es sich um Konflikte zwischen dem Gemeinwohl und dem Sonderwohl gewisser Berufsklassen, so hätte die Regierung im Sinne des Gemeinwohls zu entscheiden. Damit das immer richtig geschähe, müßte es natürlich auch Organe geben, durch welche die Regierung von der Gesamtheit aller kontrolliert werden könnte.

Auf diese Weise könnte, vorausgesetzt, daß an den verschiedenen Zentralstellen und namentlich an der Hauptzentrale nicht geradezu Dummköpfe oder Willensidioten oder Schurken säßen, stets eine ver-



nünftige, dem Gemeinwohl in Gegenwart und Zukunft nicht bloß dienliche, sondern den Umständen nach am besten dienliche Politik getrieben werden. Wenigstens die Möglichkeit dazu wäre dann, soweit sie von der staatlichen Organisation abhängt, jedenfalls gegeben; das übrige hinge dann allein von der besonderen Beschaffenheit der „Ganglienzellen“ (der unteren, mittleren, höheren usw. Beamten) ab.

Von diesem normalen sensiblen System finden sich in den sg. Gewerkekammern, Berufsorganisationen und ähnlichen Einrichtungen gewisser Staaten nur erst schwache, unvollkommene Ansätze. Dagegen haben sich um so üppiger abnorme sensible Systeme erstens in den verschiedenen politischen Parteien, Parteizeitungen, dann in den allgemeinen Volksvertretungen der Gemeinden, Länder und Reiche entwickelt. Letztere, die teilweise auch die Funktion von Ganglienzellen erfüllen, gehen meist aus ganz individuellen, die verschiedensten Berufs-, Konfessions- und sonstigen Interessen durcheinander wüffelnden Wahlen hervor und hemmen auf diese Weise eher eine reinliche Scheidung und Klärung zwischen Sonderinteresse und Gemeinwohl, als daß sie eine solche förderten. Aehnlich verhält es sich mit den aus Papier und Druckerschwärze bestehenden Parteiorganen und sg. „parteilosen“ Organen, die oft im schlimmsten Sinne Parteiorgane, nämlich solche internationaler Interessengruppen, sind.

Derartige Vertreter des sensiblen Systems sind teils krankhaft überempfindlich, teils unempfindlich gegen die Schmerzen, unter denen die peripherischen Organe, d. h. die produktiven Zellen des Gesellschaftskörpers, etwa leiden. Das sogen. „Parteiprogramm“, auf das die Abgeordneten und die betreffenden Parteiblätter mehr oder weniger streng verpflichtet werden, ist bekanntlich in der Regel ein unklares, wüstes Durcheinander von sozialen, politischen, wirtschaftlichen, religiösen, kulturellen und sonstigen Meinungen bezw. Interessen. Es muß geradezu als ein Wunder erscheinen, wenn durch einen Mehrheitsbeschluß solcher Parteien ein halbwegs vernünftiger Gesamtwille zustande kommt. Die Regel muß dabei vielmehr eine Hemmung oder ein allzu stürmisches Vorwärtstreiben der natürlichen und kulturellen Entwicklung der Gesellschaft sein.

Hätte sich ein normales System sensibler Art beizeiten angebildet und genügend fortgebildet, oder vielmehr: wäre diese Bildung und Fortbildung nicht aus Unverstand oder durch eigensüchtige Interessengruppen zu gegebener Zeit verhindert worden, so würden sich später keine abnormen sensiblen Systeme mehr oder weniger gewaltsam durchgesetzt haben. Diese abnormen sensiblen Systeme sind aber nun einmal da und können, wie die innern Machtverhältnisse in den meisten Kulturstaaten nun einmal sind, fürs erste nicht beseitigt werden. Sie sind auch solange nicht zu entbehren, als ein normales System noch nicht genügend ausgebildet ist. Man muß also vorläufig mit ihnen rechnen. Vielleicht könnten sie auch nach der Ausbildung des normalen Systems nicht ganz ohne Nutzen für das Gemeinwohl sein; nur müßten sie sich dann ausschließlich als Vertreter der Gesamtinteressen fühlen und entsprechend betätigen. Sie sollen sich zwar auch jetzt als solche fühlen und betätigen; aber da sie meist von gewissen Sonderinteressenten (als Abgeordnete) gewählt



bezw. (als Zeitungen) gelesen werden, so müssen sie, wenn sie wieder gewählt bzw. abonniert werden wollen, vorzugsweise Sonderinteressen vertreten. Daraus ergibt sich, wie bemerkt, selbst im besten Falle ein unklares, zweifelhaftes Mittelding zwischen Sondervertretung und Gesamtvertretung. Das Normale wäre, wenn die einzelnen organisierten Berufsgenossenschaften bzw. deren Häupter die Sonderinteressen, dagegen die Regierung und zu deren Kontrolle die öffentliche Meinung das Gemeinwohl zu vertreten hätten. Selbstverständlich dürfen sich aber nur die gewerblichen Berufsklassen politisch organisieren, und zwar dürfen sie sich dabei nicht in Unternehmer und Arbeiter trennen, sondern es müssen sich beide an jeder Produktionsstätte vereint zusammenschließen. Im anderen Falle muß sich nämlich ein dem Gemeinwohl im höchsten Grade schädlicher Interessengegensatz herausbilden. Aus ähnlichen Gründen dürfen sich auch die unmittelbaren Staatsbeamten nicht politisch organisieren und entsprechend vertreten lassen; denn der Staat darf, wenn er sich selbst erhalten will, keine besonderen Organisationen neben der eignen, keinen Staat im Staate, dulden. So wenig wie die Offiziere dürfen darum auch die unmittelbaren Staatsbeamten aktives und passives Wahlrecht haben.

Der Mangel eines normalen sensiblen Systems der Gesellschaft ist der Hauptgrund, warum der heutige Parlamentarismus noch nicht ganz zugunsten der öffentlichen Meinung, wie sie u. a. besonders durch die streng nationale Presse vertreten wird, abgedankt hat. Diese Art von Vertretung der öffentlichen Meinung ist auch ein sensibles System, aber kein so gewaltsames und abnormes, wie die heutige, aus allgemeinen, gleichen usw. Wahlen hervorgegangene Volksvertretung, die in lächerlich viele, teilweise sogar antinationale Parteien zerspalten ist und durch eine entsprechende Parteipresse für sich öffentliche Meinung zu machen sucht. Solche Organe erweisen sich dem Gemeinwohle, wie bemerkt, eher schädlich, als nützlich; denn jede Partei und jede Parteipresse spielt sich zugleich als Vertretung des Gemeinwohls auf und führt dadurch Verwirrung, anstatt Klärung der besonderen Parteiinteressen herbei. Uebrigens sind die Vertreter dieser Parteien in den verschiedenen Parlamenten neben ihrer Presse eigentlich überflüssig; denn es wird in den Stadtverordneten-Versammlungen, den Land- und Reichstagen kaum etwas besprochen, was nicht schon vorher in der Presse nach allen möglichen Richtungen hin gezerrt, gewendet und breitgetreten worden wäre. Darum glaubte Lord Beaconsfield (Disraeli) schon vor einem halben Jahrhundert voraussagen zu können, daß die periodische Presse den Parlamentarismus, den „rhetorischen Klub der Urgroßväter“, bald verdrängen werde.

In der Tat könnten die heutigen Volksvertretungen als Sinnesapparate für Regierung und Volk entbehrt werden, da sich als solche die Presse hinreichend, ja mehr als hinreichend, geradezu hypertrophisch entwickelt hat. Die Regierungen bedürfen jedoch einer verbindenden und beschwichtigenden Leitung zwischen sich und den peripherischen Organen. Deren wirkliche oder vermeintliche Schmerzen können eben nur von ihren eigenen Abgeordneten beschwichtigt werden; zur Zentralstelle hat man wegen ihrer vielfach recht unvollkommenen Leistungen, an denen aber vielfach die unvollkommene Organisation



ihrer selbst und der ganzen Gesellschaft schuld ist, meist das Vertrauen verloren. Dieses Vertrauen würde wiederkehren, sobald die Leistungen der verschiedenen Zentralstellen besser würden, was man daran zu erkennen vermöchte, daß die Schmerzen in den peripherischen Organen, sozusagen die Magen-, Darm- und Herzbeschwerden, das Gliederreißen usw. aufhörten oder auch nur nachließen.

Zu einer besseren politischen Organisation gehören also zunächst bessere sensible Systeme, welche die betreffenden Gangliensysteme, namentlich das Hauptzentralsystem, vor klare und bezüglich des Resultats kontrollierbare Aufgaben stellen. Würde das geschehen, so würden die unzulänglichen, ihrer Aufgabe nicht gewachsenen Ganglienzellen (Beamten) von selbst ausscheiden und durch zulängliche ersetzt werden. Die bloße handwerksmäßig erlernbare Routine könnte dann, zum mindesten an den höchsten Zentralstellen, keine Triumphe mehr feiern. Es würde dann eine scharfe Auslese von Unbrauchbaren und eine lebhaftere Nachfrage nach wirklichen Talenten der Verwaltungs- und Regierungskunst entstehen. Der heutige Bureaokratismus, über den so viel geklagt wird, ist nichts weiter als eine infolge mangelhafter Auslese und Nachfrage entstandene Versumpfung oder Verknöcherung gewisser Zellgewebe des Gesellschaftskörpers.

Eine in den Zielen wie in der Ausführung besser geleitete innere Politik würde auch eine vernünftiger und erfolgreichere äußere Politik in die Wege leiten. Gewöhnlich hängen nämlich die schwachen Seiten der äußeren Politik mit denen der inneren zusammen. Eine Nation, die im Innern nicht fest zusammenhält, d. h. nicht in allen ihren Schichten eine vollständige und harmonische Interessengemeinschaft von der in meinem Aufsatz: „Gesunder und kranker Gesellschaftskörper“ angedeuteten und später noch genauer zu kennzeichnenden Art bildet, ist nicht nur in ihrer innern Geschlossenheit und Wirksamkeit nach außen hin gehemmt, sondern erleidet auch oft Störungen, Erschütterungen, Verletzungen von außen. Die äußere Politik bekommt dann immer mehr zu tun und bedarf eines immer reicher und feiner ausgebildeten „sensiblen Systems“, das in den Botschaften, Gesandtschaften, Minister-Residenturen, Konsulaten usw. seine Endapparate hat. Ein „motorisches“ System kann die auswärtige Politik im Frieden natürlich nicht haben; denn motorische Einwirkungen nach außen hin sind ja nur durch Kriegsdrohungen bzw. durch wirkliche Kriege möglich. Diese müssen immer häufiger werden, je mehr die Interessen der Nation nach außen hin verlegt werden. Die Kriege sind, wie unser großer Moltke sagte, „Folgen und Fortsetzungen der äußern Politik“, und diese wieder ist nur zu oft Folge und Fortsetzung der innern. Solange das Gemeinwohl einer Gesellschaft noch allein durch innere Pflege und Vorsorge gesichert werden kann, wäre es frevelhaft, die Interessen außerhalb zu suchen und sich dadurch der Gefahr äußerer Verwickelungen auszusetzen. Wenn aber die materiellen und geistigen Hilfsquellen eines Landes und Volkes nicht mehr ausreichen, um die wachsende Bevölkerung vollständig zu ernähren und leiblich wie sittlich gesund zu erhalten, dürfen auch Kriege als letzte Notwehr nicht gescheut werden. Es ist in jeder Hinsicht besser, vernünftiger, heilsamer, wenn eine unaufhaltsam wachsende Nation sich beizeiten mit oder ohne Gewalt den nötigen



Ausdehnungsraum verschafft, als daß sie im Innern allzusehr die äußern (Handels)-Interessen und -Beziehungen überwiegen läßt. Der Krieg wird dadurch, falls in dieser Richtung der Politik ebenbürtige Konkurrenten existieren, nur hinausgeschoben, nicht endgültig vermieden und kann dann leicht zu einer Zeit ausbrechen, wo das Volk — gerade infolge jener unvollständigen und unharmonischen Interessengemeinschaft — schon innerlich zersetzt, ungesund und ohnmächtig nach außen hin geworden ist. Es wäre eine spottschlechte innere und äußere Politik, die es so weit kommen ließe.

An dem auswärtigen System sensibler Art ist eine bessere Organisation, als sie in den Hauptkulturstaaten bereits besteht, wohl kaum noch möglich; denn gegen eine allzu vollkommene Organisation derselben dürften sich die großen mächtigen Nationalstaaten sehr leicht wehren. Wer will sich sein Haus von Fremden allzu genau durchsuchen lassen? Bessere Leistungen können also in der auswärtigen Politik nur von besser geeigneten Persönlichkeiten erwartet werden. Diese werden aber auch da sein, sobald im Innern die Hauptzentrale in ihren Hauptämtern besser vertreten sein wird, was wiederum nur durch bessere Anregung und Kontrolle vermittels besserer sensibler Systeme im Innern möglich ist.

Es fragt sich nun noch, wie weit an der Hauptzentrale die höchste Stelle, die hier durch einen fürstlichen Monarchen, dort durch einen bürgerlichen Präsidenten ausgefüllt wird, die Erfolge der innern und äußern Politik, überhaupt das Gemeinwohl günstig oder ungünstig beeinflussen kann: ob also die Monarchie oder die Republik die bessere Staatsverfassung ist.

Ohne Zweifel ist in den ersten und auch noch in den mittleren Stadien der Gesellschaftsorganisation der Einfluß jener sozial, politisch und wirtschaftlich höchststehenden Persönlichkeit außerordentlich groß, meist fast allein ausschlaggebend, vorausgesetzt natürlich, daß jene Persönlichkeit ihre Stelle wirklich ausfüllt, nicht bloß repräsentiert. Ebenso steht es außer allem Zweifel, daß jene Persönlichkeit in jenen Entwicklungsstadien nur ein erblicher Monarch sein kann. Die natürliche Entwicklung des Staates aus der Familie, Sippe, dem Stamme und Volke bringt es ganz von selbst mit sich, daß das Oberhaupt des Volkes oder Stammes derjenigen Familie angehört, aus der das Volk bzw. der Stamm durch einfache Vermehrung und Angliederung anderer emporgewachsen ist. Es kann aber auch die Familie eines fremden Eroberers oder sonstwie dem Volke von außen aufgezwungenen Herrschers allmählich derart mit dem Volke verwachsen, daß ihr Oberhaupt dasselbe Ansehen, ja dieselbe Liebe und Treue, wie ein angestammter Fürst, genießt. Auch in diesem Falle kann über die Erblichkeit und monarchische Natur des Staatsoberhauptes kein Zweifel sein.

Nicht so über jeden Zweifel erhaben ist es, ob der Monarch in seiner Macht stets durch eine Volksvertretung beschränkt sein muß oder nicht. Meist hat diese Beschränkung mit der fortschreitenden staatlichen Entwicklung eher ab- als zugenommen. Die absolute Monarchie ist gewöhnlich erst aus einer ständisch oder sonstwie beschränkten hervorgegangen und war meist ein notwendiges Durchgangsstadium, um den Staat innerlich zu konsolidieren und namentlich nach außen hin genügend mächtig zu machen. Bei den nordeuro-



päischen Völkern hat sich jedenfalls die absolute Monarchie nur zeitweilig behaupten können, und die beschränkte war hier die Regel.

Mit der Zerstörung der sozialen Ordnung wurde natürlich auch die Monarchie in der Regel zerstört. Wo es nur Staat und Staatsbürger in der Gesellschaft gibt, darf es natürlich auch nur einen staatsbürgerlichen Präsidenten als Staatsoberhaupt geben. Ebenso selbstverständlich ist es, daß da, wo eine soziale Gliederung der Gesellschaft überhaupt nie bestanden hat, wie z. B. in Amerika, sich auch keine Monarchie hat entwickeln oder halten können.

Die Frage, ob Monarchie oder Republik die rechtlich geltende Verfassung sein soll, kann also im besonderen Falle nur durch die geschichtliche Entwicklung und die daraus folgenden Machtverhältnisse im Innern entschieden werden. Diese Frage ist jedoch auf hohen Entwicklungsstufen der Gesellschaft nicht so wichtig, als man in Erinnerung an weit zurückliegende Stufen gewöhnlich glaubt. Auf hoher Entwicklungsstufe des Staates ist nämlich das Staatsoberhaupt nur noch eine begrenzte Partie des Gehirns, ja vielleicht nur noch eine einzige, wenn auch recht große und unter Umständen noch immer recht wichtige Ganglienzelle. Während in früheren Entwicklungsstadien der politischen Organisation geniale Herrschernaturen die verschiedenen Teilgangliensysteme der Hauptzentrale (Reichsämter) erst schaffen, einrichten und einexerzieren mußten, sind diese auf hoher Entwicklungsstufe bereits da, haben ihr eigenes, selbständiges Leben und sind nicht mehr nur dem Staatsoberhaupte, sondern auch dem Volke und seiner Vertretung verantwortlich. Die höchste Stelle hat also auch im besten Falle nur noch einen begrenzten Einfluß auf sie. Der Unbefangene darf darum allzu beweglichen Klagen oder Lobeserhebungen über diesen Einfluß in der Regel mißtrauisch gegenüberstehen.

Immerhin ist es auch auf hoher Entwicklungsstufe der Gesellschaft noch ein großer Unterschied, ob ein gewählter Präsident oder ein erblicher Monarch an der Spitze des Staates steht. Letzterer hat im normalen Falle ein ungleich höheres Ansehen, ist von den Parteien weit unabhängiger und kann darum das Gemeinwohl unter sonst gleichen Umständen besser vertreten, als ersterer. Wo darum eine Monarchie einmal besteht, sollte man sich hüten, sie abzuschaffen; höchstens mag man sie, wenn sie noch rückständig ist, den geschichtlich gewordenen und nicht mehr zu ändernden Verhältnissen entsprechend anpassen. Jedenfalls verbürgt sie durch ihre ununterbrochene Familientradition, trotz alles Wechsels der Persönlichkeiten, eher eine ruhige, gesunde Entwicklung und damit das Gemeinwohl, als ein auch bezüglich der höchsten Stelle beständig auf Wahlen und — Qualen angewiesenes System. Wo es jedoch weniger auf das Gemeinwohl als auf die ununterbrochene Herrschaft einer bestimmten, namentlich plutokratischen Klasse oder Kaste ankommt, da mag die Republik allerdings vorteilhafter sein. Republiken sind nämlich stets Klassenherrschaften, entweder aristokratischer oder demokratischer oder plutokratischer Art, so sorgfältig auch der Anschein der Freiheit und Selbstbestimmung des ganzen Volkes bzw. der ganzen Nation hervorgekehrt wird. Namentlich sollten die mittleren Gesellschaftsschichten, welche die zahlreichsten, wichtigsten, ausschlaggebenden zwar nicht immer



sind, aber unter gesunden, normalen Verhältnissen sein müssen, gegen eine republikanische Verfassung das denkbar größte Mißtrauen haben; denn keine andere Staatsverfassung ist so geeignet, Zahl und Einfluß dieser Schichten zu verdrängen, wie gerade die Republik. Andererseits ist die Monarchie zu ihrer Selbstbehauptung gegenüber radikalen Demokraten und Plutokraten geradezu auf eine möglichst harmonische Abstufung der Gesellschaft angewiesen. Wo diese Abstufung verschwindet, wird die monarchische Verfassung sich der republikanischen nähern oder ganz abdanken müssen.

Unter solchen Umständen herrscht dann nicht mehr das Gemeinwohl, sondern der Eigennutz einer bestimmten Klasse. Der Staat ist dann samt seinem dann völlig bedeutungslosen Oberhaupt ganz in der Hand dieser Klasse. Natürlich ist diese Entwicklung nur durch die Zerstörung der sozialen Ordnung, und diese Zerstörung ist wieder nur durch die unbeschränkte Entfesselung der Selbstsucht auf wirtschaftlichem Gebiete möglich. Die Monarchie darf darum, wenn sie sich selbst erhalten will, das Ende jener Entwicklung gar nicht erst abwarten, sondern muß beizeiten die nötigen Vorkehrungen dagegen treffen.

Die heutzutage am meisten verbreitete Ansicht von der Monarchie ist die, daß sie zwar an sich eine recht gute Einrichtung sei, daß aber die Monarchen nur selten ideale Herrscher seien.

Ja, — meint man denn, daß ideale, geniale Herrscher unter anderen als erblichen Ergänzungsbedingungen häufiger sein könnten? Wer das behauptet, hat keine Ahnung von der besonderen Beschaffenheit und den biologischen Entstehungsbedingungen solcher Naturen. Wenn schon unter den Forschern, Erfindern, Künstlern die Genies verhältnismäßig recht selten sind, so sind geniale, ideale Herrscher noch viel seltener; denn es gehören dazu noch reichere und glücklichere Kombinationen von persönlichen Eigenschaften. Die Kunst des Herrschens, im höchsten, edelsten Sinne verstanden, ist die schwerste und komplizierteste von allen Künsten. Kriegskunst und Staatskunst sind davon nur Abarten, gleichsam Töchter ein und derselben Mutter, die beide mit dem nur ihr eigentümlichen Geiste, mit der nur ihr eigentümlichen Kraft ausgestattet hat. In allen übrigen Künsten und in den Wissenschaften kann es hervorragende Talente ohne gleichwertige Charaktereigenschaften geben, in der Kunst des Herrschens niemals. Eben darum sind die Herrscher in idealer, genialer Vollendung so außerordentlich selten. Wenn es eine Zauberalatte gäbe, durch die man solche Persönlichkeiten sofort, ohne praktische Erprobung an Aufgaben allerschwerster Art zu erkennen vermöchte, so könnte man ein ganzes großes Volk von oben bis unten ableuchten, und man würde doch wohl nur alle hundert, ja, vielleicht alle tausend Jahre einmal eine wirklich geniale, ideale Herrschernatur auffinden. Glücklicherweise sind aber solche Naturen auch nur alle hundert oder tausend Jahre einmal ihrem Volke wirklich notwendig. Für gewöhnlich genügt schon der Durchschnitt, der geeignete Charakter, auch wenn er nicht mit besonderem Talente verbunden ist. Ein solcher Charakter findet schon die ihn ergänzenden Talente. Nur ausnahmsweise ist der bloße Charakter unzulänglich.



So z. B. wußte in der schwersten Krise, die Schweden jemals durchlebt hat, das ganze Volk, vom höchsten Adel bis zum letzten Bauernknecht herunter, daß, wenn überhaupt jemand, nur Gustav Wasa der Retter aus tiefster Not sein konnte. Es war darum nicht nur Dankbarkeit, sondern auch politische Klugheit, wenn das schwedische Volk diesen Mann, nachdem er vollbracht hatte, woran selbst die Mutigsten lange Zeit nicht einmal zu denken gewagt hatten, zum erblichen Herrscher erkürte. Auch war es kein Zufall, daß dieser einzigartige Mann der Sproß einer alten Königsfamilie war; denn nur ganz ausnahmsweise erzeugen und entwickeln sich solche Persönlichkeiten in anderen Schichten. Und wenn sich das Blut Gustav Wasas später auch nicht immer glänzend bewährte, so dachte darum das schwedische Volk doch nicht daran, das Königtum überhaupt abzuschaffen, auch in Zeiten, wo es das recht gut gekonnt hätte. Ja, — wenn das so leicht wäre, immer den für die allerhöchste Vertrauensstellung am besten geeigneten Mann zu finden, und wenn dieser Neuling auch immer gleich dasselbe Ansehen und Vertrauen gewinnen könnte, wie ein geborener oder sonst auf natürliche Weise gewordener König oder Kaiser, dann wäre das künstlich gewählte Oberhaupt dem natürlichen allerdings vorzuziehen.

Ein anderer Einwand gegen die Monarchie ist der, daß ein gesetzlich ein für allemal festgelegtes Erbrecht nicht einmal innerhalb der Herrscherfamilie den Würdigsten zur Herrschaft brächte. Diese Fehlerquelle ist jedoch unvermeidlich; denn die monarchische Verfassung müßte sich sonst eines ihrer größten Vorteile, der wahllosen Sicherheit und Kontinuität der obersten Stelle, begeben. Ueberdies kann ja ein mit dem ältesten Sohne etwa gemachter Fehler, wenn er allzu groß ist, innerhalb der Familie selbst, ohne alles Aufsehen, korrigiert werden. Das nominelle Oberhaupt der Familie braucht ja nicht immer das wirkliche zu sein. Ist aber die ganze Herrscherfamilie vertrottelt oder bis auf zwei blöde Augen völlig ausgestorben, so muß es ein sehr verkommenes Volk sein, das sich eine so verkommene Herrscherfamilie lange gefallen läßt. Wenn diese in einem solchen Falle überhaupt noch da ist, so ist sie eben nur der Deckmantel für eine anderweitige Herrschaft, und solche heimlichen Sonderherrschaften darf sich eben ein Volk nicht gefallen lassen. Der Fehler liegt also in diesem Falle am Volke, nicht an der Verfassung. Auch die denkbar beste, vollkommenste Form muß versagen, wenn sie keinen Inhalt mehr hat.

Ist der Monarch kein Genie, aber ein tüchtiger Durchschnittskopf mit gesundem Leibe und gesunder Seele, so ist das für das betreffende Volk unter normalen Umständen kein Unglück, oft ein Glück. Mit sogenannten „genialen“ Herrschern, deren Genialität sich jedoch auf andere Dinge als den Herrscherberuf bezieht, hat ein Volk nie Glück und oft großes Unglück gehabt. Dagegen haben schlichte, jedoch sonst tüchtige, namentlich im Charakter tüchtige und edle Männer als Herrscher ihrem Volke nicht selten die größten Dienste geleistet. Und die Wahrscheinlichkeit, daß unter den leiblichen Nachfolgern eines Herrschers, der irgend einmal aus eigener Kraft und eigenem Verdienst zur Herrschaft gelangt ist, sich mehrere zur Herrschaft besonders berufene und befähigte Persönlichkeiten befinden, ist immer-



hin ziemlich groß. Wenn sich auch das Genie selten, wohl niemals vererbt, so vererbt sich doch sehr häufig ein gewisses Talent, d. h. ein gewisser eiserner Bestand von Eigenschaften, die den Träger zu einem bestimmten Berufe mehr befähigen, als beliebige andere Personen, namentlich, wenn die Erziehung und Familientradition der Natur halbwegs entgegenkommen.

Dabei ist natürlich vorausgesetzt, daß alles geschieht, was möglich ist, um eine Herrscherfamilie dauernd gesund und lebenskräftig zu erhalten. In früheren Zeiten ist oft das Gegenteil davon geschehen, weil gewisse innere oder äußere Mächte, die an Stelle der eingeborenen Herrscherfamilie herrschen wollten, ein Interesse daran hatten, daß diese nicht lange gesund und lebenskräftig bliebe. Darum hat eben die öffentliche Meinung, das zur Kontrolle der Regierung bestimmte „sensible System“, darüber zu wachen, daß der Herrscher nicht vom Volke abgesperrt wird, und daß namentlich die Erziehung des Thronfolgers nicht in ungesunde, unvernünftige Bahnen gerät. Es ist das nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht jener Organe des Gesellschaftskörpers. Ein Volk kann seinem angestammten Herrscher gegenüber sehr vertrauensvoll sein, denn beide haben ja in Gegenwart und Zukunft genau dieselben Interessen; aber es muß sehr mißtrauisch gegen hermetische Abschließung vom Volke und gegen die ständige Umgebung des Herrschers, namentlich gegen solche Personen sein, die sich an ihn schmeichlerisch herandrängen, um dadurch unverdiente Ehren oder materielle Vorteile zu ergattern. Selbstverständlich gilt das aber nicht nur für das Volk, sondern auch für den Herrscher selbst. Zu den wenigen Wahrheiten in Machiavellis „Buch vom Fürsten“, die auch noch heute und auch für überwiegend nord-europäische Völker gelten, gehört das Kapitel über die Schmeichler. Es heißt dort:

„Es gibt gar kein anderes Mittel, um sich gegen die Schmeichelei zu sichern, als wenn man zeigt, daß man die Wahrheit hören kann, ohne dadurch beleidigt zu werden. Darf aber jeder dir die Wahrheit sagen, so verletzt er die Ehrfurcht. Ein kluger Fürst muß daher einen dritten Weg einschlagen. Er muß gescheite Leute auswählen, diesen allein erlauben, ihm die Wahrheit zu sagen, aber doch nur über die Gegenstände, darüber er sie befragt; er muß sie aber über alles befragen, ihre Meinung hören und dann selbst seine Entschliebung fassen. Mit diesen Ratgebern muß er sich so benehmen, daß jeder sieht, er werde desto mehr Gehör finden, je freimütiger er spricht. Außer diesen darf er aber niemand hören, beschlossene Sachen nicht wieder besprechen und von gefaßten Beschlüssen nicht zurücktreten. Wer es anders macht, wird entweder durch die Schmeichler ins Verderben gestürzt, oder wird über der Mannigfaltigkeit der Ansichten, über das öftere Wanken in seinen Entschlüssen verächtlich.“

Soweit Machiavelli. Die Art von Klugheit und Charakterstärke, die dazu gehört, um Schmeichler zu verachten und aus seiner Umgebung zu verbannen, muß ein Herrscher haben; in allen anderen Dingen braucht er sich nicht auszuzeichnen. Auch das Volk tut gut, wenn es in bezug auf anderweitige Begabung seiner Herrscher bescheidene Ansprüche macht. In dieser Hinsicht muß es auch über die Erziehung des Thronfolgers und der nächsten Thronberechtigten



wachen. Das „Alles - lernen - wollen“ ist zum mindesten in schulmäßiger Hinsicht zu verschmähen, wenn es auch in praktischer Hinsicht bis zu einem gewissen Grade nicht zu verachten ist. Wer zu viel lernen will, lernt nichts ordentlich, oder er tritt mit gebrochener Gesundheit und gebrochener Seele ins praktische Leben.

Was nun die besonderen Funktionen des Monarchen anbelangt, so sind diese, wie schon angedeutet, sehr verschieden auf niedriger, mittlerer und hoher Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung. Auf hoher Stufe kann er, ja, muß er in allen früher von ihm meist selbst versehenen Hauptämtern sich durch den Kanzler und die Ressortminister vertreten lassen. Er kann sogar die Wahl und Kontrolle der persönlichen Inhaber dieser Hauptämter mit der öffentlichen Meinung und Volksvertretung, dem gesamten „sensiblen System“ getrost teilen; aber der oberste Kriegsherr muß er auf allen Entwicklungsstufen nicht nur dem Namen, sondern auch der Tat nach sein und bleiben. Er darf sich in dieser Hinsicht nicht durch einen obersten Marschall (*comes stabuli, connétable, mariskalk*) vertreten lassen. Dieses Amt könnte unter Umständen gefährlich für seine Herrschaft werden. Wer die Macht aller Mächte aus der Hand gibt, gibt damit auch die wirkliche Herrschaft aus der Hand. Ein Volksoberhaupt, das nicht die unmittelbare Verfügung über die Kriegsmacht hat, kann wohl als erblicher Präsident einer Republik, aber nicht als wirklicher Monarch angesehen werden. Darum hatte Bismarck nur zu recht, als er die englische Staatsverfassung nicht monarchisch, sondern republikanisch nannte. Genau so war auch das alte Königreich Polen keine Monarchie, sondern eine aristokratische Republik ohne Mittelstand. Das alte sogen. „heilige römische Reich deutscher Nation“ kann nur zeitweise als Monarchie, sonst aber muß es als „Fürstenrepublik“ bezeichnet werden. Auch von dem neuen Deutschen Reiche könnte man das letztere behaupten, wenn dieser Bundesstaat aus ungefähr gleich großen Staaten bestünde und der führende Einzelstaat darin nicht ein großes Uebergewicht hätte. So aber zeigt sich auch hier die Zweckmäßigkeit harmonischer Größenverhältnisse. Diese Art der Reichsverfassung hindert nicht die feste Geschlossenheit im Innern und die einheitliche Wirkungsfähigkeit nach außen, ermöglicht aber jene Verbindung von Einheit und Mannigfaltigkeit, die für die natürliche und kulturelle Entwicklung eines so großen und so verschieden gearteten Volkes überaus zweckmäßig ist<sup>1)</sup>.

Wenn ich vorher sagte, daß ein wirklicher Monarch nicht nur dem Namen, sondern auch der Tat nach oberster Kriegsherr sein müsse, so meinte ich damit natürlich nicht, daß er immer ein großer, genialer Feldherr sein müsse. Ein genialer Feldherr braucht er nicht zu sein, aber ein wirklicher Feldherr, der kriegerische Fähigkeiten und Fertigkeiten sach- und fachgemäß beurteilen kann, muß er sein oder es zu werden sich vornehmen. Es ist das der einzige Fall, wo der

<sup>1)</sup> Ohne die deutschen Fürsten und ihre durch eine lange geschichtliche Entwicklung gefestigten Staaten, die im Bundesrate eine ihrer Größe entsprechende Vertretung finden, wäre das neue und als solches naturgemäß locker gefügte Reich allein schon an seinem überdemokratischen Reichstage der Auflösung anheimgefallen. Die Engländer hätten dann mit ihrer Bezeichnung des neuen deutschen Reiches als „Pilzgewächs“ (*mushroom-empire*) recht behalten.



Monarch besondere Sach- und Fachkenntnisse besitzen muß. Das ist aber eine Aufgabe, die auch einen guten Kopf reichlich ausfüllen kann. Darum eben darf die Erziehung des Thronfolgers, wie bemerkt, in anderen Zweigen des Wissens und Könnens nicht forciert werden.

Es wird behauptet, daß ein monarchisch regiertes Volk mit einem obersten Kriegsherrn an der Spitze trotz einer die Rechte des Monarchen beschränkenden Verfassung nicht frei sein könne. Das wäre allerdings der Fall, wenn die Kriegsmacht des Landes aus einem vom Monarchen allein bezahlten Söldnerheere oder aus einer dem Monarchen unbedingt ergebenden Kriegerkaste bestünde. Bei einem aus allgemeiner Wehrpflicht hervorgehenden Volksheere ist es jedoch undenkbar, daß der Monarch die Kriegsmacht gegen das Gemeinwohl und für das Sonderinteresse irgendeiner innern oder äußern Macht gebrauchen könne. Folgt das Volk in diesem Falle dem Rufe des übel beratenen Königs, so bekennt es damit selbst seine Torheit und innere Unfreiheit. Gerade die Republiken, die aristokratischen sowohl wie die demokratischen, die modernen wie die antiken, sind mit ihren Söldnerheeren die idealen Verfassungen für derartige Sonderbestrebungen von innern oder äußern Mächten, denen ihre nationale oder internationale Vorherrschaft höher steht, als das Gesamtinteresse des gemeinsamen Vaterlandes. So z. B. hat sich das englische Söldnerheer und teilweise auch das angeblich freie englische Volk vor kurzem erst für das Sonderinteresse verschwindend weniger Multimillionäre in Afrika schlagen müssen, weil es die von diesen Millionären gemachte öffentliche Meinung so wollte. Wer diese Art von „Freiheit“, die im Grunde nichts anderes ist, als die „Freiheit“, das Vaterland verkaufen und seine Bewohner leiblich, geistig, sittlich verderben zu können, tatsächlich will, der mag recht haben mit der Behauptung, daß eine plutokratische Republik besser sei, als eine verfassungsgemäß beschränkte Monarchie mit einem obersten Kriegsherrn an der Spitze eines gewaltigen Volksheeres.

Auch die angeblich geringere „Kostspieligkeit“ der republikanischen Verfassung ist kein stichhaltiger Einwand gegen die Monarchie. In Wirklichkeit kommt eine Republik, selbst eine demokratische, dem werteschaaffenden Volke gewöhnlich teurer zu stehen, als eine Monarchie mit einem noch so verschwenderischen Monarchen. Die große demokratische Republik jenseits des Ozeans ist dafür mit ihren das Volk ausbeutenden Trustmagnaten geradezu ein Schulbeispiel. Schon ein einzelner dieser Trustmagnaten hat ein größeres Jahreseinkommen, als der König von Preußen, und dabei dient dieses noch dazu nicht zum Verzehren, sondern größtenteils zum Aufstellen neuer Saugpumpen zur Vernichtung des noch selbständigen Mittelstandes, also zur weitem wirtschaftlichen Verklavung des ganzen Volkes. Und wer etwa gar sich in die trostlos beschränkte Ansicht hineinhetzen läßt, daß die Zivilliste des Monarchen dem hungernden Volke abgeknapst wird, anstatt daß sie durch verschiedene Kanäle nach mannigfacher Befruchtung der Produktion wieder in die Hände des Volkes, auch des niedern, gelangt, über den kann ein Unbefangener nur mitleidig die Achseln zucken. Man vergißt dabei gewöhnlich, daß diese Zivilliste nur ein Rest des Einkommens vom früheren fürstlichen Privateigentum



ist, welches die Fürsten meist freiwillig dem Staate überlassen haben, obwohl es meist mit besserem Rechte Privateigentum war, als das jener Trustmagnaten. Selbst bei einem über Gebühr verschwenderischen Monarchen liegt für das Volk die Gefahr weniger in der Verschwendung, die ja größtenteils dem Volke wieder zugute kommt, als darin, daß der Landesherr dabei nur zu leicht von internationalen Geldmächten abhängig und dadurch an der Vertretung der nationalen Interessen gehindert werden kann.

Damit wären wohl so ziemlich alle Einwände gegen die monarchische Staatsverfassung an sich widerlegt. Gewiß hat auch sie, wie alles Menschliche, ihre Unvollkommenheiten; aber soweit überhaupt die politische Organisation zum Wohle der Gesellschaft beitragen kann, vermag es die verfassungsgemäß beschränkte Monarchie am besten. Daß ihre besondere Form der im guten Sinne fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft möglichst genau angepaßt werde und diese Form auch stets den rechten Inhalt habe, ist Sache der Wachsamkeit von Fürst, Volksvertretung, Volk und öffentlicher Meinung. Wachen alle diese Organe über alle hierauf bezüglichen Dinge mit Sorgfalt und lebhaftem Verantwortlichkeitsgefühl, so werden Fürsten und Völker stets miteinander zufrieden und so frei sein, als es mit öffentlicher Ordnung, Sicherheit und dauernder Lebensfähigkeit des Ganzen nur irgend verträglich ist.

Wie schon angedeutet, verliert die höchste Spitze des Zentralorgans einer Gesellschaft immer mehr an unmittelbarem Einfluß auf die Leitung des Ganzen, je reicher und feiner sich der Gesellschaftskörper organisiert. Darum wird aber diese höchste Spitze nicht etwa überflüssig; sie erhält nur eine andere Bedeutung und Funktion. Von einer direkten, persönlichen Regierung wird der Monarch immer mehr ablassen müssen, je größer und verwickelter der ganze Regierungsapparat wird. Die einzelnen Hauptteile desselben (Partien des Gehirns) erhalten dann immer mehr eigenes, selbständiges Leben, auf das wohl anregend, aber nicht bestimmend eingewirkt werden kann. Derartige Einwirkungen können hier oft mehr schaden, als nützen. Auf hoher Entwicklungsstufe der Gesellschaft befindet sich der Monarch diesem Apparate gegenüber in einer ähnlichen Lage, wie das Volk selbst. Wenn dieses die Regierung freilich nur von unten ansehen und deren Fehler mehr am eigenen Leibe fühlen als mit dem Verstande erkennen kann, so ist der Monarch in stande, dieselbe Sache von oben zu betrachten und daher natürlich viel besser zu erkennen. Er sollte aber auch versuchen, die Sache von unten aus, durch direkte Fühlungnahme mit dem Volke, anzusehen; denn von den Organen unmittelbar unter ihm erhält er leider nicht immer richtige Informationen. Wie ein Harun al Raschid sich unter das Volk zu mischen, kann heutzutage, bei den vielen Abbildungen des Volksoberhauptes, ein Monarch freilich nicht mehr. Dafür hat er aber jetzt an den ungleich reicher und feiner ausgebildeten Organen der öffentlichen Meinung mehr als hinreichenden Ersatz.

Wie man die Bäume an ihren Früchten erkennt, so erkennt man die Regierungsorgane an ihren Leistungen. Diese sind am besten, wenn sie in den peripherischen Organen nicht nur keine Schmerzen erregen, sondern vielmehr Schmerzen und andere Unlustgefühle zu



beseitigen imstande sind. Die Regierung sollte für alle rechtschaffenen, das Gemeinwohl erhaltenden und befördernden Gesellschaftselemente keine Plage, sondern eine Wohltat sein. Die Bestrebungen zur Verbesserung der Staatsverfassung sollten sich also auch auf hoher Entwicklungsstufe der Gesellschaft nicht sowohl auf die Spitze, als auf die übrigen Haupt- und Gliederteile des Zentralsystems (Aemter) und auf das gesamte motorische und sensible System, namentlich auch auf die Organe der öffentlichen Meinung, richten. Je besser und zweckmäßiger alle diese Organe funktionieren, desto mehr wird das Gemeinwohl gewahrt und gefördert werden. Je weniger der Monarch hier bestimmend eingreifen kann, desto mehr hat er Zeit, sich der Wachsamkeit über diese Organe und über das Gemeinwohl überhaupt zu widmen. Bei dem außerordentlichen Ansehen, das ein Monarch als Oberhaupt des Staates und der Gesellschaft auch heute noch genießt, und bei der Macht, über die er als oberster Kriegsherr verfügt, wird seine Stimme, wenn er sie zum Wohle des Ganzen erhebt, gewiß nicht ungehört verhallen.

Das Problem der besten Staatsverfassung und besten Regierung wird als gelöst gelten können, wenn die Klagen über die Regierung nur noch von solchen Elementen ausgehen, die dem Gemeinwohl mehr oder weniger schädlich sind. Je mehr diese klagen, desto ruhiger kann das Gewissen der Regierung und Volksvertretung sein. Bedenklich, ja schlimm steht es jedoch mit dem Gemeinwohl, wenn der selbständige gewerbliche Mittelstand gerechten Grund zur Klage hat. Das ist immer das Zeichen, daß gewisse Sonderinteressen einseitige Förderung, wenn auch nur indirekt gefunden haben. Das Wohlergehen des selbständigen gewerblichen Mittelstandes ist der zuverlässigste Gradmesser für die innere Gesundheit, Kraft und Lebensfähigkeit eines Gemeinwesens und der beste Schutz gegen Vergewaltigungen von oben oder von unten. Die Regierung hat also auf diesen Stand das Hauptaugenmerk zu richten, namentlich wenn sie eine monarchische Spitze hat und eine solche behalten will.

Wie dieser Mittelstand am besten zu erhalten und zu vermehren, überhaupt die ganze Wirtschaft, ja die ganze Gesellschaft zu einer vollständigen und harmonischen Interessengemeinschaft gemacht und darin erhalten werden kann, das soll in den folgenden Aufsätzen gezeigt werden.

#### IV.

#### Die wirtschaftliche Ordnung.

Eine wirtschaftliche, wie überhaupt eine Ordnung ist innerhalb einer Kulturgesellschaft nur soweit möglich, als deren politische Macht reicht. Es kann also immer nur von einer staatswirtschaftlichen und niemals von einer weltwirtschaftlichen Ordnung die Rede sein. Letztere wäre jedenfalls nur denkbar, wenn die ganze Welt in ein einziges, straff organisiertes Staatswesen verwandelt werden könnte. Ein solches Staatswesen (Weltreich) könnte aber wiederum nur von einem einzigen Gesichtspunkte aus wirtschaftlich geordnet werden; denn wo zwei oder mehrere Ordnungsprinzipien miteinander in Konflikt geraten, muß Unterordnung oder — Unordnung, Zwie-



spalt, Anarchie entstehen. Einheitliche Unterordnung aber wäre in der ganzen Welt ohne die rücksichtsloseste Vergewaltigung wieder nur unter der Voraussetzung ungefähr gleicher Rasse und Kultur möglich. Solange diese Voraussetzung nicht erfüllt ist — und sie wird wohl niemals erfüllt werden — ist auch kein einheitlicher Weltstaat möglich. Der vollkommene Einheitsstaat hat schon in einem ungefähr gleich gearteten Lande und Volke seine nicht geringen Schwierigkeiten; unüberwindlich würden diese in der ganzen, nach Klima, Bodenbeschaffenheit, Rasse, Kultur usw. so unendlich verschiedenen Welt. Der Weltstaat ist auch nicht einmal wünschenswert, denn wirklicher Kulturfortschritt — nicht oberflächliche Zivilisation — ist ohne fortschreitende Differenzierung der Individuen, Klassen, Rassen nicht denkbar. Nur die allgemeine Dekadenz könnte die Unterschiede und Gegensätze in der Welt ausgleichen, der Fortschritt nach oben muß sie vergrößern.

Da also ein die ganze Welt umfassendes, hinreichend straff organisiertes Staatswesen weder möglich noch wünschenswert ist, so müssen sich, wenn das Leben der Menschen auf diesem Planeten nicht ein wüster Kampf aller gegen alle werden soll, die hinreichend einheitlich gearteten Länder und Völker einzeln zu möglichst vollständigen und harmonischen Interessengemeinschaften zusammenschließen. Der Kampf um Dasein und Macht hört darum zwischen diesen, am besten nach großen, gleichsprachigen Nationen sich gliedernden Interessengemeinschaften und in milderer Form sogar innerhalb der Nationen und Länder nicht auf. Das ist aber kein Nachteil; im Gegenteil, es ist sogar im Interesse des allgemeinen Fortschritts und der dauernden Gesunderhaltung der Menschheit wünschenswert, daß der Kampf, bzw. der Wettbewerb fortbesteht; aber er muß dann von Nation zu Nation und noch mehr innerhalb derselben in geordneter und ritterlicher Weise geführt werden, was wiederum, wie sich später zeigen wird, nur unter der Bedingung vollständiger und harmonischer Interessengemeinschaften möglich ist. Auch kann nur unter diesen Bedingungen der Kampf in des Wortes verwegenster Bedeutung, der Krieg, auf ein Minimum der Häufigkeit und Gemeenschädlichkeit beschränkt werden; denn im Falle unvollständiger und unharmonischer Interessengemeinschaften sind die Ursachen für innere und äußere Konflikte fortwährend vorhanden. Ein dauernder Friede im Innern, wie ihn eine möglichst vollständige und harmonische Interessengemeinschaft in sichere Aussicht stellt, ist dem dauernden Unfrieden im Innern und einem nicht einmal in sicherer Aussicht stehenden Weltfrieden unbedingt vorzuziehen; denn selbst wenn äußere Kriege durch eine weltwirtschaftliche Ordnung vermieden werden könnten, würden die innern Kriege von Berufsklasse zu Berufsklasse dann nur um so häufiger und heftiger werden, und überdies würden die Menschen, wie später deutlich gezeigt werden wird, ohne jede Rücksicht auf Rasse, Lebensgewohnheit und Kulturstufe in der wütesten Weise durcheinander gewürfelt werden. Die eine Art von Nationen müßte sich dann weit überwiegend mit Industrie und Handel, die andere mit Landwirtschaft abgeben. Dabei würde die letztere Art von Nationen immer arm und ohnmächtig bleiben und ihren Bevölkerungsüberschuß ohne jede Rücksicht auf Rasse, Lebensgewohnheit und Kulturstufe an



die erstere Art abgeben müssen. Das würde aber selbst den Industrie- und Handelsnationen auf die Dauer keinen Vorteil bringen; denn sie würden sich durch Ueberreichtum, Genußsucht, übermäßige Rassenmischung und allzu einseitige Beanspruchung der wirtschaftlichen, geistigen, leiblichen Kräfte körperlich und seelisch zugrunde richten. Es würde also für keine Nation das Ideal eines wahrhaft natur- und kulturgemäßen Lebens erreicht werden.

Angesichts dieser für jeden halbwegs Kundigen und Ehrlichen auf der Hand liegenden Nachteile der übertriebenen Weltwirtschaft drängt sich die Frage auf, wie es denn überhaupt kommt, daß gewisse Menschen eine so merkwürdige, oft geradezu fanatische Vorliebe für Weltbürgertum und Weltwirtschaft, anstatt für Staatsbürgertum und Nationalwirtschaft an den Tag legen.

Der Grund davon ist der, daß es eine namentlich in heutiger Zeit überaus mächtige und einflußreiche Klasse von Menschen gibt, die ein wohlverstandenes Interesse an einer möglichst weitgehenden weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und einer möglichst großen Abhängigkeit der Nationen voneinander haben. Es sind das die internationalen Geld- und Warengroßhändler, die den Geld- und Warenaustausch zwischen den verschiedenen Nationen vermitteln. Je mehr dabei die eine Nation von der andern abhängig wird, je weniger jede für sich allein existieren kann, desto größer wird die Macht und die Bereicherungsmöglichkeit dieser Vermittler. Wenn nun gar die einander wirtschaftlich ergänzenden Nationen recht weit voneinander entfernt sitzen, so können diese Vermittler der einen Nation z. B. die Rohprodukte, der anderen die Fabrikate sperren, ohne daß beide Nationen dagegen irgend etwas tun können. Selbst ein Krieg würde für beide ziemlich aussichtslos sein, da es in solchem Falle sowohl der einen wie der andern Nation an dem dazu Nötigsten gebricht. Das ganze Wohl und Wehe solcher Nationen liegt dann vollständig in den Händen der internationalen Händler, und diese nutzen ihre Macht natürlich entsprechend für sich aus, so daß man sich nicht wundern kann, wenn ihr Reichtum und damit ihre Macht von Jahr zu Jahr immer mehr, geradezu lawinenartig anwächst, während das wertschaffende Volk immer abhängiger und ohnmächtiger wird.

Die Gefährlichkeit dieser internationalen Mächte wird von den nationalen Machthabern (Regierungen und Volksvertretungen) noch immer nahezu völlig verkannt, ja, scheint überhaupt erst recht wenigen national interessierten Politikern genauer bekannt zu sein. Sagte doch sogar Fürst Bülow in seiner Rede zur Begründung der Reichsfinanzreform vor kurzem erst, daß es wünschenswert wäre, wenn die internationalen Beziehungen immer mehr zunähmen. Es ist darum notwendig, das eigentliche Wesen dieser Mächte hier besonders zu kennzeichnen.

Jede Macht und Herrschaft beruht auf bestimmten Machtmitteln. Die der „goldenen Internationale“ bestehen ausschließlich in sog. „mobilem“ Kapital, d. h. in barem Gelde und in börsenfähigen Werten: Staatspapieren, Stadtpapieren, dann Hypotheken und Obligationen industrieller Gesellschaften, namentlich aber in den sog. „Aktien“ von Industrie-, Bergwerks-, Bank-, Schiffahrts- usw. Unternehmungen, die, obwohl sie von jedem halbwegs natürlichen und wahrhaft kulturellen



Rechtsstandpunkte aus nur Schuldtitel sein sollten, nach dem heute bestehenden, auf römisch-byzantinischen Wuchereranschauungen fußenden Rechte als Eigentumsanteile gelten. Es wird später noch von diesen „Aktien“ die Rede sein.

Die Beweglichkeit dieser papiernen Machtmittel bringt es mit sich, daß deren Inhaber bezüglich der Seßhaftigkeit an kein bestimmtes Land und Volk gebunden sind. Sie können ihre Zinsen und Dividenden überall einziehen und verzehren. Wenn es ihnen in dem einen Lande nicht mehr paßt, können sie in ein anderes Land ziehen; nur muß dieses, wenn das Leben darin für sie nicht unbequem sein soll, an die internationale Herrschaft des beweglichen Kapitals angeschlossen sein, d. h. es muß Banken und Börsen haben und durch den Mißbrauch dieser Institute einen bestimmten (möglichst großen) Teil seines produktiven Vermögens (Grundstücke, Fabriken, Bergwerke, Kaufhäuser, Eisenbahnen, Frachtschiffe usw. in papierne, für jedermann an der Börse käufliche und verkäufliche Werte verwandelt haben. Erfüllt ein Land diese Bedingungen, so kann es für den internationalen Geldmachthaber Vaterland sein; es liegt sogar in seinem Interesse, für keins dieser Länder besonders zu schwärmen, sich an keins von ihnen mit Herz und Gemüt fest anzuschließen; denn das würde ihn nur hindern, nötigenfalls ein Land gegen das andere auszuspielen und alle mit gleicher Lust und Liebe auszubeuten. Zu einer solchen rein wucherischen, d. h. parasitären Lebensweise zwischen Völkern, Klassen und Individuen eignen sich von allen Rassen und Klassen am besten die Juden, erstens, weil sie schon seit fast zwei Jahrtausenden kein eigentliches Vaterland mehr haben, und zweitens, weil sie in der wucherischen Erwerbsweise die sicherste Findigkeit, die ältesten Erinnerungen haben. Es wäre jedoch ungerecht, diese (übrigens sehr mannigfach gemischte) Rasse oder Klasse für die Schäden des internationalen Kapitalismus allein verantwortlich zu machen. Der Wucher ist für alle unproduktiven und dabei habgierigen, genußsüchtigen Individuen nur zu verführerisch; denn er gestattet, ohne jede angestrenzte und schöpferische Arbeit bequem, ja üppig zu leben. Es gibt aber in allen Rassen und Klassen mehr oder weniger derartige Individuen, und man kann sogar behaupten, daß die kühnsten, gemeingefährlichsten Völkerräuber indirekter Art, wie z. B. verschiedene der amerikanischen Trustmagnaten, gewöhnlich keine Juden sind. Diese Rasse oder Klasse ist durch entsetzliche, allerdings bei uns schon recht weit zurückliegende Erfahrungen am eigenen Leibe ziemlich ängstlich geworden und hütet sich vor jeder allzu gefährlichen Ueberspannung der kapitalistischen Erwerbsart. Sie unternimmt selbst weniger gefährliche Sachen nicht mehr gern allein und läßt lieber national eingebürgerte Geldleute oder sonstige nationale Machthaber am Gewinn teilnehmen, als daß sie allein den ganzen Gewinn, aber auch das ganze Odium sich aufladet. Nicht selten wissen die dazu als Mitschuldige Herangezogenen nicht einmal, zu welchen verdammenswerten Handlungen ihr guter, oft vornehmer Name gemißbraucht wird. Das Empfinden für Ehre, Sitte, Recht, das früher in gewissen Klassen außerordentlich fein war und mangelnde Einsicht in gewisse Dinge ersetzen konnte, ist in letzter Zeit, unter der Einwirkung einer in Verdrehungskünsten überaus geschickten Presse, recht bedauerlich stumpf



geworden. Es war darum zwar nicht unrichtig, aber politisch höchst unklug, die nationalen Abwehrmaßregeln gegen den internationalen Kapitalismus mit dem sog. „Antisemitismus“ zu verquicken. Dadurch wurde die Aufmerksamkeit von der Hauptsache auf allerlei verhältnismäßige Nebensächlichkeiten abgelenkt.

Die Hauptsache ist nämlich, daß die Besitzer des beweglichen und die des seßhaften Kapitals — soweit man die eigentlichen Produktionsmittel: Grund und Boden, Rohstoffe, Forscher-, Erfinder-, Künstlergeist, Arbeitskraft, Ordnungssinn, Wehrfähigkeit usw. als „Kapital“ bezeichnen will — ganz verschiedene, meist geradezu entgegengesetzte Interessen haben und entsprechend entgegengesetzte Interessengemeinschaften bilden. Die Interessen des seßhaften oder des unübertragbaren (persönlichen) Kapitals sind stets nationaler, die des beweglichen oder des unpersönlichen, leicht übertragbaren Kapitals meist internationaler Art, gleichviel welcher Rasse die entsprechenden Vertreter angehören. Die nationalen Machthaber und der die eigentlichen Werte schaffende Teil jeder Nation haben ein Interesse daran, daß Kapital und Arbeit, Produktionsmittel und Produktionskraft soviel als irgend möglich in derselben Hand bleiben und daß das ganze Nationalvermögen zwar nicht gleichmäßig, aber doch möglichst nach harmonischen Größen- und Zahlenverhältnissen verteilt wird. Nur dann gedeiht die Nation in sittlicher, geistiger und leiblicher Hinsicht am besten. Auch bleiben dann die Rassen, Lebensgewohnheiten und Kulturstufen einigermaßen beisammen, werden jedenfalls nicht wüst durcheinandergewürfelt. Das Gedeihen, d. h. die Vermehrung des beweglichen Kapitals ist aber an genau entgegengesetzte Bedingungen geknüpft. Seine Inhaber finden ihre Rechnung am besten und bequemsten, wenn Kapital und Arbeit möglichst getrennt werden, wenn also an Stelle des schuldenfreien Besitzes der Produktionsmittel die Kreditwirtschaft oder, am besten, die Aktiengesellschaften treten, die ihrerseits wieder, je besser sie florieren, um so mehr die Tendenz haben, die Besitztitel in immer weniger Händen zu konzentrieren und die Betriebe immer mehr zu vergrößern, auch wenn das weder aus technischen, noch ökonomischen, noch irgendwelchen andern ehrlichen Gründen wünschenswert erscheint. Wenn z. B. irgendwo ein Unternehmen irgendwelcher Art gut rentiert und in eine Aktiengesellschaft und damit der persönliche, unbewegliche Besitz in einen unpersönlichen, beweglichen verwandelt wird, so wird oft das Unternehmen derart über jedes vernünftige Bedürfnis hinaus vergrößert, daß es bald aufhört, gut zu rentieren. Dann werden die Aktien, nachdem sie an der Börse möglichst in die Höhe getrieben worden sind, an das größere, uneingeweihte Publikum abgestoßen, dem sie dann oft wieder, wenn sie nahezu wertlos geworden sind, von den Eingeweihten abgekauft werden. Nunmehr fangen die vorher, infolge der Ueberproduktion, schlecht rentierenden Gesellschaften nach und nach wieder zu rentieren an, weil inzwischen verschiedene Unternehmungen desselben Produktionszweiges zugrunde gegangen sind.

Unter solchen wirtschaftlichen Zuständen, die immer mehr auf arbeitslosen Besitz und besitzlose Arbeit, also auf Enteignung der wirklich wertschaffenden oder ehrlich sparenden Hände und Köpfe



hindrängen, kann selbst die lebenskräftigste und innerlich geschlossenste Nation nicht lange gedeihen. Solche anarchischen Zustände erzeugen im Innern einer Nation Gegensätze, wie sie sonst nur zwischen feindlichen Nationen möglich sind. Gewöhnlich erkennen das aber die für das allseitige Gedeihen der Nation Verantwortlichen, die nationalen Machthaber, erst zu spät. Sie lassen sich durch allerlei eitles Blendwerk täuschen oder verwechseln gar die Interessen der internationalen Wucherer mit denen der Nation. An diesem Gegensatz zwischen Selbstsucht und Gemeinsinn sind die antiken Gesellschaften zugrunde gegangen und werden auch die modernen zugrunde gehen, wenn sie nicht rechtzeitig die wirtschaftliche Anarchie durch eine wirtschaftliche Ordnung ersetzen.

Hieraus dürfte wohl zur Genüge klar geworden sein, daß für Nationen und Rassen, die sich selbst erhalten wollen, eine Zunahme der internationalen Beziehungen und der Mobilisation des Besitzes über einen gewissen Grad hinaus nicht wünschenswert ist. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß sich die Nationen gegeneinander hermetisch abschließen müßten. In geistiger Hinsicht ist das überhaupt zu verwerfen, und auch in wirtschaftlicher Beziehung braucht der Abschluß nicht vollständig zu sein. Für Dinge, die ein Land und Volk aus klimatischen und anderen unabänderlichen Ursachen nicht selbst erzeugen kann, ist ein internationaler Handel selbstverständlich nicht zu vermeiden. Auch solche Waren, die ein Land nicht so wohlfeil wie ein anderes hervorbringen kann, wird und darf es gegen andere Waren, die es besonders wohlfeil erzeugt, international austauschen; nur darf dadurch die Vollständigkeit und Harmonie seiner eigenen Wirtschaft nicht erheblich gestört werden, d. h. die internationalen Beziehungen dürfen nicht über eine gewisse, die politische Unabhängigkeit gefährdende Grenze hinauswachsen. Auch dürfen es nur mehr oder weniger entbehrliche Dinge sein, die für den internationalen Handel in Frage kommen können. In bezug auf absolut unentbehrliche Nahrungsmittel jedoch, wie Getreide und alle daraus erzeugbaren Produkte, zu denen auch Fleisch gehört, muß ein Land und Volk absolut selbständig bleiben, wenn es nicht seine Existenz unberechenbaren Zufällen und Gefahren aussetzen will. Die Landwirtschaft muß darum die unantastbare Grundlage jeder auf annähernde Vollständigkeit und Harmonie Anspruch machenden Interessengemeinschaft sein und bleiben. Wie jeder selbständige Organismus einen Magen haben muß und nicht auf die Dauer künstlich, mittels eines Zuleitungsschlauches, ernährt werden kann, so muß jedes Land und Volk soviel absolut unentbehrliche Nahrungsmittel selbst erzeugen, daß die eigene Produktion bei mittleren Ernten ausreicht, und nicht eine unsichere, etwa gar über Länder und Meere reichende Zuleitung notwendig wird. Aber auch die bei übermittleren Ernten gewonnenen Ueberschüsse dürfen nicht ausgeführt, sondern müssen aufgespeichert werden, damit bei untermittleren Ernten der eigene Bedarf gedeckt ist.

Das alles ist nicht nur aus Gründen der möglichst vollständigen und harmonischen Interessengemeinschaft, sondern überhaupt schon wegen der dauernden Gesundheit und Lebensfähigkeit, der ungefährdeten



Zukunft einer Gesellschaft absolut notwendig. Selbst wenn man sich auf den utopistischen Standpunkt stellt, daß Kriege und Boykott die Brotversorgung eines Landes niemals auf die Dauer in Frage stellen können, weil diese Mittel ein für allemal abgeschafft werden könnten, so bleiben für ein landwirtschaftlich von außen abhängiges Land doch noch genug schwere Gefahren übrig. Eine sozusagen künstliche Ernährung ist nämlich nur solange für das betroffene Land möglich, als es überwiegend agrarische Länder gibt, die geneigt sind, überflüssige Nahrungsmittel gegen Industrieerzeugnisse einzutauschen. Dabei bleibt aber ein Land, auch wenn es fruchtbar ist, vergleichsweise ohnmächtig, weil arm und schwach bevölkert. Es wird also danach streben, sich seine unentbehrlichen Industrieartikel selbst zu erzeugen, um seine wachsende Bevölkerung im Lande behalten und seinen Reichtum, überhaupt seine Macht steigern zu können. Hat es auf diese Weise einen gewissen Sättigungszustand erreicht, so ist es nicht mehr imstande, Nahrungsmittel abzugeben. Denkt man sich diese Entwicklung für alle noch überwiegend agrarischen Länder vollendet, so ist die Existenz der überwiegend industrialisierten schlechterdings unmöglich geworden. Die im Lande nicht mehr ernährbare Bevölkerung wird verhungern oder auswandern müssen, ohne daß die übrigen, jetzt ja selbst gesättigten Länder imstande wären, sie aufzunehmen. Man müßte sich also mit kriegerischer Gewalt den Zutritt erzwingen, was den durch Ueberindustrialisierung verweichlichten und in ihrer leiblichen wie gesellschaftlichen Konstitution geschwächten Völkern ganz unmöglich ist. Vielmehr müssen sie den agrarisch und industriell unabhängigen, in jeder Hinsicht kräftigeren Völkern zur Beute fallen. Die übermäßige Industrialisierung eines Landes ist also selbst dann zu verwerfen, wenn sie nach Maßgabe der Zustände in andern Ländern vorläufig noch möglich erscheint. Auf eine vorläufige Möglichkeit kann wohl ein einzelner sterblicher Mensch, aber kein Volk, das dauernd existieren will, seine Existenz gründen.

Natürlich wird auch bei den agrarisch und industriell im Gleichgewicht befindlichen Völkern irgend einmal der Zeitpunkt eintreten, wo die überschüssige Bevölkerung im eigenen Lande nicht mehr ernährt werden kann, ohne daß in anderen Ländern für sie noch Raum ist. Es muß dann in irgendeiner Weise Luft und Ausdehnungsraum geschaffen werden. Und wenn sich nicht alle Völker zum Zweikindersystem bequemen wollen, werden kriegerische Verwickelungen nicht ausbleiben. Der (geordnete und ritterlich geführte) Krieg wird also stets ein Glied der besseren Weltordnung bleiben müssen. Jedenfalls könnte er nur durch den ungeordneten Krieg von Mann zu Mann, von Gruppe zu Gruppe ersetzt werden. Und selbst wenn es durch internationale Abmachungen möglich wäre, äußere Kriege zu vermeiden, so würden die innern Kriege, solange die Menschheit an Leib und Seele noch nicht völlig verkrüppelt wäre, nur um so heftiger und häufiger werden. Während sonst nur zeitweise und auf geordnete, ritterliche Manier Krieg geführt würde, im übrigen aber meist Frieden in und zwischen den Nationen wäre, würde dann im Innern fast immer Krieg oder mindestens Unfriede zwischen den einzelnen Klassen sein. Es kann also wohl nicht zweifelhaft erscheinen, welches von den beiden unvermeidlichen Uebeln das kleinere ist.



Damit nun aber ein Volk stets imstande sei, den bei Uebervölkerung nicht mehr gut vermeidlichen Krieg zu führen, muß die möglichst hohe Steigerung oder Hoherhaltung der Wehrkraft der zweite Hauptgesichtspunkt sein, der nächst der dauernd gesicherten Ernährung für die Ordnung der menschlichen Gesellschaften in Betracht kommt. Ein Organisationsprinzip, welches diese beiden Grundlagen jeder besseren Gesellschaftsordnung ausschliesse, müßte von vornherein als utopistisch, unsinnig angesehen werden. Die Sicherheit des einzelnen wie der Gesellschaft beruht darauf und nur darauf; alles Weitere ist Aufbau und Ausbau. Ein Land und Volk wäre nicht nur äußeren, sondern auch inneren Feinden preisgegeben, wenn es auf diese Grundlagen seiner Existenz verzichten wollte. Es muß demnach als geradezu verbrecherisch, landesverräterisch bezeichnet werden, einer Nation diese beiden Grundlagen ihrer dauernden Existenz untergraben zu wollen.

Was bei jener, für den festen Zusammenhalt einer Gesellschaft notwendigen Interessengemeinschaft unter der Vollständigkeit zu verstehen ist, dürfte nach dem Vorausgegangenen, sowie aus dem Aufsatz: „Gesunder und kranker Gesellschaftskörper“ nicht mehr zweifelhaft sein. Um es noch einmal ganz kurz anzudeuten: es müssen sich die verschiedenen gewerblichen Berufsklassen möglichst restlos ergänzen. Alle müssen aufeinander und nicht auf die unsichern, unkontrollierbaren Verhältnisse im Auslande angewiesen sein.

Es fragt sich nun noch, was man sich unter einer harmonischen Interessengemeinschaft vorzustellen hat. Das bezieht sich auf die Größe und Anzahl der für Urproduktion, Fabrikation und Verteilung erforderlichen selbständigen Betriebe, d. h. es müssen dabei Verhältnisse maßgebend sein, die eine gewisse Aehnlichkeit mit den materiellen Grundlagen harmonischer Töne haben. Es muß also dafür gesorgt werden, daß große, mittlere, kleinere und kleine Betriebe ohne gegenseitige Störung nebeneinander bestehen können. Die Gründe dafür sind mannigfaltiger Art und sollen im folgenden erörtert werden.

Die Großbetriebe sind zwar in gewissen Fällen unvermeidlich, werden aber dem Gemeinwohl sowie den einzelnen, die daran in leitender oder untergeordneter Stellung beteiligt sind, immer schädlicher, je mehr sie sich zu Riesenbetrieben auswachsen. Diese können sich wegen ihrer geringen Anzahl leicht untereinander verständigen und eine Art Monopolstellung erringen, die jeden gesunden Wettbewerb ausschließt und daher selbst den technischen Fortschritt, den man ihnen sonst gern zuschreibt, auf die Dauer hemmen. Dann machen sie eine zu große Anzahl Menschen zu abhängigen Gehalts- und Lohnsklaven und eine ganz geringe Zahl überreich und übermächtig. Auch wird durch sie, infolge zu weitgehender Arbeitsteilung, die Arbeit einseitig, langweilig, ungesund an Leib und Seele. Selbst noch so vollkommene hygienische Einrichtungen können wohl die schlechte physische, aber nicht die schlechte moralische Luft der Fabriksäle, auch nicht die Eintönigkeit und Langweiligkeit der Arbeit beseitigen. Das Schlimmste eben ist, daß der industrielle und händlerische Großbetrieb zu viel junge Menschen auf engem Raum konzentrieren und allen schädlichen Einflüssen sittlicher Art ohne



genügende Ueberwachungsmöglichkeit preisgeben muß. Auch das allzu wasserkopffartige Anwachsen der Großstädte auf Kosten der kleinen Städte und des Landes hängt mit dem überhandnehmenden Großbetriebe in Industrie und Handel zusammen. Trotz dieser mannigfachen Gemeinschädlichkeit wird man, wie schon bemerkt, auf den Großbetrieb in einigen Fällen aus technischen und ökonomischen Gründen nicht verzichten können. Große Seeschiffe, Lokomotiven und andere schwere Maschinen kann man im mittleren Betriebe nicht zu bauen unternehmen; ebenso sind Kanonengießerei, Reederei und namentlich Bergbau nur in großen Betriebe gut möglich. Auch gewisse häufige Gebrauchsgegenstände lassen sich nur in weitgehend arbeitsteiligem Großbetriebe wohlfeil genug herstellen. Indessen darf eine nur etwas größere Wohlfeilheit kein Grund sein, um die Ausdehnung der Betriebe über eine gewisse Grenze hinaus zu begünstigen. Die mannigfachen und schweren Nachteile eines zu weit ausgedehnten Großbetriebes können durch kleine Vorteile nicht aufgewogen werden.

Bei wirtschaftlicher Anarchie hat übrigens der Großbetrieb meist gar nicht den Zweck, die Produkte besser oder wohlfeiler zu liefern, sondern dient gewöhnlich nur dazu, um die weniger kapitalkräftigen Mitbewerber zu erwürgen, bezw. zum Anschluß an einen Trust zu nötigen. Die leichte Kapitalsbeschaffung durch sog. „Aktien“ und die wie ein Wettspiel wirkende Börse erleichtert diese Abschichtung der Kleinen und Angliederung der Größeren nicht wenig. Hat man auf diese Weise, nicht selten unter großen Verlusten, eine Monopolstellung in einem Produktions- oder Verteilungszweige erlangt, so ist man gezwungen, die Konsumenten durch hohe Preise zu schröpfen, um nicht nur den vorausgegangenen Verlust wieder herauszuholen, sondern auch noch bedeutende Gewinne zu machen. Ein derartiger Großbetrieb hat nicht nur keine Daseinsberechtigung, sondern ist im höchsten Grade schädlich. Großbetrieb ist also nur da zu begünstigen bezw. nicht zu hemmen, wo ungewöhnliche Vorteile technischer oder ökonomischer Art in Frage stehen. In den meisten Fällen leisten jedoch gut geleitete Betriebe mittlerer, ja oft selbst kleinerer Ausdehnung technisch und ökonomisch dasselbe, mitunter sogar noch besseres, als Großbetriebe, namentlich, wenn diese nicht unter selbstverantwortlicher Leitung des Besitzers und Schöpfers stehen, sondern im Auftrage und unter immerhin unvollkommener Aufsicht von Kapitalisten geleitet werden.

Ganz uneingeschränkt gilt das alles jedenfalls für die Land- und besonders Gartenwirtschaft. Hier sind die kleineren Betriebe oft sogar schon den mittleren an zweckmäßiger Ausnutzung zwar nicht des Bodens, aber der Arbeitskraft überlegen. Darum sind jedoch die großen und mittleren Betriebe selbst hier keineswegs überflüssig oder für das Gemeinwohl entbehrlich. Wenn es hier nur kleine Betriebe gäbe, würde nicht nur die landwirtschaftliche Technik bald zurückgehen, sondern es wäre auch nicht möglich, die städtische Bevölkerung genügend zu ernähren und zu ergänzen.

Fragt man nun, wie sich der ländliche Besitz aus sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rücksichten am besten zu verteilen hätte, so könnten bei einer Feldmark und Dorfgemeinde von 3000 bis



4000 Morgen (800—1000 ha) etwa folgende Verhältnisse in fruchtbaren Gegenden maßgebend sein. Ein Rittergut von etwa 1000 Morgen (250 ha) für den sozialen, politischen, technischen und geistigen Führer der Gemeinde. Dann, um den Uebergang herzustellen, zwei bis drei Großbauerngüter von 100—200 Morgen; weiter fünf bis sechs Mittelbauerngüter von 40—80 Morgen. Der Rest der Feldmark könnte sich auf Kleinbesitz von 5—20 Morgen verteilen. In diesem Falle würden der große, sowie die mittleren und kleineren Betriebe sich in einer Weise ergänzen, die dem Gemeinwohl, dem allgemeinen Kulturfortschritt, dem sozialen Frieden, dem Bedürfnis des Staates und der Gesellschaft nach Ernährung und nach der entsprechenden Anzahl von Hand- und Kopfarbeitern am besten dienen würde. Auf der einen Seite würde es nicht an gelernten Arbeitern, auf der andern nicht an Arbeit, an Sicherheit und verhältnismäßiger Annehmlichkeit der Existenz fehlen. Dabei ist natürlich vorausgesetzt, daß die Inhaber der für eine selbständige Existenz zu kleinen Betriebe sich entweder durch Nebenbeschäftigung auf den größeren oder durch handwerksmäßige Tätigkeit als Schmied, Stellmacher, Schuhmacher, Schneider, Krämer, Gastwirt, Bäcker, Fleischer usw. den Erwerb vervollständigen. Allein auf Handwerk oder sonstige Nebenarbeit könnte sich in einer rein agrarischen Dorfgemeinde wohl keine Familie mit genügender Sicherheit für das ganze Jahr stützen; ein gewisser Grundbesitz dürfte also auch für diese Berufsarten hier unentbehrlich sein.

Obige Besitzverteilung ist natürlich nur ein ungefähres Schema, das sich in einer besonders fruchtbaren Gegend entsprechend verengern, in einer weniger fruchtbaren und bevölkerten Gegend entsprechend erweitern oder sonstwie ändern könnte. Im allgemeinen dürfte es aber dem Bedürfnis nach einer vollständigen und harmonischen Interessengemeinschaft unter ländlichen Durchschnittsverhältnissen genügen. Auch besteht es ja bereits vielfach in der Praxis, und die Erfahrung lehrt, daß unter solchen Bedingungen die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in rein agrarischen Gegenden am gesunden sind.

Unter solchen gesunden Verhältnissen vermehrt sich die ländliche Bevölkerung gewöhnlich stark. Es wird deshalb auf dem Lande ein gewisser Ueberschuß an Arbeitern der Hand und des Kopfes auch bei einer entsprechenden Steigerung der Intensität der Wirtschaft verfügbar sein. Das ist aber solange kein Uebelstand, vielmehr ein Vorteil, als die Städte, namentlich die Großstädte, durch eigene Vermehrung sich nicht auf der Höhe erhalten oder gar vergrößern können. In den letzten Jahrzehnten und besonders jetzt war und ist sogar das Bedürfnis der Großstädte und Industriezentren nach neuem, frischem Menschenmaterial größer, als der Ueberschuß des Landes, so daß dieses teilweise sogar Mangel an Arbeitskräften hatte und solche aus dem Auslande, also von anderer Rasse und Kultur beziehen mußte und muß. Das ist ein sehr bedenklicher Uebelstand, der vermieden werden muß und in einer harmonisch geordneten Volkswirtschaft auch vermieden werden kann. Er war ja auch nur durch die kapitalistische Raubwirtschaft der letzten Jahrzehnte und die damit im Zusammenhange stehende Ueberindustrialisierung überhaupt möglich. Unter gesunden, normalen Verhältnissen kann die städtische Entwick-



lung in Industrie und Handel nicht schneller zunehmen, als die Gesamtheit der dafür im Lande verfügbaren Arbeitskräfte zunimmt. Es ist eben volkswirtschaftlicher Raubbau, wenn diese Entwicklung durch kapitalistische Mittel treibhausartig beschleunigt und in exzentrische Bahnen getrieben wird. Raubbau rächt sich stets, wenn nicht in der Gegenwart, so doch sicher in der Zukunft. Die Geschichte lehrt, daß alle Gesellschaften, die solche Raubwirtschaft zuließen, daran zugrunde gegangen sind. Auch die modernen Gesellschaften stehen in dieser Hinsicht nicht über den Naturgesetzen. Der Untergang muß hier sogar, der schnelleren Ueberentwicklung entsprechend, noch schneller vor sich gehen. Er könnte auch dann nicht aufgehalten, ja nur beschleunigt werden, wenn diese unharmonische, einseitige Entwicklung, anstatt unter kapitalistischer, unter einer sozialistischen Aera etwa marxistischer Art erfolgte. Das Uebel liegt eben in der Unvollständigkeit und Disharmonie der Interessengemeinschaft; der Kapitalismus verschlimmert es nur, bringt es auch zuerst hervor und lenkt dadurch die Gegenbewegung, den internationalen Sozialismus der Proletarier, in eine falsche, ja, im Vergleich mit der kapitalistischen, noch verderblichere Richtung. Die Extreme sowohl des kapitalistischen Sozialismus der Plutokraten wie des antikapitalistischen Sozialismus der Proletarier müssen zuletzt auf unterschiedlosen Kommunismus hinauslaufen. An Stelle des „Kommunismus des Mammons“, der sich zuletzt in wenigen überreichen Trustmagnaten nahezu gleichmäßig konzentriert, müßte der ungefähr ebenso gleichmäßige Kommunismus der Armut folgen, wenn dieser überhaupt jemals vor dem völligen Zerfall und Untergang der Gesellschaften eintreten könnte.

Der moderne, mehr mechanische als organische Sozialismus von Marx und Genossen — der sog. „Revisionismus“ scheint nur ein verkappter Kapitalismus zu sein — ist, wie Prof. G. Ruhland (System der politischen Oekonomie, Band I, S. 139) ganz richtig sagt, von den Mißständen in der englischen Fabrik ausgegangen und darin stecken geblieben. Marx kennt als Objekte kapitalistischer Ausbeutung im wesentlichen nur die groben Muskelarbeiter, die Fabrikproletarier. Von den kapitalistisch mindestens ebenso ungerecht ausgebeuteten Gehirnarbeitern oder gar von deren höchster Stufe, den Forschern, Erfindern, Künstlern, scheint er keine Ahnung zu haben. Auch hört man bei ihm nichts davon, daß die Fabrik als Produktionsstätte schlechtweg zu verwerfen und möglichst durch etwas Besseres, Freieres, Schöneres zu ersetzen sei. Er bleibt eben, trotz aller Freiheitsphrasen, in der Fabrik, d. h. in der wirtschaftlichen Sklaverei stecken.

Die Fabrik, überhaupt der industrielle und händlerische Großbetrieb, mag zwar für gewisse Zweige der Produktion und Verteilung, wie bemerkt, ein notwendiges Uebel sein, ist aber jedenfalls ein Uebel und keinesfalls das Ideal einer gesunden, Leib und Seele stärkenden und befriedigenden Arbeitsstätte und Arbeitsweise. Die Fabrik macht die Arbeit für nahezu alle Beteiligten unfrei, unkünstlerisch, öde, langweilig. Aus dem selbständigen Handwerksmeister und dessen Gehülfen, die gewöhnlich nicht bloß zur Werkstatt, sondern mehr oder weniger auch zur Familie des Meisters gehören und dadurch gewissen ethischen und ästhetischen Beeinflussungen zugänglich werden, kann sich unter halbwegs günstigen Voraussetzungen der



Kunsthandwerker, ja der Künstler entwickeln, aus dem Fabrikarbeiter niemals. Das Wort „Meister“ wird als Ehrentitel auch für die höchsten Künstler gebraucht, aber das Wort „Fabrikarbeiter“ hat sowohl in bezug auf den Wert des Arbeitsproduktes wie auf das Lebensgeschick des Arbeiters eine mehr oder weniger verächtliche Bedeutung erhalten. Das würde auch unter sozialistischer Ordnung marxistischer Art nicht wesentlich anders werden, falls sich nicht die Fabrik als solche soviel als irgend möglich auflöst. Sie ist allenfalls das Ideal für menschenunwürdige Versklavung und Ausbeutung der Arbeiter, aber nicht für die Arbeit überhaupt. Diese muß einen ethischen und ästhetischen Wert haben, muß soviel als irgend möglich selbständig, frei, individuell sein. Sie muß, wenn auch nicht immer ein Vergnügen, so doch mindestens keine unerträgliche, geisttötende Last sein. Das ist aber nur möglich, wenn die Arbeit nicht zu einseitig und abwechselungslos ist, wenn der Arbeiter das fertige Produkt seiner Arbeit zu sehen bekommt und sich daran erfreuen kann. Für eine derartige mehr oder weniger künstlerische Arbeitsweise ist aber eben die Werkstätte des selbständigen Handwerksmeisters und dessen Familienkreis weit günstiger, als der Fabriksaal und die Schlafstelle in der überfüllten großstädtischen Mietskaserne. Fabriken sind überhaupt wie Kasernen, nur daß darin nicht dieselbe Zucht und Ordnung herrscht und man darin die ganze Lebenszeit, nicht bloß ein paar Jahre zubringen muß.

Aus der englischen Fabrik, von der die sozialdemokratische Bewegung ausgegangen und in der sie im wesentlichen stecken geblieben ist, erklärt sich auch zur Genüge das Fabrik-, Kasernen- und Gefängnisartige des sozialdemokratischen Zukunftsstaates, soweit man diesen auszumalen überhaupt der Mühe wert gefunden hat. Man scheint sich diesen „Zukunftsstaat“ nicht anders als wie ein großes Staatsfabrikwesen mit entsprechend großen Riesenstädten und Riesen-großbetrieben vorstellen zu können. Ein solches Gesellschaftswesen ist trotz aller geflissentlichen Betonung des „Sozialen“ so unsozial wie möglich, weil darin für die Familie — bekanntlich die Grundlage jeder sozialen Ordnung — noch weniger Raum übrig bleibt, als im heutigen kapitalistischen Staate. Man will die soziale und wirtschaftliche Organisation völlig in der politischen, die Gesellschaft also völlig im Staate aufgehen lassen, was, wie schon vorher bemerkt, der Gipfel der geistigen Beschränktheit und sittlichen Verwahrlosung ist. Nur wer von allen gesunden Instinkten natürlicher und wahrhaft kultureller Richtung verlassen ist, kann ein solches Gesellschaftsideal aufstellen. Durch die sog. „freie Liebe“, die an Stelle der mono- oder polygamen Familie treten soll, würde man vielleicht das Dirnentum größter, gemeinster Art vorläufig zurückdrängen, dagegen würde ein feineres Dirnentum nur um so üppiger in die Halme schießen. Welche von diesen beiden Arten des Dirnentums für eine wahrhaft natur- und kulturgemäße Fortpflanzung, ja für die Fortpflanzung überhaupt verderblicher wäre, kann zweifelhaft erscheinen, verderblich sind sie aber beide. Es handelt sich ja bei der Fortpflanzung des Menschengeschlechts nicht bloß darum, den Geschlechtstrieb zu befriedigen, sondern auch um das Kindergebären und Auferziehen. Das erstere ist sehr leicht und angenehm, das letztere sehr schwer und oft



unangenehm. Dieses bedarf darum der stärksten sittlichen Antriebe und festesten gesetzlichen Stützen. Das Gesetzliche könnte der Staat allenfalls garantieren, das Sittliche dagegen kann nur durch die soziale Ordnung, die sich auf der Familie aufbaut, gewährleistet werden. Das feinere Dirnentum, worauf, wie bemerkt, die „freie Liebe“ ohne heuchlerische Phrase hinausläuft, müßte sich übrigens, bei fortschreitender Entwicklung, doch wieder entweder nach oben, in die geordnete Familie, oder nach unten, in das gemeine Dirnentum entwickeln, falls überhaupt der betroffenen Gesellschaft Zeit zur Entwicklung bliebe und sie nicht schon vorher an Erschöpfung der Vermehrung zugrunde ginge. Es ist ja das alles schon einmal dagewesen, und die betroffenen Gesellschaften sind regelmäßig verdorben und gestorben.

Um die Lebenskraft und Lebensfähigkeit der Gesellschaft, die schon unter der jetzigen kapitalistischen Unordnung nicht wenig gesunken ist und unter der sozialdemokratischen noch tiefer sinken würde, wieder zu heben, muß also die Familiengründung auf jede Weise gefördert werden. Das ist aber wiederum nur durch Vermehrung der wirtschaftlich selbständigen Existenzen möglich. Die Schwächung der Familieninstinkte, die Lockerung der sozialen und dadurch indirekt auch der politischen Bande hatte zur Hauptursache die Zerstörung der selbständigen Existenzen mittlerer und kleinerer Art; denn der wirtschaftlich Abhängige hat in der Regel weder Bedürfnis noch Neigung zur Gründung einer Familie. Sie ist ihm mehr eine Last, als eine Hilfe. Er findet eine halbe oder ganze Dirne bequemer und, falls er keine Ansprüche auf Schönheit macht, auch billiger. Wenn wirtschaftlich unselbständige und zugleich besitzlose junge Leute überhaupt noch heiraten, so geschieht es meist nur der Mitgift halber, ausnahmsweise wohl auch auf Grund gesunder, unter früheren, gesunderen Lebensbedingungen entwickelter und von gesunden Vorfahren ererbter Instinkte. Von solchen Ausnahmen kann aber keine Gesellschaft auf die Dauer bestehen, namentlich wenn sie mit der Zeit immer seltener werden. Eine sehr verständige Frau, Lucia Dora Frost, sagte neulich in einem „Frauenbildung“ überschriebenen Artikel der Hardenschen „Zukunft“: „Mittel und Wege, wie die Frauen den Anforderungen der Zeit entsprechen können? Das ist durchaus schief gedacht. Nicht wie wir der Zeit, sondern wie die Zeit den Forderungen der Frau entsprechen kann (die im Grunde ewig dieselben bleiben): dazu müssen Mittel und Wege gesucht werden. Die Natur will uns eigensinnig und nicht entwicklungsfähig. Darum sind wir der feste Punkt. Um uns dreht sich die Weltgeschichte. Und wenn sie sich nicht mehr um uns dreht, dann hört sie auf, sich zu drehen. Nicht die männermordenden Kriege entscheiden auf die Dauer über das Schicksal eines Volkes, sondern seine Frauenpolitik. Eine Politik, die nicht mehr erlaubte, in Frauenfragen konservativ zu sein, ist damit verurteilt. Und ein Staat, der hierin Fehler macht, gleicht dem Ungeheuer Katablapas, das seine eigenen Füße frißt.“

Das Problem der Vermehrung der wirtschaftlich selbständigen Existenzen und der Wiedervereinigung von Kapital und Arbeit, von Produktionsmitteln und Produktionskraft müßte also gelöst werden, auch wenn das noch so schwierig wäre. Glücklicher-



weise ist das aber gar nicht der Fall. Selbst ökonomisch würden heutzutage, wo die elektrische Kraft für die unentbehrlichen Hilfsmaschinen mit Leichtigkeit in jede Werkstatt, auch auf weite Entfernungen, übertragen werden kann, die mittleren, kleineren, ja, selbst die kleinsten Betriebe mit einem Meister, zwei bis drei Gesellen und einem Lehrlingen recht wohl neben den großen bestehen können, wenn nur erst der kapitalistischen Raub- und Würgewirtschaft ein Ziel gesetzt wäre. Es handelt sich ja, wie bemerkt, bei dieser Kraftprobe zwischen Groß und Klein meist gar nicht so sehr um technische oder ökonomische, als um rein kapitalistische Ueberlegenheit.

Ueberdies könnten die großen und größeren Betriebe ohne die kleinen auf die Dauer gar nicht bestehen. Nur letztere können die Arbeiter in den Produktionszweigen, wo eine besondere Geschicklichkeit erforderlich ist, von klein auf anlernen und einigermaßen vollständig ausbilden. Auch ist eine Ueberwachung der unerfahrenen Jugend in kleinen und kleineren Betrieben viel eher möglich, als in großen. Man denke auch ja nicht, daß alle kleinen und mittleren Handwerksmeister technisch und geistig immer rückständig sein müßten. Viele praktische Erfindungen, die später im Großbetriebe angewandt wurden und diesen zur kapitalistischen Ueberlegenheit über den kleinen verhalfen, sind von schlichten Handwerksmeistern gemacht worden. Auch ist eine ziemliche Anzahl davon zu technischen Leitern größerer und großer Betriebe aufgerückt. Das moderne Großgewerbe würde bald am Ende seines vielgerühmten Fortschritts stehen, wenn das Kleingewerbe ganz von der Bildfläche verschwände und nur verhältnismäßig wenige Riesenbetriebe unter kapitalistischer oder sozialistischer Regie übrig blieben.

Es ist also selbst vom rein technischen und ökonomischen Standpunkte aus gar nicht einzusehen, warum nicht auch in Industrie und Handel an Stelle extremer Gleichheit und Gleichartigkeit ein möglichst harmonisch abgestuftes Nebeneinander von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb, ähnlich wie bei der Landwirtschaft, treten sollte. Freilich wird sich für Industrie und Handel ein ungefähres Schema nicht so leicht wie für die Landwirtschaft aufstellen lassen. Die Verhältnisse sind einmal in Stadt und Land überhaupt und dann in kleineren, mittleren und großen Städten nicht wenig verschieden. Besonders spielt die Lage der Städte an Seehäfen, großen Wasserstraßen, Eisenbahnknotenpunkten, Bergwerken usw. eine wichtige Rolle. Ich wage es darum nicht, die Größen- und Zahlenverhältnisse der Betriebe hier auch nur halbwegs annähernd festzustellen. Sicher werden aber auch hier möglichst harmonische Abstufungen am zweckmäßigsten und dem Gemeinwohl am zuträglichsten sein. Man kann diese Abstufung hier ruhig der natürlichen Entwicklung überlassen, falls nur dafür gesorgt wird, daß die wirtschaftlichen Lebensbedingungen für Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb ungefähr gleich sind und die freie Konkurrenz nicht durch kapitalistische Uebermacht ausgeschaltet werden kann.

Auf welche Weise, durch welche Mittel beides am besten erreicht werden kann, soll in einem folgenden Aufsatz, der das Ganze abschließen wird, gezeigt werden.



V.

Schluß.

Die innere Gesundheit und dauernde Lebensfähigkeit, namentlich aber die feste Geschlossenheit jeder Gesellschaft beruht, abgesehen von der Gleichheit der Abstammung, Sprache und Geschichte, auf der möglichst vollständigen Ergänzung all ihrer materiellen wie geistigen Interessen, sowie auf der möglichst harmonischen Gliederung im ganzen und in den Teilen. Wie schon an anderer Stelle bemerkt, müssen dieselben Kennzeichen der Gesundheit, Kraft und Schönheit, die für den Einzelorganismus gelten, auch für den Gesellschaftsorganismus maß- und zielgebend sein. Es darf also kein Organ, keine wichtige Interessengruppe zugunsten einer andern verkümmern oder gar ein inländisches Interesse durch ein ausländisches ersetzt werden. Alle sozialen, politischen, wirtschaftlichen Stände und Berufsklassen müssen materiell oder geistig aufeinander angewiesen sein; keins dieser einander zu einem Organismus ergänzenden Organe darf fehlen oder überflüssig sein. Für die Vertreter des Lehr- und Wehrberufes gilt das auch heutzutage wohl überall für selbstverständlich, nicht so leider für die Vertreter des nährenden, nur materielle Werte schaffenden und erhaltenden Berufes. Dieser Beruf zerfällt (wie schon in dem Aufsatz: „Gesunder und kranker Gesellschaftskörper“, Pol.-anthr. Revue VII, 12, ausgeführt wurde, hier aber zur Bequemlichkeit des Lesers wiederholt werden mag) in drei sich wieder mannigfach verzweigende Stämme: die Urproduktion (Land-, Garten-, Forstwirtschaft, Bergbau usw.), dann die Fabrikation (Handwerk, Industrie usw.) und schließlich die Verteilung (Verkehrswesen, Handel usw.). Die geschichtliche Entwicklung der verschiedenen Hauptkulturländer war nun innerhalb der europäischen Zivilisation bisher derart, daß zuerst die Urproduktion, dann die Fabrikation und zuletzt der Handel überwog. Die Arbeitsteilung des Nährberufes vollzog sich also nicht innerhalb jedes nach Rasse und Sprache, Kultur usw. einigermaßen einheitlich gearteten Landes und Volkes, sondern innerhalb der verschiedenen, räumlich und zeitlich auseinander liegenden Rassen, Sprachen, Kulturen, Länder usw. Die Gesellschaften bildeten sich darum nicht zu vollständigen, sondern nur zu Teilorganismen aus, die natürlich nur unter ganz besonderen äußeren, nicht immer von ihnen selbst bestimmbaren Bedingungen vorübergehend bestehen konnten, anderenfalls aber zugrunde gehen mußten, wie das im genannten Aufsätze näher begründet wurde.

Auf der Basis dieser sich oft wiederholenden geschichtlichen Erfahrungen, deren Ursachen man nicht tiefer nachging, ist nun innerhalb der europäischen Zivilisation der Aberglaube entstanden, als müsse jede Kulturgesellschaft, genau so wie der Einzelkörper, nach einer gewissen Blütezeit immer mehr oder weniger rasch dem Tode verfallen. Man meinte, es war immer so, also muß es wohl immer so sein. Daß die chinesische Kulturgesellschaft trotz ihrer schlechten politischen Organisation, die so oft fremden Eroberern nicht zu widerstehen vermochte, jahrtausendlang im wesentlichen unverändert auf Grund ihrer gesunden sozialen und wirtschaftlichen Verfassung bestanden hat, wußte oder beachtete man dabei nicht. Das ist jedoch



nicht der einzige und eigentliche Grund, warum sich jener Irrtum in Europa so lange und so hartnäckig erhalten konnte. Es war eben auch hier das selbstsüchtige Interesse, welches der Erkenntnis der Wahrheit im Wege stand und es war wieder jene schon im vorigen Aufsätze näher gekennzeichnete Menschenklasse, welche jenen Irrtum in der von ihr abhängigen periodischen und nicht periodischen Presse mit allen Mitteln aufrecht erhielt. Diese Menschenklasse in Verbindung mit einer ahnungslosen oder pflichtvergessenen Regierung war und ist noch jetzt daran schuld, daß ein ungefähres Gleichgewicht zwischen jenen drei Hauptstämmen des Nährberufes innerhalb einer sozial und politisch einheitlich organisierten Gesellschaft niemals zustande gekommen ist, sich jedenfalls niemals lange erhalten hat. Infolge davon hat sich auch niemals lange die Möglichkeit erhalten, abgenutzte Bevölkerungselemente gleichwertig zu ersetzen, wenigstens nicht aus derselben einheitlich organisierten Gesellschaft, und daher mußten solche Gesellschaften notwendig zugrunde gehen. Das ist die tiefere, vorher absichtlich oder unabsichtlich nicht eingesehene Ursache jener so oft wiederholten geschichtlichen Erfahrungen. Sie ist also kein unabwendbares Naturgesetz, sondern eine krankhafte Erscheinung, die bei rechtzeitigen Vorkehrungen recht wohl zu vermeiden ist.

Die Störung des wirtschaftlichen und damit auch des naturellen und kulturellen Gleichgewichts innerhalb einer Gesellschaft erfolgte immer auf direkte oder indirekte Veranlassung der Handelsinteressenten und zwar deshalb, weil ihnen der Handel für gewisse wichtige Waren (Getreide, Metalle usw.), namentlich aber für die Ware der Waren, „Geld“, sowie für Grund und Boden nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Nationen (national und international) völlig frei gegeben wurde. Der absolute Freihandel läßt sich in seiner Ausartung mit einem Bazillus vergleichen, der zuerst einzelne Zellen und Zellengruppen, dann das ganze Zellgewebe des nationalen Organismus zerstört. Gewisse Organe, Teile desselben gelangen dadurch auf Kosten anderer wichtiger Organe rasch zu einer überaus üppigen, aber kurzen und fruchtlosen Scheinblüte, die den Zerfall des Ganzen nur noch beschleunigt.

Wie kommt aber, so wird man fragen, gerade der Handel dazu? Könnte der Bazillus der Zerstörung des Ganzen sich nicht auch auf einem andern Stamme, Aste oder Zweige des Nährberufes erzeugen? Gewiß, er kann auch auf dem industriellen Stamme, ja sogar auf dem landwirtschaftlichen (als Latifundienwesen) entstehen und sich vernichtend ausbreiten; aber er bedarf dazu stets des Freihandels oder der Freibeuterei als Vermittler, denn nur dadurch ist die wirtschaftliche Aussaugung und schließliche Aufsaugung vieler durch wenige möglich. Ob dabei eigentliche oder ökonomische Gewalt angewandt wird, kommt in der Schlußwirkung auf dasselbe heraus. Dieser Verlauf ist jedoch die Ausnahme; in der Regel ist es, wie sich im folgenden zeigen wird, der Handel, der diesen Bazillus unter Umständen erzeugt und zur raschen Vermehrung bringt.

Der Handel (selbstverständlich als Großhandel, als Kleinhandel kommt er dabei nur in Betracht, wenn er die Keimzelle des internationalen Großhandels werden kann) war eben und ist auch noch



jetzt am meisten in der Lage, bewegliches Kapital (Geld und gewisse leicht vertretbare, „fungible“ Waren) in größerer Menge anzusammeln und dadurch, besonders in kritischen Zeiten, eine gewisse wirtschaftliche Uebermacht zu erlangen. Diese ermöglicht ihm eine überall hin ausgedehnte Beleihung (Kreditierung), die wieder einen bestimmenden Einfluß sowohl auf die Urproduktion wie auf die Fabrikation auszuüben vermag. Es liegt dabei in seinem Interesse, jene Hauptstämme der Produktion auf möglichst weit auseinander liegende Länder und Völker, also örtlich und zeitlich möglichst ungleich zu verteilen, so daß die Urproduzenten einerseits und die Fabrikanten andererseits gar nicht in die Lage kommen, ihre Produkte direkt gegeneinander auszutauschen. Könnten sie das, so wäre ja der internationale Zwischenhandel überflüssig oder müßte sich auf solche Produkte beschränken, die aus klimatischen oder sonstigen unabänderlichen Ursachen im Inlande nicht erzeugt werden können. Das will aber der internationale Großzwischenhandel natürlich nicht; er will im Gegenteil möglichst freie Hand und möglichst große Gewinnchancen behalten. An das Wohl seiner Kunden oder gar an das Gemeinwohl aller denkt er dabei nicht. Er hatte und hat auch jetzt noch dazu keine Veranlassung; denn er war und ist meist auch jetzt noch große Handelsstadt ein Staatswesen für sich, das nur seine eigenen Sonderinteressen wahrnimmt, jedenfalls keine Verpflichtung fühlt, auf das Wohl anderer Staaten und Völker Rücksicht zu nehmen. Er begünstigt darum gern in dem einen Lande die Urproduktion, in dem andern die Fabrikation, tauscht Fabrikate gegen Urprodukte oder Rohstoffe gegen Fabrikate — alles natürlich unter Vermittelung des Geldes — aus und macht dabei auf beiden Seiten gute Geschäfte, so daß sein Reichtum an beweglichem Kapital und damit sein Einfluß auf alle, die solches für ihre Produktion nötig haben, immer größer wird. Nur die von ihm abhängigen werteschaaffenden Berufsklassen bleiben trotz aller Gesamtsteigerung der Produktion und des Verkehrs verhältnismäßig arm. Einige von ihnen und zwar gerade die für den festen Zusammenhalt und dauernden Fortbestand der Gesellschaft wichtigsten Gruppen, die kleinen und mittelgroßen selbständigen Gewerbetreibenden in Stadt und Land, kommen sogar, trotz aller noch so angestrengten und geschickten Arbeit, immer mehr zurück und verschwinden zuletzt ganz aus der Gesellschaft. Sie müssen eben alle Ueberschüsse ihrer Arbeitskraft, ihres Grund und Bodens und ihrer natürlichen Vermehrung in Form von Zinsen, Dividenden und Auswanderern an das internationale Kapital abgeben, können also unter solchen Umständen trotz aller Anstrengung nicht mit der rapiden Vermehrung anderer Klassen, besonders der Fabrik- und Schreibstuben-Proletarier, Schritt halten. Von den Nichtkapitalisten sind höchstens gewisse Luxusproduzenten, sowie das Dirnentum und andere leicht verkäufliche mit dieser Entwicklung zufrieden und preisen sie als höchsten Fortschritt der Menschheit bis in den Himmel. Daß dieser „Fortschritt“ in einen Abgrund oder Sumpf führt, erkennt die Mehrheit gewöhnlich erst zu spät, und darum gingen eben alle Gesellschaften dieser Art zugrunde.

Aus dem erfolgreichen Warengroßhändler entwickelt sich mit der Zeit der Geldgroßhändler (Bankier), und jetzt vollzieht sich, wie



schon in dem Aufsatz: „Gesunder und kranker Gesellschaftskörper“ angedeutet, der Uebergang aus einem wenigstens teilweise produktiven Gewebe des Gesellschaftskörpers in ein rein wucherisches, krebsartiges Gewächs.

Wenn sich mehrere solcher Geldgroßhändler mittels sog. „Aktien“ zu einer Großbank oder gar mehrere Großbanken zu einem Riesenbankunternehmen zusammenschließen, so können sie ein ganzes großes Volk, ja einen ganzen Zivilisationskreis, natürlich unter Voraussetzung absoluten Freihandels innerhalb dieses Gebietes, wirtschaftlich, politisch, geistig ganz nach ihrem Willen beeinflussen. Die Nationen werden von diesen Mächten, gleichviel ob sie wollen oder nicht, in den unbegrenzten Welthandel, in die unbegrenzte Weltwirtschaft hineingerissen, weil sie für sich allein aus Mangel an wirtschaftlichem Gleichgewicht, an vollständiger wirtschaftlicher Organisation, nicht bestehen können. Je mehr dabei das wirtschaftliche Gleichgewicht in den verschiedenen Ländern nach der einen oder andern, nach der agrarischen oder industriellen, Seite gestört ist, desto stärker und fester ist die Abhängigkeit vom internationalen Kapital, und desto härter müssen die werteschaaffenden Berufsklassen der betroffenen Länder und Völker diesem Kapital fronden. Dabei werden aber nicht bloß die Waren, sondern auch die Menschen durcheinander geworfen, gegeneinander ausgetauscht, so daß die einzelnen Nationen und Berufsklassen niemals zu sozialer Zufriedenheit, innerer Geschlossenheit und politischer Selbständigkeit gelangen können. Auch in leiblicher, geistiger, sittlicher Hinsicht ist auf diese Weise keine eigene, echte, auf eine besondere Rasse gegründete Kultur, sondern höchstens eine zerlassene und verwaschene Allerweltszivilisation möglich. An Stelle der absterbenden oder abwandernden einheimischen Bevölkerungselemente müssen dann Fremde treten, die oft von ganz anderer Rasse, Sprache und Kultur sind und sich daher nur schwer oder gar nicht mit der einheimischen Bevölkerung vertragen.

Will ein Volk diesen verhängnisvollen Entwicklungsbedingungen, die geradezu auf seinen Untergang hindrängen, entgehen, so muß die erste Sorge seiner innern und äußern Politik die sein, sich wirtschaftlich einigermaßen selbständig zu machen, d. h. seine wirtschaftliche Organisation zu vervollständigen und möglichst harmonisch abzustimmen.

Am leichtesten wird das einem Lande und Volke, in dem die Urproduktion noch überwiegt. Es braucht sich dann nur eine eigene Industrie zu schaffen oder, wenn sie schon vorhanden ist, sie durch Schutzzölle soweit erstarren zu lassen, bis der eigene Bedarf des Landes in den unentbehrlichen Artikeln vollständig gedeckt werden kann. Nun muß es sich aber hüten, diese Entwicklung derart zu begünstigen, daß die überschüssigen Nahrungsmittel und die überschüssige, vorher zur Auswanderung gezwungene Volkszahl nicht mehr ausreichen, um die immer höher steigenden, auf den Export hin arbeitenden Bedürfnisse seiner Industrie zu befriedigen. Dadurch würde ja das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederum, aber nach der entgegengesetzten Seite hin, gestört, und dieselben Uebelstände, denen man vorher entgehen wollte, würden jetzt wieder, nur noch stärker und



mannigfaltiger, eintreten. Die Vollständigkeit der Interessen und der Organisation der Gesellschaft wäre dann wieder nicht vorhanden, und zwar ist die Herstellung des Gleichgewichts jetzt viel schwerer, als im anderen Falle, wo man nur die einheimische Industrie zu entwickeln brauchte. Das Gleichgewicht kann jetzt ohne starke innere Erschütterungen nur durch entsprechende Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, entweder durch intensiveren Betrieb oder durch Erweiterung der Scholle wieder hergestellt werden. Selbstverständlich darf aber während dessen die Industrialisierung nicht noch weiter ausgedehnt, sondern höchstens auf der erreichten Höhe erhalten werden.

Eine solche Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts ist natürlich nur bei völlig freier, d. h. steuerloser Wirtschaftspolitik möglich; denn es ist ein Aberglaube, daß sich eine nationale oder gar eine Weltwirtschaft selbst steuert. Auch dieser so oft ad absurdum geführte Aberglaube wird von der vorher gekennzeichneten Menschenklasse geflissentlich gestützt, und man braucht sich darüber nicht zu wundern. Ganz unverständlich ist es dagegen, wenn angeblich unabhängige Gelehrte diesen Irrtum nicht einsehen wollen. Oder meinen sie etwa, daß jene unfreiwilligen, gewaltsamen Steuerungen der Wirtschaft, die sog. „Krisen“, etwas Notwendiges, Unvermeidliches sind? Dann könnte man auch sagen, daß die Maschinen sich selbst steuern und das Schwungrad dabei ganz überflüssig ist.

Da also eine Wirtschaft sich nicht von selbst steuern kann, so muß sie gesteuert werden, und dazu ist die politische Organisation der Gesellschaft da. Diese, die sog. „Regierung“ soll als Regulator, als Schwungrad dienen, soll die Interessen aller, sowie den dauernden Fortbestand der Gesellschaft wahren und schützen. Sie wird das am besten zu tun vermögen, wenn sie ohne Not keine Weltpolitik treibt. Ist sie aber dazu genötigt, so muß sie die Weltpolitik so treiben, daß diese zur Gesundung, nicht zur noch stärkeren Erkrankung des Gesellschaftskörpers führt. Der Ausdehnungsdrang einer Nation muß aus der Sehnsucht nach Neuland und sonstiger ehrlicher Arbeitsgelegenheit entstehen, darf aber nicht in Zins- und Dividendengier seine letzte Ursache haben.

In welchem Falle und auf welche Weise hat nun die Weltpolitik einzusetzen?

Ein Volk, das vollständig und harmonisch organisiert ist, bei dem also innere Interessengegensätze lebensgefährlicher Art nicht bestehen, wird, falls seine Rassenbeschaffenheit nicht allzu schlecht, allzu „gemischt“ ist, nach jeder Richtung hin gut gedeihen. Die natürliche Folge davon ist eine starke Vermehrung, nicht nur an Zahl und Wohlstand, sondern auch an leiblicher, geistiger, sittlicher Macht. Es entstehen dann überall Ueberschüsse, nicht nur in den Staats-, Kommunal- und Privatkassen, sondern auch in den Armen und Köpfen der Einzelnen. Zunächst können diese Ueberschüsse zur Steigerung und Vermehrung nicht nur der Urproduktion, sondern auch der Fabrikation und des notwendigen Binnenhandels Verwendung finden. Schließlich muß aber doch einmal der Zeitpunkt eintreten, von dem ab die Grenzen des Landes dem Volke zu eng werden, weil eine Steigerung und Vermehrung der natürlichen und kulturellen



Hilfsmittel nicht mehr gut, d. h. ohne Schaden für das Ganze möglich ist. Das Volk kommt dann in die Lage, entweder durch übermäßige Industrialisierung, d. h. durch Exportindustrie die Bevölkerungskapazität des Landes zu erhöhen, oder auszuwandern, oder — das Zweikindersystem einzuführen. Was ist nun von diesen drei Dingen das Beste?

Nach allseitigen Erwägungen zweifellos die Auswanderung. Denn wenn ein Volk in seinem innersten Lebenszentrum, an Leib und Seele dauernd gesund und mächtig bleiben will, darf es in diesem Falle nicht Waren, sondern muß Menschen exportieren oder im Innern besser verteilen, d. h. äußere oder innere Kolonisation treiben. Leider ist das bei uns in Deutschland zu gegebener Zeit nicht genügend beachtet worden. Das deutsche Volk ist damals schlecht beraten gewesen, aber immerhin noch nicht so schlecht, wie im gleichen Falle andere Länder und Völker, z. B. England. Deutschland hat dem Freihandel wenigstens nicht alle Tore geöffnet. Es hat für die Landwirtschaft einen gewissen Schutzzoll bestehen lassen und ihn später wieder verstärkt, so daß dieser wichtigste Erwerbszweig wenigstens nicht vollständig, wie jetzt in England und früher in Athen, Rom, Spanien, Portugal usw. zugrunde gerichtet worden ist.

Immerhin war und ist dieser Schutzzoll nur ein Notbehelf, der nur vorläufig gewirkt hat und sich in Zukunft, wenn die wirtschaftlichen Zustände, so wie sie jetzt sind, fortbestehen, als unzulänglich erweisen muß. Auf die Dauer nützt es nichts, wenn man den Freihandel für die Produkte des Bodens aufhebt, aber ihn für den Boden selbst ruhig fortbestehen läßt; denn unter dieser Voraussetzung muß jede Steigerung der Produktpreise bei jedem Besitzwechsel eine entsprechende Steigerung der Bodenpreise nach sich ziehen und so für den spätern Besitzer den früheren Vorteil wieder aufheben. Der Grund und Boden darf darum keine der Handelspekulation unterworfenen Ware sein, deren Preis sich allein durch Angebot und Nachfrage in freier Konkurrenz bestimmt, denn er ist nicht, wie eine Ware, unbegrenzt vermehrbar. Er darf darum nicht in Hände gelangen können, die ihn seiner natürlichen Bestimmung als Produktionsmittel und Grundlage der Existenz aller auf ihm Wohnenden zeitweise oder gar dauernd entziehen. Er darf darum nur unter Kontrolle der Gesamtheit bzw. der die Gesamtheit vertretenden Regierungsorgane aus einer Hand in die andere übergehen. Der Grund und Boden ist Volk und Vaterland gewissermaßen selbst; er ist also etwas Heiliges, das nicht einmal in unwürdige, geschweige denn in schmutzige Spekulantenhände geraten darf. Viele meinen, daß der Grund und Boden verstaatlicht werden müßte. Das ist, meiner Ansicht nach, nicht nötig, nicht einmal wünschenswert; es genügt, wenn er nur unter Kontrolle und Zulassung der Gesamtheit aus einer Hand in die andere übergehen und im Interesse des Gemeinwohls jederzeit enteignet werden darf, also dem Freihandel und damit der wucherischen Spekulation in Stadt und Land entzogen ist.

Der wirklich freie, nicht von kapitalistischer Uebermacht beschränkte Wettbewerb ist für die eigentliche Produktion (Urproduktion und Fabrikation) durchaus nützlich, d. h. dem Wohle des rechtschaffenen Einzelnen wie der Gesamtheit förderlich. Und wenn dabei die größere Intelligenz und Tatkraft, das höhere technische Geschick und die



sparsamere Wirtschaft den einzelnen mehr bereichert, als andere in dieser Hinsicht weniger Ausgezeichnete, so ist das nur in der Ordnung. Der größeren Produktionskraft gebührt eben auch ein größerer Anteil an den Gütern des Lebens. Wäre es nicht so, so würde der Antrieb zur größeren Produktion fehlen, und die Gesellschaft bliebe wirtschaftlich und damit auch in anderer Hinsicht zurück. Ebenso ist eine gewisse Spekulation, die in der Annahme eines zukünftigen Mehr- oder Wenigerbedarfs die Produktion entsprechend erweitert oder einschränkt, hier durchaus am Platze, ja, eigentlich selbstverständlich. So gesund und nützlich überhaupt die Freiheit des Einzelnen, der Individualismus, für die eigentliche Produktion ist, so ungesund und gemeinschädlich ist diese Freiheit für die Verteilung, den Handel. Auch das gilt freilich nicht uneingeschränkt. Für fast alle Fertigfabrikate, namentlich Luxusartikel und alle mehr oder weniger entbehrlichen Gebrauchsgegenstände, zu denen auch Bücher, Kunstwerke und dergleichen gehören, mag der Handel durchaus frei sein. Der Vertrieb gehört hier viel mehr als anderswo zur Produktion, bestimmt sogar hier oft den bei weitem größten Teil des Preises der Produkte. Solche fertigen Artikel sind ja solange eigentlich wertlos, als man sie noch nicht an den Konsumenten gebracht hat. Das ist aber für solche mehr oder weniger entbehrlichen Artikel nicht selten recht schwierig, erfordert viel Geschick und mancherlei Kenntnisse, die nicht jeder ohne weiteres hat. Der Handel leistet für solche Artikel im hohen Maße produktive Arbeit; es wäre also unvorteilhaft und unwürdig, ihn in dieser Art von Tätigkeit irgendwie zu kontrollieren.

Etwas ganz, ganz Anderes ist das jedoch für den Handel mit gewissen für die Fertigfabrikation und Ernährung absolut unentbehrlichen Rohstoffen und Halbfabrikaten, wie Getreide, Mehl, Kohlen, Salze, Metalle, namentlich Eisen, dann Holz, Baumwolle, tierische Wolle, Häute, Petroleum, Spiritus, überhaupt alle Artikel, die an der Börse täglich notiert werden, ganz besonders auch bares Geld und Wertpapiere. Vom Grund und Boden, der mehr als alles andere in diese Kategorie gehört, ist schon die Rede gewesen.

Von dem Preise solcher Rohstoffe und unpersönlichen Produktionsmittel hängt der Preis der Ganzfabrikate und persönlichen Produkte (Arbeitsleistungen) zu einem großen Teile ab, ja, er ist vielfach geradezu die Grundlage für diesen Preis. Wer also den Preis jener börsenfähigen Werte in seinem Interesse kontrolliert, kontrolliert damit den ganzen Wirtschaftsorganismus einer Nation, ja, bei völligem Freihandel, den ganzen Zivilisationskreis, innerhalb dessen der Freihandel besteht, in seinem Interesse. Die Preisbestimmung jener für alle Produktion unentbehrlichen Produktionsmittel der privaten Spekulation zu überlassen, grenzt nicht nur an Leichtsinn, sondern geradezu an Wahnsinn. Diese Spekulanten müßten Engel in Menschengestalt, absolut selbstlose Wesen sein, wenn sie diese im höchsten Maße verantwortungsvolle Funktion zur Zufriedenheit aller versehen wollten. Es ist darum schwer, an die bona fides bei Volkswirten zu glauben, die nichts dagegen haben oder gar empfehlen, daß diese volkswirtschaftliche Funktion der bekanntlich als „Börse“ organisierten Privatspekulation überlassen bleibt. Der freie Wettbewerb der eigentlichen Produzenten wird dadurch vielfach ganz illusorisch



gemacht. Es liegt dann größtenteils in den Händen der internationalen Geld- und Warenhändler, diesen oder jenen Produktionszweig in einer Nation zu fördern, zu hindern oder völlig von der Bildfläche verschwinden zu lassen, ganz wie es der Vorteil dieser Menschenklasse erheischt.

Die Verdrängung der kleinen und mittleren selbständigen Gewerbetreibenden in Industrie und Handel sowie die Kontrolle über das Geld, die Rohstoffe und Halbfabrikate genügte aber dem internationalen Großkapital und seinem Organ, der Börse, noch nicht. Man ging auf die Eroberung, Enteignung des gesamten Erwerbslebens aus. Zu diesem Zwecke mußten auch die Fertig-Fabrikate in irgendeine Beziehung zum kapitalistischen Enteignungsinstitut, der Börse, gebracht werden. Auf direkte Weise ging das freilich nicht. Man konnte doch nicht Dampfschiffe, Lokomotiven, Nähmaschinen, Fahrräder, Automobile jeden Tag an der Börse ausbieten lassen. Da hätten sich doch wohl keine eifrigen Ueber- und Unterbieter gefunden. Man mußte also einen indirekten Weg dazu finden. Das wirkliche, unteilbare, unbewegliche Eigentum, wie es eine Produktions- oder Vertriebsstätte für Fertigfabrikate darstellt, mußte in ein papiernes, teilbares, bewegliches Scheineigentum, d. h. in ein „Aktienunternehmen“ verwandelt werden. Auf diese Weise konnte man zwar nicht die Produkte, aber gleich die ganze Produktions- oder Vertriebsstätte bzw. einen beliebigen Teil derselben an die Börse bringen, also jeden Tag versteigern lassen. Man konnte nicht nur den wirklichen, gegenwärtigen, auch den möglichen, zukünftigen Wert börsegemäß „eskomptieren“. Dabei konnte noch mancherlei so schön vertuscht oder aufgebauscht werden! Es eröffneten sich also durch solche „Aktien“ nahezu unbegrenzte Wuchermöglichkeiten, die man sich nicht scheute, selbst ehrenwerten Industriellen oder Kaufleuten anzubieten. Wo z. B. irgendein größeres oder großes Unternehmen gut rentierte oder als gut rentierend galt, suchte man den Besitzer zu überreden, es an eine Aktiengesellschaft abzutreten. Daß dadurch der wirkliche, persönliche Besitz wie durch Zauberei in einen papiernen, unpersönlichen, beständig wechselnden Scheinbesitz verwandelt wurde, sowie der hohe, dem wirklichen Werte oft gar nicht entsprechende Verkaufspreis machte zwar manchen Ehrenwerten stutzig; aber die gebotenen Vorteile waren doch zu groß, um der Versuchung lange zu widerstehen, namentlich wenn eine Erbteilung unter mehrere Kinder in Frage kommen mußte. Die meisten freilich werden bei einem derartigen Verkaufe ihres Besitzes kaum Gewissensskrupel empfunden haben. Das heutige Rechtsempfinden ist ja durch die jahrhundertelange Gewöhnung an das römisch-byzantinische Wucherrecht und die dazu gehörigen Advokatenkniffe so abgestumpft, daß sich selbst der nicht am geschickt maskierten Unrecht stößt, der zum Schutze des Rechts berufen ist. Manche Besitzer wieder werden die Sache nur zu gut verstanden haben. Sie sahen die in der Ferne winkende Möglichkeit, durch die spätere Kurstreiberi an der Börse die in Zahlung genommenen Aktien mit großem Gewinn zu veräußern und so das unsichere Aktienpapier in mündelsichere Staatspapiere zu verwandeln.

Mit dieser Kurstreiberi in Aktien ist es nun eine eigenartige Sache. Selbst wenn hier nichts willkürlich, wenn hier alles nach



wirtschaftlichen Gesetzen zuzugewandt, würde darum aus einem Unrechte noch kein Recht. Bekanntlich bestimmt sich der Börsenkurs einer Aktie im wesentlichen nach der Höhe der jährlichen Dividende, d. h. nach dem wirklichen oder angeblichen Reinertrage des Unternehmens. Bei 5—6 pCt. Dividende steht der Kurs etwa auf 100, bei 10—12 pCt. auf etwa 200, bei 15—20 pCt. auf etwa 300 usw., wie sich jeder Laie leicht durch das Studium des Kurszettels überzeugen kann. Obwohl ein solches Unternehmen nicht dieselbe Sicherheit für Kapital und Zins hat, wie z. B. ein von der gesamten Steuerkraft eines großen und reichen Volkes garantiertes Staatspapier oder eine erstellte Hypothek auf gutem, rationell bewirtschaftetem Boden: so steht doch der Kaufwert der betreffenden Aktien viel höher, als der letzterer Art von Wertpapieren. Man wird sagen, weil der Kapitalgewinn, die Dividende viel höher steht. Gewiß, aber warum kann hier der reine Kapitalzins viel höher sein? Weil man die „Aktie“ vor dem Gesetz nicht als das, was sie von jedem halbwegs gerechten Standpunkte aus sein müßte, nämlich als Schuldtitel, sondern als Eigentumsanteil an einer bestimmten Werkstätte der Produktion oder Verteilung betrachtet. Ja — aber, wird man einwenden, die Aktionäre haben doch das Unternehmen entweder mit ihrem eigenen Kapital begründet, oder es von dem frühern Eigentümer rechtmäßig erworben, also ist es doch wohl ihr Eigentum. Gewiß, nur müßte dann dieses Eigentum auf die Personen der Teilhaber eingeschrieben werden, und der Geldwert des Unternehmens dürfte sich bei Kauf und Verkauf nicht nach dem jährlichen Reinertrage, sondern nur nach dem Anschaffungswerte (Buchwerte) der betreffenden Grundstücke, Häuser, Maschinen, Geräte usw., vermehrt um das sonst noch dabei fruchtbringend angelegte Geld, bestimmen. Diesen Wert müßte es bei jedem Besitzwechsel im wesentlichen beibehalten, denn der 5—6 pCt. übersteigende Ertrag — es kann wegen der geringeren Sicherheit hier eine höhere Verzinsung als bei ganz sichern Anlagen bewilligt werden — ist reiner Arbeitsverdienst, gehörte also von Rechts wegen der persönlichen Arbeit der Hand und des Kopfes, welche die 6 pCt. übersteigende Dividende verdient, nicht dem unpersönlichen, am Schaffen gar nicht beteiligten Anlagekapital, wie das nach dem jetzt geltenden Rechte oder vielmehr Unrechte der Fall ist. Das unpersönliche Anlagekapital kann immer nur als angemessen verzinsbarer Schuldtitel, nicht aber als persönlicher Eigentumsanteil angesehen werden. Ein unpersönliches, an der Börse namenlos von Hand zu Hand gehendes Eigentum ist ein Widerspruch in sich selbst, ein Unding, eine Lächerlichkeit. Es kann also hier nur von Schuldforderungen, nicht von Eigentumsanteilen rechtmäßigerweise die Rede sein. Schulden müssen aber von jedem halbwegs soliden Unternehmen möglichst schnell abgezahlt werden, um die Zinsen zu ersparen. Die jetzt als Eigentumsanteile geltenden Schuldtitel, die „Aktien“, müßten also allmählich abgezahlt und dadurch, etwa wie bei einer in Amortisation befindlichen Staatsschuld, immer geringer an Zahl und immer niedriger im Gesamtbetrage werden, so daß das Unternehmen, je besser es florierte, um so schneller schuldenfrei werden müßte. Nun ist es aber bei den florierenden, den sog. „soliden“ Aktienunternehmungen gerade umgekehrt. Durch die Preistreiberei



an der Börse wird der Wert der Aktien, also in Wirklichkeit die Schuld an das Anlagekapital, immer größer, je besser das Unternehmen floriert. Kann es etwas Absurderes geben? Zeigt sich hier nicht so recht die Börse als Wucherinstitut und die Aktie als Wucherinstrument? Darf man sich dann wundern, wenn die (vorher listig enteigneten) werteschaaffenden Arbeiter der Hand und noch mehr die des Kopfes trotz aller Anstrengungen und technischen Fortschritte nicht wesentlich reicher, eher verhältnismäßig ärmer werden, während die Kapitalisten, die solche Aktien- und anderen Wuchergeschäfte betreiben, ohne besondere Anstrengungen Geld auf Geld, Forderungen auf Forderungen häufen? Man begreift jetzt wohl, warum man heutzutage so große Neigung zeigt, jedes halbwegs gut florierende oder auch nicht florierende individuelle Unternehmen in eine Aktiengesellschaft zu verwandeln und es durch Emission neuer Aktien immer mehr zu vergrößern. Es handelt sich eben hier um eine listige Enteignung der werteschaaffenden Arbeit, namentlich der geistig schöpferischen Arbeit, zugunsten unproduktiver, aber schlauer Müßiggänger. Schließlich muß auf diese Weise das ganze materielle Vermögen, müssen sämtliche Produktionsmittel einer Nation, ja aller Nationen von der schaffenden Arbeit getrennt, mobilisiert, d. h. in papierne, für jedermann an der Börse käufliche und verkäufliche Werte verwandelt werden. Die ländlichen Besitzer hat man nicht nötig zu enteignen, denn diese hält man durch die Kontrolle über die von ihnen gelieferten Produkte, deren Preissteigerung immer wieder den Boden steigert, und durch die sich in demselben Maße vermehrenden Grundhypothesen am Strick. Unter solchen Umständen sind die landwirtschaftlichen Betriebe im Durchschnitt so wenig rentabel, daß es sich gar nicht lohnt, ihren Besitzern den Besitz mittels Aktien abzuschwindeln. Es genügt also, wenn man Industrie und Handel mittels solcher Instrumente enteignet, d. h. vom Grund und Boden abhebt. So muß denn mit der Zeit die gesamte werteschaaffende Arbeit direkt oder indirekt dem internationalen Großkapitale tributpflichtig und der Staat zum Geschäftsführer und Büttel dieses Kapitals werden, falls nicht die Gesellschaft, schon ehe dieses glorreiche Ziel ganz erreicht wird, zugrunde geht. Die Ursache davon ist ja vorher deutlich gezeigt worden. Die Gesellschaften bestehen durch die Gemeinsamkeit und vergehen durch die Gegensätzlichkeit der innern Interessen. Diese Gegensätzlichkeit wird aber, wie vorher gezeigt, durch das wuchernde internationale Kapital hervorgerufen.

Sehen wir uns nun, nachdem wir das wirksamste Wucherinstrument, die Aktie, kennen gelernt haben, das dazu gehörige Wucherinstitut, die Börse, genauer an.

Während die Urproduktion und Fabrikation, überhaupt das Gemeinwohl ein Interesse daran hat, daß die Preise für die wichtigsten Rohstoffe und sonstigen Produktionsmittel möglichst wenig und möglichst langsam um eine gewisse mittlere Lage herum (bezw. überhaupt nicht) schwanken, liegt es im Interesse der Börsenspekulanten, daß dieses Schwanken sich möglichst oft und in möglichst weiten Grenzen vollzieht; denn von jedem Schwanken profitiert entweder die eine oder die andere Partei der Börsenspekulanten. Beide nähren sich, ja, mästen sich ganz allein davon, und es wird darum alles versucht,



um dieses Schwanken möglichst ausgiebig in Gang zu bringen. Das ist — was man auch sonst darüber sagen mag — die eigentliche und alleinige, aber von den Interessenten sorgfältig verheimlichte Bestimmung der Börse, so wie sie sich unter der heutigen wirtschaftlichen Anarchie entwickelt hat. Angeblich soll dieses Institut den Zweck haben, die Preise für jene volkswirtschaftlich wichtigsten Werte in freier Konkurrenz von Angebot und Nachfrage — wie bei einer Auktion — zu bestimmen; aber die Auguren in jenen prächtigen Tempeln des Gottes Mammon würden einander anlächeln, wenn ihnen jemand den Glauben an dieses Dogma ernsthaft zumuten wollte. Gewiß können selbst die geschicktesten Auguren der Börse nicht auf die Dauer jene wirtschaftlichen Naturgesetze abändern, die darin bestehen, daß die Preise der Produktionsmittel und Wertpapiere im großen, ganzen, durchschnittlichen niemals unter die Beschaffungskosten herabsinken können. Sonst wäre ja die Beschaffung auf die Dauer unmöglich. Aber innerhalb bestimmter, kurz oder lang bemessener Zeiträume können die Geldmächtigen mittels der Börse die wirtschaftlichen Naturgesetze recht wohl und in recht unheilvoller Weise hemmen, und das genügt für ihre Zwecke vollständig. Einen abnormen Tiefstand oder Hochstand der Preise können sie jedenfalls, wenn sie wollen, wenigstens solange hinziehen, daß sie ihre Taschen füllen und die der eigentlichen Produzenten und der ehrlichen Sparer leeren können. Auch kann während dieser Zeit ein Produzent oder Effektivhändler, der nicht allzuviel zuzusetzen hat, schon zugrunde gehen. Man sieht also, was ein erhebliches Schwanken der Preise der Produktionsmittel für die Produzenten und Effektivhändler bedeutet, namentlich, wenn dieses Schwanken, wie oft, ganz willkürlich, durch falsche Nachrichten usw. hervorgerufen wird.

Aber selbst wenn dieses Schwanken niemals willkürlich, stets gesetzmäßig vor sich ginge, so wäre es doch kein geringerer Nachteil für alle, die an möglichst festen, mittleren Preisen ein Interesse haben. Das ist aber der bei weitem größte Teil der Gesellschaft, jedenfalls sind es alle mit Hand oder Kopf ehrlich Schaffenden. Einen Produzenten- und Konsumentenstandpunkt gibt es hier wohl im einzelnen, aber nicht im ganzen, durchschnittlichen; denn jeder ist zugleich Produzent und Konsument. Was er also auf der einen Seite vielleicht billiger einkauft, muß er auf der andern Seite billiger verkaufen. Gewinn und Verlust gleichen sich also für alle Teilnehmer einer vollständigen Interessengemeinschaft im großen, ganzen, durchschnittlichen aus. Ein gerechter, mittlerer, weder zu hoher noch zu niedriger Preis ist also für alle mit Hand oder Kopf redlich Schaffenden, auch für jene vorher gekennzeichnete Art von Händlern, auf die Dauer, im Durchschnitt, das beste, vorteilhafteste. Es gilt das für alle Waren und Leistungen, am meisten aber für jene an der Börse gehandelten Werte.

Durch die Preistreiberei an der Börse müssen aber alle Konsumenten börsenfähiger Werte und in weiterer Folge alle Glieder der Gesellschaft bald zu viel, bald zu wenig für ihre Bedürfnisse bezahlen, nur ausnahmsweise aber so viel, als im Interesse aller recht und billig ist. Nur solche Preise verbürgen aber einen ruhigen, krisenlosen Gang der Geschäfte und eine heilsame Entwicklung der gesamten



Wirtschaft. Wie es bei der Maschine am besten ist, wenn Kraft und Last sich im Gleichgewicht befinden und Erschütterungen vermieden werden, so befindet sich auch die Volkswirtschaft und das Volk am besten, wenn die Preise für die wichtigsten Werte möglichst wenig und möglichst langsam, am besten gar nicht schwanken. Das ist aber gerade das, was die Börse nicht will. Ein Organ also, das dieses verderbliche Auf- und Abschwanken der Preise direkt veranlaßt, zum mindesten begünstigt, kann nicht als ein nützliches Gewebe des Gesellschaftskörpers angesehen werden. Es ist auch nicht einmal ein unnützes, gleichgültiges Luxusgewebe, sondern ein direkt schädliches, wucherisches Krebsgewächs. Die Börse in ihrer heutigen Gestalt ist gewissermaßen das Organ, durch welches die wichtigsten materiellen Werte jeder an die internationale Kapitalherrschaft angeschlossenen Nation jeden Tag sozusagen unter den Hammer kommen. Daß dabei diese Nationen selbst über kurz oder lang unter den Hammer kommen müssen, liegt für jeden halbwegs Kundigen und Ehrlichen auf der Hand. Wenn die Gesellschaft eines besonderen Organes für die Preisbildung der wichtigsten Werte bedarf, so muß es sich gerade umgekehrt, wie die jetzige Börse verhalten. Es muß wie ein Schwungrad oder Akkumulator oder Sammelbecken wirken, d. h. es muß das Schwanken der Preise möglichst zu hintertreiben suchen. Das kann natürlich nur dadurch geschehen, daß Angebot und Nachfrage angemessen geregelt, d. h. eben die Wirtschaft gesteuert wird.

Eine Wirtschaft ist aber nicht nur steuerlos, sondern geradezu einer Falschsteuerung unterworfen, wenn der Freihandel in jenen vorher besonders gekennzeichneten Werten gestattet ist; denn die Börse, die gewöhnlich als der „Giftbaum“ bezeichnet wird, ist nur die natürliche Konsequenz, das natürliche Organ jenes Freihandels. Wer darum die Börse beseitigen oder staatlich kontrollieren will, ohne den Freihandel in den sog. börsenfähigen Werten zu beseitigen oder staatlich zu kontrollieren, gleicht dem Arzte, der ein Krebsgewächs ausschneidet, aber die Bedingungen, unter denen die Krebskrankheit im Körper entstand, ruhig fortbestehen läßt. Die Krankheit wird dann nur an anderer Stelle, vielleicht auch in anderer Gestalt, wieder hervorbrechen und der Kranke dennoch zugrunde gehen. Mit der Beseitigung der Ursachen würden dagegen die Folgen von selbst verschwinden.

Wie sind nun aber diese Ursachen zu beseitigen?

Prof. Dr. Gustav Ruhland schlägt dazu in seinem „System der politischen Oekonomie“ (Band III) folgende Maßregeln vor:

a) Für alle Verträge, bei welchen Leistung und Gegenleistung einander nicht entsprechen (nicht verhältnismäßig gleich sind), ist Klage auf Herausgabe des Mehrwerts zulässig.

b) Zur allgemeinen Ermittlung des gesellschaftlichen Kostenwertes (Äquivalenzwertes) muß auch allgemein der Buchführungszwang mit Deklarationspflicht an die zuständige Stelle eingeführt werden.

c) Die allgemeine Organisation der Märkte auf der Basis des gesellschaftlichen Kostenwertes hat die Syndikatsbildung auf der ganzen Linie des Erwerbslebens zur Voraussetzung.

d) Zum rechten Ausbau der Syndikate ist ein Syndikatsgesetz ebenso notwendig, wie für die verschiedenen Formen der Genossenschaften Genossenschaftsgesetze nötig waren. Dieses Gesetz soll folgende Bestimmungen haben:



- a) Das Syndikat wird als wichtiges Organ der Gesellschaft auf ewige Zeiten gegründet.
- b) Der Syndikatspreis ist immer gleich dem gesellschaftlichen Kostenwert. Wo die Gesteungskosten des Einzelbetriebes wesentlich billiger sind, wird vom Syndikat ein entsprechender Betrag bei der Abrechnung zurückbehalten und aus diesem Fonds dort zugelegt, wo Einzelbetriebe unter weniger günstigen Verhältnissen höhere Unkosten haben.
- c) Der Kontingentierungsvertrag hat von dem bestehenden volkswirtschaftlichen Bedarf auszugehen. Die Produktion soll sich dem Bedarf anpassen. Daneben sind Vorräte zu halten, groß genug, um eine möglichst stetige, mittlere Preispolitik zu sichern. Das Kontingent des einzelnen bestimmt sich nach seiner bisherigen Teilnahme an der Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs.
- d) Die Neuverteilung der Bedarfsveränderung soll nach folgenden Grundsätzen geschehen: Der Großbetrieb ist bis heute in der Regel bereits genug entwickelt. Von jetzt ab soll für eine möglichst Ausbreitung mittlerer und kleiner selbständiger Existenzen Sorge getragen werden. Nur wo die bereits bestehende Produktionsfähigkeit in einem unökonomischen Mißverhältnis zum überwiesenen Kontingent steht, soll sie weiter berücksichtigt werden. Eine Verschmelzung bisher bestehender Einzelbetriebe ist nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig.
- e) Die direkte Zugehörigkeit zum Syndikat hat mindestens eine gewisse mittlere Betriebsgröße zur Voraussetzung. Kleinere Betriebe sollen sich zu Genossenschaften zusammenschließen und als solche indirekten Anschluß an das Syndikat suchen. Sobald die einfache Mehrheit der direkt syndikatsfähigen Betriebe der Gründung eines Syndikats zustimmt, ist die Minderheit gezwungen, sich diesem Syndikate anzuschließen. Die Effektivhändler werden, soweit es die rationelle Organisation von Bezug und Absatz gestattet, in das Syndikat aufgenommen.
- e) Um die Gründung von Syndikaten auf der ganzen Linie des Erwerbslebens vorzubereiten, die bestehenden Syndikate fortlaufend zu kontrollieren und die harmonische Fortentwicklung aller Berufsstände zu überwachen, wird in Parallele zum Reichsgericht ein Reichsvolkswirtschaftsrat geschaffen.
- f) Zur sozialen Erziehung des Volkes ist eine weitgehende Dezentralisation der staatlichen Organe erforderlich, so daß der letzte Beamte jeden einzelnen seines Bezirks als Person zu kennen, zu beobachten und zu behandeln in der Lage ist.
- g) Die Regelung des Güterverkehrs nach dem Kostenwerte (Äquivalenzwerte), wie die Sicherung einer harmonischen Entwicklung aller Glieder des Volkskörpers hat die Beteiligung des Privatkredits mit der Privatversicherung und die Vereinigung aller Geldinstitute zu einem nationalen Syndikat der deutschen Banken zur unerläßlichen Voraussetzung.

Soweit Ruhland. Ich habe die Vorschläge dieses verdienstvollen Nationalökonomen hier so ausführlich hingestellt, weil manches daran in der Tat erwägungswert ist. Im großen und ganzen und im Prinzip bin ich jedoch nicht mit diesen Vorschlägen einverstanden. Sie sind allerdings geeignet, den Freihandel und damit auch die Börse in der heutigen Gestalt zu beseitigen. Sie sind aber auch geeignet, die ganze Urproduktion und Fabrikation sowie den unschädlichen Handel in starre Fesseln zu schlagen. Die gesamte Produktion müßte dadurch, namentlich wenn jene Syndikate, wie ausdrücklich gesagt, auf ewige Zeiten gegründet würden, nach und nach völlig verknöchern, versimpeln, vergeisen, könnte sich jedenfalls nicht lange jugendfrisch und fortbildungsfähig erhalten. Zwar hat Ruhland gewisse Einrichtungen vorgeschlagen, welche den Geist der Erfindung, Vervollkommnung, überhaupt des praktischen Geschicks öffentlich anregen sollen. Ich halte jedoch alle künstlichen, von Staats wegen nach dieser Richtung ausgehenden Maßregeln in der nützlichen Wirkung für mindestens zweifelhaft. Der freie Wettbewerb scheint mir für die eigentliche Produktion unersetzlich zu sein. Jedenfalls darf eine Fesselung derselben, meiner Ansicht nach, nur zeitweise, nicht für alle Zeiten verfügt werden. Jene Syndikate sind, wie früher die Zünfte, nur zu sehr geeignet, aus Bequemlichkeitsrücksichten das Alte beizubehalten und sich dem Neuen feindlich gegenüber zu stellen. Gewiß mögen sich die Berufsgenossen zusammenschließen, aber nicht zwangsgemäß zu Syndikaten, sondern zu freien, rein sozialen und politischen Parteien, die ihre gemeinsamen Sonderinteressen gegenüber der für das Gemeinwohl verantwortlichen Regierung vertreten wollen, ganz wie es unter III. näher ausgeführt worden ist.



Jene Syndikate, wie überhaupt die meisten jener vorher angeführten Vorschläge halte ich auch für überaus künstlich und schwer realisierbar. Das „omne perfectum simplex“, das Ruhland dafür in Anspruch nimmt, scheint mir dafür ganz und gar nicht zuzutreffen. Meiner Ansicht nach läßt sich das von Ruhland durchaus richtig erkannte Ziel der Wirtschaftssteuerung nach einer vollständigen und harmonischen Interessengemeinschaft hin auch ohne Fesselung der Produktion erreichen. Es braucht nur der Freihandel in allen jetzt börsenfähigen Werten aufgehoben zu werden. Die erste Verteilung und Preisbestimmung der wichtigsten Produktionsmittel darf eben nicht der Privatspekulation überlassen bleiben. Aber an Stelle jener vielen Zwangssyndikate für alle Zweige der Produktion und Verteilung, denen man ja doch gewisse politische Rechte und Funktionen zuerteilen müßte, wäre es doch viel einfacher, wenn der Staat selbst die erste, für die ganze Nationalwirtschaft grundlegende Verteilung und Preisbestimmung jener Produktionsmittel in die Hand nähme. Natürlich dürften die dafür in Betracht kommenden staatlichen Organe keine auf der bürokratischen Stufenleiter emporgekommenen Bureaubeamten, sondern müßten Männer der Praxis sein. Man hat ja auch jetzt schon Staatsminister, nicht zum Schaden der Gesamtheit, dem praktischen Leben entnommen.

Wer ein Vorurteil gegen Zwischenhandelsmonopole überhaupt, auch gegen die vom Staate verwalteten, hat, für den sei darauf hingewiesen, daß schon jetzt jene erste für alle Produktion grundlegende Verteilung der Produktionsmittel tatsächlich ein Monopol des internationalen Großkapitals ist, jedenfalls immer mehr wird. Es kann sich also nur darum handeln, ob gewisse Einzelne, oder ob die ganze Gesellschaft bzw. deren öffentliche, kontrollierbare Organe jenes überaus wichtige Monopol verwalten. Unter solchen Umständen ist es doch wohl das kleinere Uebel — nehmen wir an, daß es ein Uebel wäre, was nach meiner Ansicht keineswegs der Fall ist —, wenn jenes Monopol in die Hände des Staates übergeht. Monopole haben nur dann einen Sinn und Wert, wenn sie nicht im Interesse einzelner, sondern, wie die Eisenbahnen, Posten usw. zum Wohle und unter Kontrolle der Gesamtheit verwaltet werden. Wie schon vorher bemerkt, kontrolliert diejenige Macht den gesamten Wirtschaftsorganismus in ihrem Interesse, welche die Preise und die erste Verteilung jener wichtigsten Produktionsmittel unter Kontrolle hat. Genau so, wie jetzt das internationale Großkapital ein Interesse daran hat, die nationalen Wirtschaften möglichst unvollständig und unharmonisch zu gestalten, hätte dann der Staat ein Interesse daran, die Wirtschaft der Nation, für deren Wohl er verantwortlich ist, möglichst vollständig und harmonisch zu machen, d. h. anstatt falsch, richtig zu steuern. Dadurch, daß jetzt das internationale Großkapital z. B. den großen Geldhandel, d. h. die große Kreditgabe vielfach monopolisiert hat, ist es imstande, das Großgewerbe und zwar einseitig das industrielle und händlerische Großgewerbe zu begünstigen. Das ist, wie schon unter IV. angedeutet, der Hauptgrund für das Ueberwiegen von Industrie und Handel im allgemeinen und von Großindustrie und Großhandel im besonderen, viel weniger die technische und kaufmännische Rückständigkeit der mittleren und kleineren Betriebe. Hätten diese ebenso-



leicht Kredit, wie die großen, so würden sie sich in einem nicht viel geringeren, jedenfalls in einem zu ihrem Bestehen hinreichenden Grade technisch und ökonomisch entwickelt haben. Nur die jetzige Raub- und Würgewirtschaft des Großkapitals hat sie so sehr in Nachteil und Rückstand, wenn nicht gar zum Verschwinden gebracht. Das würde ganz anders werden, wenn der Staat das Monopol des Geldhandels, der Kreditgabe hat und dabei von der Öffentlichkeit scharf im Interesse der Vollständigkeit und Harmonie der Wirtschaft kontrolliert wird. Neben dem Realkredit könnte dann auch der persönliche Kredit viel weiter als jetzt ausgedehnt werden, vorausgesetzt natürlich, daß die Verwaltung möglichst dezentralisiert wird, so daß der letzte Beamte, das letzte peripherische Ganglion, jeden Gewerbetreibenden seines Bezirks, wie Ruhland meint, persönlich zu kennen und zu beobachten imstande ist. Unter dieser Voraussetzung könnte dem starken Arme, dem anschlägigen Kopfe, dem erfinderischen Geiste, dem sparsamen Wirtschaftler usw. vom Staate aus billiger Kredit, soviel er nur haben will und zureichend begründen kann, gewährt werden. Es wäre dann für alle rechtschaffenen, ehrlichen, fleißigen und tüchtigen Leute eine Lust, zu leben, zu schaffen, zu arbeiten. Die sog. „soziale Frage“ würde dann mit der jetzt wieder möglichen Vermehrung der kleinen und mittleren selbständigen Existenzen den größten Teil ihres gehässigen Charakters verlieren und bald ganz von selbst verschwinden; denn der Staat würde ja dann jetzt vielfach auch als ein Wohltäter, nicht so wie jetzt meist, nur als Polizeibüttel, als Anschauzer für die Kleinen und gehorsamer Diener für die Großen empfunden und angesehen werden. Diese Art von Unzufriedenheit ergibt die meisten staatsfeindlichen, sozialdemokratischen Stimmen und ist insofern auch berechtigt, als ja der Staat für das Wohl aller Rechtschaffenen, nicht etwa aller Wucherer, verantwortlich ist.

Mancher wird vielleicht einwenden, daß der Staat, der jetzt dem internationalen Wuchererkapital nahezu ohnmächtig, hilflos gegenübersteht, dann vielleicht allzu mächtig werden und seine Macht, geradeso wie es jetzt das private Großkapital vermag, mißbrauchen könnte. Das wäre nur dann möglich, wenn der Staat, wie in früheren Zeiten, keine Volksvertretung und öffentliche Meinung zu fürchten hätte. Tun jedoch diese Organe ihre Pflicht auch nur in dem Maße, wie jetzt die Presse des internationalen Großkapitals dessen Interessen gegenüber dem nationalen Staate und Volke wahrnimmt, so ist ein Mißbrauch der Staatsmacht völlig ausgeschlossen. Ueberdies sind ja die Interessen des Nationalstaates und der Nation völlig dieselben. Es wäre also merkwürdig, wenn er sie nicht ehrlich vertreten wollte.

Die furchtbare Macht des internationalen Großkapitals zu brechen, den Frieden im Innern, die Eintracht aller Häupter und Glieder der nationalen Gesellschaft wieder herzustellen, wäre zwar an und für sich schon des Schweißes der Edlen wert. Was aber einer so reformierten Gesellschaft eine unabsehbare Ueberlegenheit gegenüber der heutigen und auch der von Ruhland vorgeschlagenen Ordnung verschaffen würde, wäre eine außerordentliche Vereinfachung und Milderung der notwendigen Abgaben an den Staat, der Steuern.



Der Staat als erster Verteiler und Preisbestimmer der wichtigsten Produktionsmittel, besonders des Geldes und des Grundes und Bodens, könnte sich dann selbst die für seine Erhaltung und für die Durchführung seiner Funktionen notwendigen Mittel sozusagen verdienen. Der Staat könnte, ohne daß es von den Einzelnen irgendwie lästig oder geschäftsstörend empfunden wird, sich das, was er braucht und haben muß, von dem durch seine Hände gehenden Gelde einfach abziehen. Selbstverständlich nicht ohne Zulassung und Kontrolle der Gesamtheit. So z. B. könnte das Deutsche Reich an die Bundesstaaten dann nicht nur die aus den jetzigen indirekten Steuern ihnen zukommenden Anteile, sondern vielleicht alle, auch die zur Erfüllung ihrer Kulturaufgaben erforderlichen Mittel überweisen, so daß direkte Steuern vielleicht ganz wegfielen. Wenn man bedenkt, daß sich das internationale Großkapital allein von den wertschaffenden Berufsklassen des Deutschen Reiches, wie Ruhland (System der politischen Oekonomie, Band III, S. 316) schätzt, jetzt neun Milliarden Mehrwert jährlich aneignet: so begreift man, auch wenn diese Schätzung etwas übertrieben wäre, sehr wohl, daß das Deutsche Reich zu jenen Ueberweisungen schon jetzt recht gut imstande wäre. Dabei muß aber das wertschaffende deutsche Volk außer diesen indirekten Steuern an das internationale Großkapital jetzt auch noch seine direkten Kommunal-, Staats- und Reichssteuern bezahlen. Diese würden dann wegfallen, und auch von dem, was sich jetzt das internationale Großkapital indirekt aneignet, brauchte der Staat nur einen Teil für seine Bedürfnisse in Anspruch zu nehmen. Ebenso würden alle Zinsen für Grundhypothecken dann an die Staaten und Gemeinden, nicht so, wie jetzt zumeist, an das internationale Privatkapital gezahlt werden. Und bei alledem könnten die Staats- bzw. Reichsorgane in ihrer öffentlichen Tätigkeit als Ordner, Kontroller und Steuerer der Wirtschaft von der Gesamtheit wieder kontrolliert werden, während das jetzt diese Funktion ausübende spekulative Großkapital nationaler und internationaler Herkunft sich wohlweislich nicht in die Karten sehen läßt. Das ist ein ungeheurer Vorteil, der nur vom internationalen Großkapital selbst verkannt werden kann.

Ja — so wird man vielleicht denken — das wäre ja wunderschön, wenn der ganze moderne Wucher, samt dem Aktienschwindel und der diesem Schwindel dienenden Börse sich wie eine Sphinx, deren Rätsel man gelöst hat, in den Abgrund stürzen müßte; aber wie soll der Uebergang aus der alten Unordnung in die neue Ordnung vollzogen werden?

Nichts leichter als das, sobald Bundesrats- und Reichstagsmehrheit einig wären. Der Freihandel in Geld, Grund und gewissen wichtigen Waren wäre von dem Augenblick an aufgehoben, wo der Staat den von ihm nicht konzessionierten privaten Geschäften in jenen Dingen den Rechtsschutz versagte. Kein Privatmann würde dann mehr realen oder persönlichen Kredit geben, kein Urproduzent seine Produkte anderswohin, als an den Staat, bzw. das Reichswirtschaftsamt oder an eine seiner Filialen verkaufen, kein Fabrikant seine Rohstoffe anderswoher, als vom Staate, d. h. von der Zentrale oder einer der Filialen beziehen. Täte er es dennoch, so wäre es sein eigener Schade, auch wenn er es ohne jeden Rechtsschutz wagen wollte;



denn die Preise, die der Staat im Einvernehmen mit allen berufsmäßig organisierten Interessenten zum Wohle der Gesamtheit auf lange Fristen festsetzen können — er hätte ja als Zentralorgan die beste Uebersicht über alle Erzeugnisse und Bedürfnisse — wären derart, wie sie jetzt kein Spekulant, der rasch reich werden will, auf gleiche Fristen bewilligen könnte. Alle wichtigen Rohstoffe, Urprodukte, Halbfabrikate, alle Hypotheken, alles flüssige, der Anlage bedürftige Geld müßten dann von selbst dem Staate zur ersten Verteilung oder angemessenen Verzinsung anvertraut werden, und dieser könnte das alles wiederum gegen einen geringen Preis- bzw. Zinsaufschlag an Produzenten und Detailhändler verkaufen bzw. verleihen. Der Staat, das Reich, d. h. das „Reichswirtschaftsamt“ würde also gar nicht nötig haben, seine Anleihen und Schatzscheine so, wie jetzt, an der Börse aufzulegen und deren „Wohlwollen“ zu empfehlen. Der Staat würde nicht nur reichlicher als jetzt die Mittel zur Verfügung haben, die er zum Unterhalt seiner Beamten und zur Aufrechterhaltung seiner Funktion bedarf, sondern er würde auch noch reichliche, mit der Zeit wahrscheinlich sehr reichliche Mittel zur Befruchtung der Produktion in einer dem Gemeinwohle am besten förderlichen Art übrig behalten.

Aber würden die Kapitalisten dann nicht einem solchen Staate, der ihnen nicht den geringsten Wucher gestattet, den Rücken kehren?

Das könnten sie ruhig tun. Ihre Grundstücke, Häuser, Fabriken, Rohstoffe usw. könnten sie ja doch nicht mitnehmen. Auch Gold, Silber und andere materiellen Werte müßten sie zurücklassen, denn deren Aus- und Einfuhr würde ja dann vom Staate im Interesse der Gesamtheit scharf kontrolliert. Sie könnten also nur ihre Maitressen und ihre Wertpapiere mitnehmen. Diesem Gesindel, wie auch ihrer werten Person würde man keine Thräne nachweinen, und ihre Wertpapiere könnte ihnen der Staat, wenn er will, zu einem angemessenen Preise zurückkaufen oder — falls er dazu nicht imstande wäre — zu einem angemessenen Zinsfuße, nicht zu Wucherersätzen, verzinsen. Er würde aber sehr bald in die Lage kommen, alle ihn verpflichtenden Papiere aus der Fremde zurückzukaufen; denn alles Geld und alle sonstigen wichtigen Produktionsmittel strömen ja jetzt ihm, als erstem Zwischenhändler in die Hände, wie er andererseits diese Mittel wieder zu seinem und der ganzen Gesellschaft Vorteil, natürlich unter Kontrolle der öffentlichen Meinung, verkaufen oder verleihen kann. Er müßte dadurch in einem so großen, reichen, schaffenslustigen und dabei außerordentlich wehrfähigen Lande, wie Deutschland, sehr bald mächtiger werden, als der mächtigste Großkapitalistenkonzern jemals gewesen ist. Staat und Volk würden ja dann — weit entfernt, einander feindlich gegenüber zu stehen — sich vielmehr freiwillig, ja mit Begeisterung als solidarisch betrachten und fühlen. Kein äußerer Feind könnte die Ehre und innersten Lebensinteressen eines solchen Landes und Volkes anzutasten wagen.

Dabei könnte, was die eigentliche Produktion (Urproduktion und Fabrikation) sowie den produktiven Handel anbelangt, im wesentlichen alles so bleiben, wie es — abgesehen natürlich von der unvollständigen und unharmonischen Interessengemeinschaft — jetzt ist. Alles wirklich Gute der heutigen Zeit, ja alles nicht direkt Schädliche könnte erhalten bleiben. Der große Unterschied wäre aber der, daß die



werteschaftenden Köpfe und Hände keine direkten und nur geringe indirekte Steuern zu zahlen hätten, keinen Wucherern mehr zu fronden brauchten, und daß der Besitz sich dann weit gerechter und dem Gemeinwohl dienlicher verteilen würde.

Die Aufhebung des Freihandels und die Einführung des Staatsmonopols für den Großhandel in Geld, Grundstücken und gewissen wichtigen Waren löst den Widerspruch zwischen Freiheit und Ordnung in einer dem Wohle des rechtschaffenen Einzelnen wie der Gesamtheit gleichmäßig und gleichzeitig dienenden Weise. Es bleibt dadurch der freie Wettbewerb da, wo er am Platze, d. h. dem technischen, ethischen und ästhetischen Fortschritte nützlich ist, bestehen; aber durch die Herstellung und Erhaltung einer vollständigen und harmonischen Interessengemeinschaft für alle Glieder einer Nation, für alle durch genügend einheitliche Rasse, Sprache, Kultur verbundenen Menschen wird ein unsinniger, selbstmörderischer Daseinskampf unter ihnen vermieden. Der Einzelne braucht dabei nicht auf die individuelle Freiheit zugunsten einer feigen Bequemlichkeit des Daseins für alle, auch für die Faulen und Dummen, zu verzichten. Man braucht dabei aber auch nicht das Gemeinwohl zugunsten einer üppigen Lebensweise weniger — und nicht einmal der in ethischer und ästhetischer Hinsicht besten — hintanzustellen.

Was den Wettbewerb an sich anbelangt, so wäre danach zu streben, daß er in möglichst lauterer, ritterlicher Weise geführt würde. Um das durchzusetzen, dürfte aber der Staat nur im äußersten Falle als Büttel in Anspruch genommen werden. Was im gewerblichen Wettkampfe ehrlich oder unehrlich, lauter oder unlauter sein soll, müßten die ehrenhaften Vertreter jeder Berufsorganisation unter sich abmachen können. Sie müßten aber das Recht haben, diejenigen Berufsgenossen, welche sich nach wiederholten Ermahnungen und Geldstrafen immer wieder gegen die Grundsätze der Lauterkeit und Rechtlichkeit vergehen, mit Schimpf und Schande aus ihrer Organisation und damit aus dem Gewerbe überhaupt auszustoßen. Da die hier Ausgestoßenen dann anderweitig weder Kredit noch Verdienst erhalten könnten, so wären sie dann auch aus der Gesellschaft ausgestoßen. Die Berufsorganisationen würden gewiß nicht oft zu diesen Maßregeln Veranlassung haben. Es würde überraschend schnell wieder die alte deutsche Ehrlichkeit und Redlichkeit auch unter den jetzt als mehr oder weniger anrücklich geltenden Gewerben Platz greifen. Alle betrügerischen Machenschaften, aller Reklame- und sonstige Schwindel würden sehr bald nur noch historische Bedeutung haben, weil eben nicht mehr, so wie jetzt, indirekt eine Art von Prämie darauf gesetzt wäre. Die Unehrlichkeit würde sich dann eben nicht mehr so glänzend „rentieren“, wie unter der heutigen, anarchischen Wirtschaftsweise.

Zum Schlusse noch eine Verwahrung. Es ist zwar nach all dem Vorhergegangenen für den objektiven Beurteiler nicht möglich, die Gesellschaftsordnung, die hier natürlich nur in großen Zügen hingezeichnet worden ist, mit dem von den heutigen Sozialdemokraten an die Wand gemalten „Zukunftsstaate“ zu verwechseln. Es gibt aber bekanntlich Menschen, die absichtlich mißverstehen, wenn es in ihrem Interesse liegt. Uebelwollende, interessierte Beurteiler könnten also versuchen, jenen trübseligen „Zukunftsstaat“ hier unehrlicher Weise



unterzuschieben. Darum bemerke ich nochmals, daß hier ganz und gar nicht von einer Verstaatlichung der Produktionsmittel, sondern nur von einer Verstaatlichung des ersten Zwischenhandels mit Produktionsmitteln die Rede ist. Der kleine Zwischenhandel kann sogar in Geld und Rohstoffen, aber nicht in Grundstücken, privatim gestattet werden. Die kleinen und mittleren Geldhändler (Bankiers) können, soweit sie rechtschaffen tätig sind, ruhig bestehen bleiben. Ich denke, wie vorher wiederholt und genugsam angedeutet, ganz und gar nicht daran, die Gesellschaft im Staate völlig aufgehen zu lassen. Ich bin sogar dafür, daß die Verstaatlichung der Produktion, soweit sie bereits besteht, möglichst wieder rückgängig gemacht wird, um den Staat nicht unnötiger- und unzweckmäßigerweise mit Aufgaben zu belasten, die gar nicht seines Amtes sind. Der Staat soll kein eigentlicher, direkter Produzent, sondern nur Ordner, Kontroller, Steuerer, Beschützer der gesamten Gesellschaft sein. Dazu ist aber das Monopol der ersten Verteilung und Preisbestimmung für gewisse wichtige Werte absolut unentbehrlich, genau so, wie der Staat im Interesse des Gemeinwohls das große Verkehrswesen, die Posten, Telegraphen, Eisenbahnen, inländischen Wasserstraßen usw. in seiner Hand haben muß. Großhandel und Großverkehr gehören eben zusammen, sind Aeste und Zweige des großen Berufsstammes der Verteilung. Diese Verteilung muß aber gerecht sein, wenn sie dem Gemeinwohl nicht schädlich werden soll, und darum gehört sie in die Hände des Staates. Was man sonst dem Staate alles aufhalsen möchte und vielfach schon aufgehalst hat, kommt teils der sozialen, teils der wirtschaftlichen Organisation zu.

Hinsichtlich der Ueberführung der neuen Ordnung in die Praxis bemerke ich noch, daß Vorstehendes ein Ideal sein soll, das zwar vollständig zu verwirklichen ist, das aber nach Maßgabe der Umstände erst allmählich, stufenweise verwirklicht werden kann. Zunächst wäre es schon ein großer Fortschritt, wenn das staatliche Großhandelsmonopol nur für einzelne, ganz besonders wichtige Urprodukte und Halbfabrikate, etwa für Getreide, Kohlen, Eisen, Baumwolle, Kali eingeführt würde. Für Grundstücke würde eine bloße Kontrolle des Besitzwechsels schon von weittragenden Folgen sein. Auch das Geldhandelsmonopol brauchte nur erst allmählich, im Anschluß an gewisse bereits bestehende staatliche oder kommunale Organe vervollständigt zu werden. Die Großbanken müßten allerdings so bald wie möglich verstaatlicht oder unter staatliche Kontrolle gestellt werden, dagegen könnten, wie bemerkt, die kleineren und mittleren Banken als private Kreditinstitute vorläufig, vielleicht sogar für immer, bestehen bleiben, da sie dann kaum etwas schaden und vielfach nützen könnten. Private Institute dieser Art müßten für den Kleinverkehr schon deshalb vorläufig bestehen bleiben, weil die betreffenden staatlichen Organe, selbst wenn Männer der Praxis mit dieser Funktion beauftragt würden, sich erst allmählich in ihre Stellung hineinfinden müßten. Das Steuern der Wirtschaft besteht auch hier in der ruhigen, krisenlosen Ueberführung alter Zustände in neue, und dazu ist natürlich Zeit erforderlich.

Viel Zeit bleibt freilich den heutigen Gesellschaften europäischer Art zur gründlichen Ordnung ihrer heillos verfahrenen Verhältnisse nicht mehr, schon aus finanzpolitischen Gründen nicht. Man sieht



ja jetzt schon z. B. in Deutschland, wie schwer es den Gemeinden, Staaten und dem Reiche wird, selbst für die notwendigsten Aufgaben sich die erforderlichen Mittel zu verschaffen. Diese Finanznöte haben aber erst angefangen und müssen, wenn die Dinge so weiter gehen, wie bisher, immer häufiger und schwieriger werden. In dem Maße, als der selbständige Mittelstand an Zahl und Wohlhabenheit verschwindet, sinkt auch die Steuerkraft der Gesellschaften. Die wenigen Ueberreichen und die Unmenge der nicht immer ausreichend beschäftigten Proletarier können weder direkt noch indirekt viel steuern, und die Besteuerung der produktiven Klassen hat ihre Grenze in der Möglichkeit der Weiterentwicklung oder auch nur des Fortbestehens der Produktion überhaupt. Eine zu hohe Besteuerung wirkt im Gesellschaftskörper wie eine zu starke Blutentziehung im eigentlichen Organismus: sie macht den Körper und damit die Seele schwach und unternehmungsunlustig. Die Besteuerung zu einem zu hohen Prozentsatze wirft darum zuletzt noch weniger ab, als die frühere Besteuerung zu einem niedrigeren.

Selbst wenn also die unter dem Einflusse des internationalen Großkapitals stehenden Staaten und Gesellschaften nicht wollten, sie würden doch, aus Gründen der Selbsterhaltung, gezwungen sein, das vorher gekennzeichnete Handelsmonopol zu erstreben.

Was die internationalen Beziehungen anbelangt, so würden Zollschranken bei vollständiger Einführung jener Monopole vollkommen unnötig sein, da es ja dann für die Waren, für welche Zölle unter Umständen nötig und zweckmäßig sind, überhaupt keinen andern Abnehmer als den Staat gibt. Solange die nationale Interessengemeinschaft im Innern noch nicht vollständig ist, werden natürlich diese äußern, internationalen Beziehungen oft Ursache zu besonderer Aufmerksamkeit und Vorsicht geben.

Endlich noch ein Wort über die voraussichtliche Aufnahme meines Vorschlages in der Oeffentlichkeit. „Es gibt zweierlei Dinge“ — so pflegte ein alter, humoristischer Professor der Mathematik seinen Zuhörern gegenüber zu bemerken —, „die Sie, meine Herren, nur schwer und langsam verstehen: die zu einfachen und die zu komplizierten.“ Ich fürchte, daß mein Vorschlag zu — einfach ist, um von einer hinreichend großen Menge sofort bis in alle Konsequenzen begriffen zu werden. Auch wird die vom internationalen Großkapital abhängige Presse natürlich alles Mögliche versuchen, um die Sache totzuschweigen, und wenn das nicht möglich, um sie mißzuverstehen und lächerlich zu machen. Möchte es wenigstens nicht ein halbes Jahrhundert dauern, bis mein Vorschlag begriffen und nicht ein weiteres halbes Jahrhundert, bis er verwirklicht wird. Solange hätten nämlich die europäischen Kulturgesellschaften nicht mehr Zeit. Sie würden schon vorher an den heutigen Mißständen zugrunde gehen müssen.

### **Gesunder und kranker Gesellschaftskörper.**

Die Betrachtung der menschlichen Kulturgesellschaften aus dem Gesichtspunkte eines Organismus ist, soweit es sich dabei nur um ein hinkendes Gleichnis handelt, sehr alt. Selbst Menenius Agrippa, der damit bekanntlich 494 v. Chr. die auf den heiligen Berg in Waffen



ausgezogenen Plebejer zur Rückkehr in die Stadt gütlich überredete, scheint damit nur auf eine uralte, aller Wahrscheinlichkeit nach aus Indien stammende Ueberlieferung zurückgegriffen zu haben.

Etwas wesentlich anderes war es jedoch, als man in unserer Zeit die Ergebnisse der natürlichen Entwicklungslehre auf die soziologischen Phänomene anzuwenden versuchte, und hier war es wiederum ein bemerkenswerter Fortschritt, als u. a. C. H. de Méray zeigte, wie eine Gesellschaft, die ein Staat werden will, sich im wesentlichen, namentlich in der Aufeinanderfolge der einzelnen besonders charakteristischen Phasen, nicht anders als eine Zellenkolonie, die ein Organismus werden will, verhalten kann. Auch hinsichtlich der übrigen Lebensäußerungen: der Ernährung, Fortpflanzung, des Kampfes ums Dasein, des gesunden und kranken Zustandes im Ganzen wie in den Teilen ist der Parallelismus nicht selten so verblüffend, daß ein Zweifel an der durchgehenden Einheitlichkeit aller biologischen Erscheinungen kaum aufkommen kann.

Wenn ich trotzdem von den Ausführungen C. H. de Mérays im letzten Januarheft der Pol.-anthr. Revue, wo von der „Pathologie der Krebskrankheit in unserem Zivilisationskörper“ die Rede ist, nicht ganz befriedigt bin, so scheint mir das weniger an der Unrichtigkeit, als an der Unvollständigkeit der von C. H. de Méray vorgebrachten Argumente zu liegen. Meiner Ansicht nach ist es wohl richtig, daß der Militarismus, soweit man darunter nicht die eigene, natürliche Wehrkraft eines Staates und Volkes, sondern das fremde Söldnerunwesen versteht, als eine krebsartige Krankheit im Gesellschaftskörper aufgefaßt werden muß; aber es ist nicht richtig, daß dieser Militarismus, wie man aus jenem Artikel de Mérays schließen muß, eine selbständige Erkrankung gewisser Organe vorstellt. Wo Söldner sind, da müssen doch auch Herren sein, die sie bezahlen; und diese Herren müssen für die gewöhnlich recht hohe Bezahlung und die ohne dies unmögliche Benutzung der Söldner Gründe haben, die mit dem Gemeinwohl nicht nur unvereinbar sind, sondern ihm direkt entgegenstehen; denn sonst könnten sich doch jene Herren auf die weit billiger, ja für Zwecke des Gemeinwohls in der Regel unentgeltlich zur Verfügung stehende einheimische Wehrkraft stützen.

Forscht man jenen Gründen nach, so stößt man auf eine andere, in schweren Fällen ebenfalls krebsartige Erkrankung des Gesellschaftskörpers, die sich aber nicht in den zum Schutze, sondern in den zur Ernährung bestimmten Zellen entwickelt. Diese krebsartige Erkrankung erzeugt dann erst den Krebs des Söldnerunwesens.

Worin besteht nun diese Erkrankung in den produktiven Zellen des Gesellschaftskörpers?

Um das überzeugend nachzuweisen, muß ich etwas weiter ausholen; ich muß zuerst das Wesen des gesunden Gesellschaftskörpers zu kennzeichnen suchen. Erst dann wird man in bezug auf diese organischen Gebilde den Unterschied nicht nur zwischen Gesundheit und Krankheit überhaupt, sondern auch den zwischen bösartiger und verhältnismäßig gutartiger Erkrankung mit genügender Klarheit zu erkennen vermögen.

Für den gesunden und kranken Gesellschaftskörper liefert der gesunde und kranke Zustand der Einzelwesen, aus denen die Ge-



sellschaft zusammengesetzt ist, nicht nur ein deutliches Bild, sondern zugleich das Wesentlichste vom Gegenstande selbst.

Ein Mensch ist vollkommen gesund, wenn alle seine Organe anatomisch möglichst richtig gebaut sind, physiologisch und psychologisch möglichst zweckmäßig funktionieren und im übrigen von dem Zustande der Atrophie und der Hypertrophie ungefähr gleich weit entfernt sind. Hiernach kann man z. B. schon einen Menschen mit kahler Glatze, dickem Bauche und dünnen Beinen nicht mehr als vollkommen gesund bezeichnen, auch wenn er nach den gewöhnlichen Vorstellungen noch als gesund gilt und sich selbst nicht eigentlich krank fühlt. Ebenso kann der Kulturmensch, bei dem die Harmonie aller Organe in exzentrischer Weise gestört ist, bei dem z. B. die allzu einseitige Tätigkeit des Gehirns oder einzelner Nerven und Muskeln eine direkte Verkümmern anderer wichtiger Organe zur Folge gehabt hat, nicht als vollkommen gesund angesehen werden, auch wenn bestimmte krankhafte Erscheinungen zunächst weder äußerlich wahrgenommen noch innerlich empfunden werden.

Genau dasselbe gilt für die menschlichen Kulturgesellschaften. Auch bei diesen können gewisse Organe außerordentlich hypertroph, andere wieder atroph, ja völlig verschwunden sein, ohne daß die gewöhnliche Vorstellung diese Gesellschaften als krank bezeichnet. Wenn z. B. ein Staat und Volk wegen seiner besonders gefährdeten geographischen Lage oder wegen seiner unglücklichen, allzu gemischten Rassenverfassung gezwungen ist, beständig gegen äußere oder innere Feinde sich zu verteidigen bzw. stets darauf gefaßt zu sein: so können die Abwehrorgane sich außerordentlich hypertrophisch entwickeln. Solange jedoch die Harmonie des Ganzen dadurch noch nicht in extremer Weise gestört ist, namentlich die Ernährungsorgane dadurch zwar beeinträchtigt, aber noch nicht verkümmert sind, d. h. solange die ganze Gesellschaft sich noch immer, wenn auch nicht gerade reichlich, selbst zu ernähren vermag: — solange kann von keiner eigentlichen Erkrankung, zum mindesten nicht von einer krebsartigen Erkrankung die Rede sein. Das wäre erst der Fall, wenn die produktiven Zellen dadurch teilweise oder ganz zerstört worden wären und ein entsprechender Teil oder die ganze Gesellschaft gezwungen wäre, von Raub und Erpressung zu leben.

Der entgegengesetzte Fall ist der, daß ein Volk, welches lange Zeit gar keine äußeren und inneren Feinde zu fürchten brauchte, seine produktiven Zellen hypertrophisch entwickelt, dagegen seine Abwehrorgane verkümmern oder ganz dahinschwinden läßt. Ein solches Volk ist in viel höherem Grade krank, als das erste, und doch wird es der gewöhnlichen Vorstellung in einem gewissen Stadium der Krankheit gerade als ganz besonders gesund erscheinen. Unter solchen innern und äußern Verhältnissen entwickeln sich nämlich in gewissen produktiven Organen gewöhnlich bösartige, im eigentlichsten Sinne krebsartige Wucherungen, die den Organismus über kurz oder lang — das hängt von den äußeren Umständen ab — zugrunde richten. Ich werde das, wie bemerkt, weiter unten überzeugend nachweisen. Zunächst muß ich jedoch — gerade um diesen Nachweis führen zu können — den gesunden, normalen Zustand des Gesellschaftskörpers noch deutlicher kennzeichnen. Dazu muß ich aber wiederum einiges vorausschicken.



Jeder gesellschaftliche Zusammenschluß, der einem einheitlich geordneten Organismus zustrebt, bewirkt bekanntlich wie von selbst eine Teilung all der Arbeiten, die zur Erhaltung und Erhöhung des materiellen sowohl wie des geistigen und sittlichen Lebens erforderlich sind. Dadurch entstehen gewisse soziale Abstufungen, die unter Umständen zu kastenartigen „Ständen“ erstarren können, aber nicht unter allen Umständen müssen. Diese Erscheinung ist so augenfällig, daß sogar schon der Volksmund, freilich in einer nur grob zutreffenden Weise, von einem Nährstande, einem Lehrstande und einem Wehrstande spricht. Der erste schafft und erhält die materiellen Lebensbedingungen (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Werkzeuge usw.), der zweite die kulturellen (Religion, Sitte, Recht, Wissenschaft, Kunst), der dritte endlich schützt das Ganze vor inneren und äußeren Gefahren. Verglichen mit dem Körper des Einzelwesens entspricht der Nährstand bezw. Nährberuf ungefähr dem Magen, den Eingeweiden, dem Lymph- und Blutgefäßsystem, der Lehrstand bezw. Lehrberuf einem gewissen Teile des Gehirns und Nervensystems, der Wehrstand bezw. Wehrberuf dem anderen Teile des Gehirns und Nervensystems, sowie einem großen Teile des Knochen-, Knorpel- und Muskelsystems. Bei einer über den bloßen Vergleich hinausgehenden, der tatsächlichen Wirklichkeit näher kommenden Betrachtung müßte man freilich bei fast jedem Organ des Einzelwesens wie auch der Gesellschaft noch eine besondere Ernährung, Belehrung und Bewehrung annehmen; denn jedes Organ hat für sich wieder bestimmte Blutgefäße, Ganglienknoten, Nerven- und Muskelstränge, Knochengewebe usw. Auch sind besonders gefährdete und besonders edle Organe, wie z. B. das Gehirn, das Herz usw. noch durch besondere Knochengewebe geschützt. Ähnlich verhält es sich im Gesellschaftskörper. Das Blut hat hier meist die Form von Geld, das Knorpel- und Knochengewebe die Form von Sitten und Gesetzen, während das Nerven- und Muskelsystem meist in Gestalt von Beamten, Offizieren, Gelehrten, Künstlern, Handwerkern, Arbeitern usw. auftritt.

Je höher die Organisation einer Gesellschaft steigt, desto mehr differenzieren sich jene drei Hauptberufsklassen, die, wie bemerkt, nicht immer besonderen, kastenartig abgeschlossenen Ständen zu entsprechen brauchen. Es vollzieht sich dann an den Teilen, was auf niedriger Kulturstufe nur am Ganzen bemerkbar ist, d. h. die Arbeiten teilen sich schon in jeder der drei Hauptberufsklassen in eine lehrende, leitende und eigentlich schaffende Tätigkeit; ja, es sondert sich sogar noch häufig z. B. die Belehrungsarbeit in eine Forscher- und Erfindertätigkeit einerseits und in die eigentliche Lehrtätigkeit andererseits, wenn auch beiderlei Berufszweige mitunter in einer Person vereinigt sein können. Ebenso teilt sich die Leitungsarbeit noch in oberste, obere, mittlere und untere Leitungen. Ähnlich sondert sich der Wehrberuf in Richtertum, Polizeigewalt und eigentliches Kriegsweh, von denen wieder jeder Hauptast eine Menge von stärkeren und schwächeren Verzweigungen aufweist. Auch das Medizinalwesen ist mindestens zu einem Teile dem Wehrberufe und höchstens zum anderen Teile dem Lehrberufe zuzurechnen. Was den Nährberuf, die im materiellen Sinne produktive Tätigkeit anbelangt, so differenziert er sich bekanntlich schon ziemlich frühzeitig in Urproduktion (Acker-,



Garten-, Forstwirtschaft, Bergbau), dann in die Fabrikation (Handwerk, Industrie, Kunsthandwerk, Kunst) und schließlich in die Verteilung (Handel, Transportwesen). Auch diese drei Hauptäste des dritten Hauptstammes zeigen natürlich auf hoher Kulturstufe der Gesellschaft außerordentlich mannigfache Verzweigungen.

Die drei Hauptberufsstämme bilden mit ihren drei- oder mehrfachen Hauptästen und außerordentlich mannigfachen Verzweigungen eine sich gegenseitig ergänzende Interessengemeinschaft. Falls sie sich nahezu restlos ergänzen, ist die Interessengemeinschaft vollständig; falls auch für die einzelnen Verzweigungen einigermaßen harmonische Zahlen- und Größenverhältnisse, d. h. ethische und ästhetische Rücksichten beobachtet werden, kann von einer harmonischen Interessengemeinschaft die Rede sein.

Ein Gesellschaftskörper ist nun um so gesunder, normaler, je vollständiger und harmonischer alle Organe eine Interessengemeinschaft bilden, und je weniger sie dem Zustande der Atrophie oder der Hypertrophie gleichen.

Man sieht: das Leben bleibt sich in allen wesentlichen Äußerungen immer und überall gleich. Dieselben Kennzeichen der Gesundheit, Kraft, Schönheit, die für das Einzelwesen gelten, gelten auch für eine Gesellschaft aus eben diesen Einzelwesen. Unser Schiller hatte also die richtige Ahnung, wenn er in den „Künstlern“ sagte:

„Was wir als Schönheit jetzt empfunden,  
Wird einst als Wahrheit uns entgegen gehn.“

Die Griechen hätten, wie den ideal schönen, gesunden, kraftvollen Einzelkörper mit der Zeit wohl auch einen eben solchen Gesellschaftskörper geschaffen, wenn dieser nicht in früher, unerwachsener Jugend schon vom Krebs befallen und zugrunde gerichtet worden wäre. Die eigentliche, primäre Ursache davon war die, daß die griechischen (ebenso die römischen und anderen) bloßen Stadtstaaten überhaupt keine Interessengemeinschaften, geschweige denn vollständige oder gar harmonische Interessengemeinschaften waren. Einzelne Stadtstaaten waren wenigstens Industrie- und Handelsstaaten, aber gerade die größten und mächtigsten Städte, die einen bestimmenden Einfluß auf die umliegenden Städte, Länder und Völker anstrebten, waren fast ausschließlich Handelsstaaten, bildeten also die denkbar unvollständigste, einseitigste, am wenigsten harmonische Interessengemeinschaft. Nicht einmal die drei Hauptäste des Nährberufes waren hier zu einer auf Gleichberechtigung fußenden Interessengemeinschaft verbunden. Der griechischen Stadtwirtschaft fehlte die Landwirtschaft und damit zugleich eine ausreichende Wehrkraft, denn die brauchbaren Vertreter dieses Berufes müssen an Leib und Seele kraftvolle, d. h. einfache, unverwöhnte, wenig differenzierte Menschen sein. Der antike Stadtstaat konnte im mittleren Stadium der Entwicklung, wo er noch nicht allzu überwiegend von Handel und Handelskapital lebte, also noch ziemlich viel fabrizierte, allenfalls noch brauchbare Vertreter des Lehrberufes, aber nicht mehr solche des Wehrberufes erzeugen, wenigstens nicht viel über die Dauer des ersten Stadiums hinaus. Bis zu einem gewissen Maße war ja auch sogar im Altertum, wo man bekanntlich noch keine im wesentlichen selbst schießenden



Repetiergewehre und Schnellfeuerkanonen hatte, der selbständige, freie Handwerker wehrfähig. Da dieser aber mit dem Ueberwiegen der Handelsinteressen durch den Industrieproletarier, also im Altertum durch Sklaven, ersetzt wurde und in reinen Handelsstädten überhaupt verschwand, so waren diese zuletzt ganz auf fremde Söldner angewiesen.

Zu dieser schon von vornherein unvollständigen, einseitigen, unharmonischen Interessengemeinschaft kam aber in den griechischen, römischen, überhaupt den antiken Stadtstaaten noch ein anderes, den krankhaften Zustand noch bedeutend verschlimmerndes Moment. Hätten die Städte den Urproduzenten auf dem Lande stets auf einem wirtschaftlich gleichen Machtniveau gegenübergestanden, so hätten sie ihre industriellen und künstlerischen Produkte einigermaßen äquivalent gegen Urprodukte eintauschen müssen, auch wenn sie nicht mit den Urproduzenten in politischem Verbande, also unter gleichem Rechte gelebt hätten. Die Landbewohner, zu denen auch die Bürger der kleinen Landstädte zu rechnen sind, hätten also nicht nötig gehabt, sich gegen die großen Handelsstädte und Industriezentren aufzulehnen. Zur Zeit des reinen Tauschverkehrs, der sich zuerst wohl nur zwischen der Stadt und dem unmittelbar darum liegenden Lande abspielte, wird das wirtschaftliche Machtniveau auf beiden Seiten wohl auch so ziemlich gleich gewesen sein. Es konnte deshalb damals wohl noch nicht von einer eigentlich wucherischen Ausbeutung der Urproduzenten die Rede sein.

Nun verschob sich aber das wirtschaftliche Machtniveau zwischen Stadt und Land immer mehr zuungunsten des Landes, je mehr der ursprüngliche Tauschverkehr in Geldverkehr überging. Die Ursache davon war folgende. Das aus seltenen Edelmetallen bestehende Geld ist im Vergleich mit den früher die Stelle des Geldes vertretenden Waren viel leichter zu transportieren und zu verbergen. Es kann auch nicht verderben und bedarf nicht der Aufsicht, Wartung und Nahrung, wie das Vieh und die Sklaven, die früher hauptsächlich die Stelle des Geldes vertraten. Bei hochentwickelter Geldwirtschaft ist also derjenige, der Geld gegen Waren eintauschen will, d. h. der Käufer, gegenüber dem, der Waren für Geld hergeben muß, d. h. dem Verkäufer, fast immer im Vorteil. Dazu kommt noch, daß die Menge des seltenen Edelmetalles, besonders des Goldes, nicht, jedenfalls nicht in demselben Maße vermehrbar ist, wie die Menge der Waren und Leistungen, die von der größeren Urproduktion und Fabrikation abhängt. Falls also kein unmittelbarer Austausch zwischen den verschiedenen Aesten und Zweigen der Produktion, namentlich zwischen Urproduktion und Fabrikation besteht, bestimmt sich der Preis der Produkte unter sonst gleichen Umständen nach dem Verhältnis der umlaufenden Geldmenge zur umlaufenden Warenmenge. Vermehrt sich z. B. die Warenmenge, wie das leicht möglich ist, auf das Doppelte, während die umlaufende Geldmenge sich gleich bleibt, so sinkt der Preis der Waren auf die Hälfte des früheren. Im umgekehrten Falle natürlich umgekehrt. Da nun das Geld wegen der vorher erwähnten Eigenschaften viel leichter absichtlich zurückgehalten werden kann, als die meisten der dafür käuflichen Produkte, so können die Leute, die mehr Geld zur Verfügung haben, als sie brauchen, das



Verhältnis der umlaufenden Geldmenge zur umlaufenden Warenmenge bald so, bald so zu ihrem Vorteile abändern. Diese Glücklichen sind aber aus naheliegenden Gründen die reichen Großhändler, die zwischen Urproduktion und Fabrikation vermitteln. Vor dem Einkaufe halten diese das Geld längere Zeit zurück und erniedrigen dadurch, namentlich in Jahren reichlicher Produktion, die Preise der Produkte. Nach dem Einkauf und längere Zeit nach dem Ablauf der Produktionsperiode können sie dann die inzwischen im Preise gestiegenen Produkte meist mit großem Vorteil wieder verkaufen. Das Geld muß sich also bei ihnen viel schneller und reichlicher ansammeln, als irgend wo anders.

Wo nun aber gar die weite Entfernung zwischen Urproduzenten und Fabrikanten eine direkte Berührung zwischen beiden ganz unmöglich macht, da ist der Großhändler so recht in der Lage des tertius gaudens: er kann, wenn ihm das vorteilhaft erscheint, den Urproduzenten die Fabrikate und den Fabrikanten die Urprodukte sperren, d. h. beide von sich abhängig machen.

Es ist darum kein Wunder, wenn im Altertum, wo es im wesentlichen nur Stadtstaaten, keine Land und Stadt verbindenden Volksstaaten gab, der Handel das bei weitem einträglichste Gewerbe wurde und die staatliche Entwicklung fast regelmäßig in der Richtung der großen, übergroßen Handelsstädte vor sich ging. Hier sammelte sich aller Geldreichtum und infolge der Geldwirtschaft aller Reichtum, alle Macht überhaupt. Die Urproduktion und in weiterer Folge auch die Fabrikation, also die gesamte Produktion wurde zuletzt ganz von der kapitalistischen Macht der großen Handelsstädte abhängig. Unter solchen Verhältnissen konnte von einem gleichen Rechte und einem gerechten, äquivalenten Austausch zwischen der Produktion einerseits und dem Handelskapital andererseits gar nicht gesprochen werden. Die wirtschaftliche Knechtschaft mußte sehr bald auch die eigentliche, politisch-rechtliche Versklavung aller Produzenten, zuerst die Urproduzenten, dann auch der Fabrikanten nach sich ziehen, und das geschah gewöhnlich in folgender Weise.

Die städtischen Händler boten den ländlichen Urproduzenten die Fabrikate an, die sie vorher von den Fabrikanten mehr oder weniger vorteilhaft gekauft hatten, und kauften dafür das überschüssige Getreide, Vieh usw. vom Lande an. Anfangs werden die Landleute wohl nur diejenigen Waren gekauft haben, die sie selbst nicht gut entbehren konnten. Mit der Zeit, in dem Maße, als die Fabrikate schöner, begehrenswerter wurden, werden sie wohl auch Luxusartikel eingekauft haben, nach denen ja gewisse Menschen, namentlich Weiber, überall und jederzeit ein unstillbares Verlangen haben. So ließen sich die Landleute, besonders in guten Jahren, meist verleiten, auch die für die zukünftige Produktion und etwaige Mißernten bereit gehaltenen Vorräte zu verkaufen. Solange die Urproduktion auf dem Lande gut gedieh, mag den Landleuten selbst das nicht besonders geschadet haben. Wenn nun aber eine schlechte oder gar eine Mißernte kam, was bei der damaligen mangelhaften Agrikulturtechnik auch in fruchtbaren Gegenden öfter passierte, als heutzutage in den Hauptkulturländern: so mußte auf dem Lande schon vor der Reife der nächsten Ernte Hungersnot, zum mindesten Teuerung eintreten, während die



Speicher der Großhändler in den großen Handelsstädten noch wohlgefüllt waren.

Nachdem die Landleute das letzte halbwegs entbehrliche Hab und Gut zur Stillung des Hungers verkauft hatten, waren sie gezwungen, in einem Verträge ihre Arbeitskraft und ihre Wirtschaft gewissermaßen im voraus, bis zur nächsten Ernte zu verkaufen, bezw. zu verpfänden. Zwischen einem Hungernden und einem Satten ist aber ein halbwegs gerechter und billiger Vertrag nur dann möglich, wenn beide unter demselben politischen Rechte stehen und der Hungernde von den Vertretern des Gemeinwohls sehr kräftig geschützt wird. Nun bestand aber damals zwischen Stadt und Land, jedenfalls zwischen den großen, reichen Handelsstädten und den umliegenden kleineren Städten, Ländern, Völkern keine auf gleichem Rechte fußende Gemeinschaft politischer Art, sondern nur wirtschaftlicher Verkehr. Der Vertrag wurde also von dem einen Kontrahenten nicht vom Rechts-, sondern vom Machtstandpunkte aus geschlossen, d. h. die Landleute wurden, wenn die Mißernten sich öfter wiederholten, den städtischen Händlern in einem Maße zinspflichtig, welches eine nicht gewaltsame Wiederbefreiung vollkommen ausschloß. Dasselbe mußte in Hungerjahren auch den Vertretern der Fabrikation passieren, falls sie nicht etwa zugleich Großhändler waren oder mit diesen in unmittelbarer Lebensgemeinschaft standen. Auch die Fabrikanten bedürfen ja der Urproduktion zur Nahrung sowohl wie zur Fabrikation, und da solche Dinge bei Geldwirtschaft nicht ohne Geld zu kaufen sind, bedürfen sie auch des Geldes. Solches besitzen aber in teuren Zeiten nur die Großhändler im Ueberflusse. Nur sie können es also auch an die Fabrikanten, damals selbstverständlich nur zu hohen, überhohen Zinsen, verleihen. Konnten die Schuldner nicht bezahlen, was bei der schlechten Lage der Produktion gegenüber dem Handel öfters vorkommen mußte, so verfielen sie den sehr harten, ausschließlich von und für Kapitalisten gemachten antiken Schuldgesetzen. Wenn dieselben in Griechenland auch nicht so hart waren wie in Rom, wo die fortgesetzt zahlungsunfähigen Schuldner einfach versklavt werden konnten, so waren sie doch immerhin auch dort in den meisten Gemeinwesen sehr hart, viel härter als die unserigen.

Es war darum nicht, wie es in jenem eingangs zitierten Artikel von C. H. de Méray heißt, ein „Rückfall in die frühere phagozytäre Lebensweise“, sondern eine durchaus normale, gesunde Empörung, wenn sich die Urproduzenten, kleinen Fabrikanten und Zwischenhändler gegen die Großhändler und Großkapitalisten auflehnten, d. h. sich gewaltsam aus der sonst unentrinnbaren Knechtschaft, die ja zuletzt zur eigentlichen Sklaverei führen mußte, zu befreien suchten. Natürlich wollten aber die Wucherer aller Arten und Entwicklungsstufen ihr bequemes, arbeitsloses und doch üppiges Leben nicht aufgeben, und darum, nur darum riefen sie fremde Söldner herbei. Die Abtrünnigen sollten durch diese „Helfer“ wieder in ihre frühere Zinssklaverei zurückgeführt werden; die Wucherer und ihr Anhang waren ja dazu nicht imstande. So rief ein Krebsgewächs das andere ganz naturgemäß hervor.

Im ersten Stadium der vorwiegenden Handelsinteressen war der antike Gesellschaftskörper zwar schon im hohen Grade krank, aber



die Krankheit konnte solange noch nicht als eigentlich krebsartig bezeichnet werden, als sich aus den Großhändlern noch nicht die rein parasitäre Klasse der Leihkapitalisten, d. h. Leihwucherer losgelöst hatte. Der Handel leistet ja in jedem Falle immerhin Verteilungsarbeit, ist also noch eine produktive Tätigkeit; nur läßt er sich dieselbe, wo er an wirtschaftlicher Macht der übrigen Produktion überlegen ist, übermäßig teuer bezahlen, und darin besteht eben der Wucher, der jedoch in diesem Falle des sog. Warenwuchers noch ein wenigstens teilweise produktives Gewebe ist. Dagegen bilden die Leihwucherer und die ihnen mehr oder weniger ähnlichen Gewerbetreibenden im Gesellschaftskörper ein rein parasitäres, also im eigentlichen Sinne krebsartiges Gewächs; denn es vermag ohne jede nur halbwegs angemessene Gegenleistung produktiver Art sehr gut, ja unter Umständen üppig zu leben und sich auszubreiten.

Selbstverständlich ist aber die Existenz solcher Wucherer auf die Dauer nicht ohne von ihnen bezahlte und in kritischen Zeiten beständig unterhaltene Söldner möglich. Diese waren „phagozytäre Elemente“ unzweifelhaft insoweit, als sie sich — was freilich nur zu häufig der Fall sein mochte — aus Räubern, Erpressern und anderen schweren Verbrechern rekrutierten. Diejenigen Söldnerbanden jedoch, deren Anführer auf strenge Ordnung hielten und Treue mit Treue erwiderten, waren vielleicht ursprünglich selbst Empörer gegen ungerechte Ausbeutung. Man darf sich daher nicht wundern, wenn ihre Gesinnungs- und Leidensverwandten sie gegen die Großwucherer zur Hülfe riefen und, da die Ausgebeuteten keinen Sold zahlen konnten, sich dem Anführer freiwillig unterwarfen. Derartige Söldnerführer mögen jene „Tyrannen“ gewesen sein, die, bei Lichte besehen, vielfach besser waren, als der Ruf, den ihre Gegner uns von ihnen hinterlassen haben. Alles das schloß freilich nicht aus, daß auch diese Art Söldner in einer Zeit, wo mit Gold sozusagen alles zu machen und Gerechtigkeit nur dem Namen nach bekannt war, allmählich zu eigentlichen Verbrechern entarteten und so das krebsartige Gewächs im antiken Gesellschaftskörper noch vermehren und verschlimmern halfen.

C. H. de Méray behauptet, daß diese Krankheit sich auch auf die spätere, ja bis auf unsere Zeit übertragen hat. Richtig ist, daß das Söldnerunwesen, nachdem der teils auf christlichen, teils auf urgermanischen Anschauungen und Empfindungen beruhende Lehnsstaat des Mittelalters innerlich zerfallen war, sich auch in der Neuzeit übel bemerkbar gemacht hat.

Aber auch hier war es wieder derselbe Krebs des Kapitalismus, der zuerst innerhalb der Kirche, seiner ursprünglichen Gegnerin, dann auf dem Fürstenthron herrschend wurde, hier den auf Treu und Glauben, Recht und Sitte gegründeten Lehnsstaat innerlich zerfraß und dadurch das Söldnertum notwendig machte. Der Kapitalismus innerhalb der Kirche wurde bekanntlich durch die Reformation, der auf dem Fürstenthron durch die gesonderte Verwaltung des staatlichen und des fürstlichen Einkommens von seinen schlimmsten, böartigsten Auswüchsen befreit. Damit ist aber der Kapitalismus nicht aus der Gesellschaft überhaupt verschwunden. Zwar findet man die einfachen antiken Formen des Wuchers heutzutage nur noch selten und in verhältnismäßig geringer Ausbreitung und Schädlichkeit. Da-



für hat der Wucherbegriff in neuerer und besonders neuester Zeit eine Umbildung erfahren, die sein innerstes Wesen zwar vor dem strengen Blicke der Sitte und des Gesetzes verschleiert, aber es dadurch keineswegs geändert, vielmehr, was Ausbreitung und Gemeingefährlichkeit anbelangt, es noch verschlimmert hat. Das im einzelnen zu zeigen, bedarf natürlich einer besonderen Behandlung und würde hier zu weit führen. Nur auf eins möchte ich hier noch aufmerksam machen.

Der Militarismus ist in der neuesten Zeit, zum mindesten in den Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht, auf dem besten Wege, seinen krebsartigen Charakter zu verlieren und zu einem normalen Gewebe des Gesellschaftskörpers zu werden. Frankreich hat allerdings mit seiner „Fremdenlegion“ noch einen Rest des früheren Söldnerunwesens konserviert, und England und Amerika haben überhaupt noch keine allgemeine Wehrpflicht. Dagegen kann in Preußen und Deutschland, wo diese Institution zuerst eingeführt wurde, der Gesundungsprozeß als nahezu vollendet angesehen werden. Verbrecherische Elemente sind hier als Soldaten vollkommen ausgeschlossen, und auch die produktive Tätigkeit leidet durch den Militärdienst wenig. Der gemeine Soldat ist hier nur ein, zwei, höchstens drei Jahre der gewerblichen Tätigkeit entzogen und wird überdies derselben oft in einer besseren Beschaffenheit zurückgegeben, als er empfangen wurde. Die Unteroffiziere treten nach spätestens zwölf Jahren ins produktive Leben zurück, und sogar ein großer Teil der aktiven Offiziere vermag sich später darin oft noch recht nützlich zu machen. Berufssoldaten fürs ganze Leben bleibt nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von hohen und höchsten Offizieren. Dabei ist der Sold aller dieser Soldaten, weit entfernt, reichlich oder gar üppig zu sein, vielmehr so mäßig, daß man eher von einer idealistischen Aufopferung für die Gesellschaft, als von einer Beraubung derselben sprechen kann. Sogar ein General hat im Vergleich mit Großindustriellen, Großhändlern, Großkapitalisten und namentlich mit Bankdirektoren ein geradezu bescheidenes Einkommen.

Gewiß ist der Wehrberuf als Ganzes im Vergleich mit früheren Zeiten heutzutage noch ziemlich hypertrophisch<sup>1)</sup> entwickelt. Das hängt aber ebenfalls mit dem kapitalistischen Wettbewerb der Völker und den

<sup>1)</sup> Dabei sind jedoch die letzten drei Jahrhunderte ausgeschlossen. Preußen verwandte 1740 nicht weniger als 88 v. H. aller Staatseinnahmen für Heereszwecke, im Jahre 1776 sogar 91 v. H. Das Deutsche Reich dagegen gab einschließlich der Einnahmen der Einzelstaaten im Jahre 1907 nur 18 v. H. seiner Einkünfte für Heer und Flotte aus. Unter Friedrichs des Großen Zeiten gehörten 1,40 v. H. der Bevölkerung (nach Abrechnung der Ausländer) in Friedenszeiten dem Heere an, im heutigen Deutschland nur 0,85 v. H.! Jedenfalls ist der Wehrberuf im heutigen Deutschland weder finanziell noch bevölkerungsstatistisch übermäßig belastet. Frankreich verwendet von seinen Staatseinnahmen 33 v. H., Großbritannien 29 v. H., Rußland 20, die Vereinigten Staaten von Nordamerika 47, Türkei 39, Bulgarien 24, Dänemark 20,2, Schweden 39 und sogar die Schweiz mit ihrem Milizsystem 26,5 v. H. der Staatseinnahmen für Wehrzwecke. Entsprechend ist der Bevölkerungsbruchteil: Türkei und Bulgarien 8 v. H., Schweden 8,1, Schweiz 8,5, Rumänien 10, Serbien 11 v. H. usw. Man hat also in Deutschland kaum das Recht, von einer Hypertrophie des Wehrberufes zu sprechen. Siehe „Jahrbücher für deutsche Armee und Marine“, Januarheft 1909, Pohlmann: „Die militärischen Anstrengungen Preußens unter Friedrich dem Großen und diejenigen des Deutschen Reiches.“



dadurch beständig drohenden Friedensstörungen innerer oder äußerer Art zusammen. Bei uns in Deutschland kommt dazu noch die besonders gefährdete geographische Lage, in Oesterreich die so überaus unglückliche Rassenmischung. Trotz dieser Hypertrophie des Wehrberufes wird aber die allgemeine Produktivität verhältnismäßig wenig beeinträchtigt; denn infolge der ungeheueren Ersparung von menschlicher und tierischer Arbeitskraft durch die technischen Erfindungen der Neuzeit wird heutzutage relativ und absolut so ungeheuer viel produziert, daß man in den Hauptkulturländern zum mindestens in materieller Hinsicht eher von Ueber- als von Unterproduktion sprechen kann. Die Ueberproduktion ist aber leider immer nur für einzelne Aeste und Zweige des Nährberufes vorhanden. Die Interessengemeinschaft ist darum selbst innerhalb der Nationalstaaten niemals vollständig oder gar harmonisch. Daher der heftige Interessenkampf in und zwischen den einzelnen Nationen und ihren Wirtschaftsgebieten. Würde man, um den internationalen Kampf zu vermeiden, aus der ganzen Welt ein einziges Wirtschaftsgebiet und eine einzige Interessengemeinschaft machen, so würden vielleicht die äußeren Kriege zwischen den Nationen eine Weile aufhören, aber die inneren Kriege würden dann erst recht entflammt werden. Nur wenn aus den verschiedenen Nationalstaaten vollständige und harmonische Interessengemeinschaften geworden wären, würden die inneren Kriege für immer verschwinden und die äußeren nur von Zeit zu Zeit ausbrechen. Dieser Zustand wird also für alle Nationalstaaten das politische Problem der Zukunft sein müssen.

Selbstverständlich werden sich aber die internationalen Großwucherer, deren Interessen mit einer vollständigen und harmonischen Interessengemeinschaft der großen Nationalstaaten unvereinbar sind, auch diesmal gegen eine ihnen ungünstige Entwicklung aufs äußerste zu wehren versuchen. Da sie aber jetzt, nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, keine Söldner mehr zur Verteidigung ihrer Interessen finden werden, so wird ihr Widerstand vergeblich sein, falls die Volkshere sich nicht etwa gegen ihr eigenes Wohl, das diesmal mit dem Gemeinwohl identisch ist, gebrauchen lassen. Wenn es also den modernen Gesellschaften gelingt, sich von dem jetzt üppiger als jemals wuchernden Krebsgewächs des Kapitalismus zu befreien, so wird das hauptsächlich der allgemeinen Wehrpflicht zu verdanken sein. Auch die moderne, verfassungsgemäß beschränkte Militärmonarchie wird dabei gute Dienste leisten können; denn die heutigen Republiken sind viel mehr wucherische Plutokratien als jene natürlichen, neben dem Gelde doch immerhin noch auf Ehre und Treue gegründeten Herrschaftsorganisationen. Es gilt das gerade da am meisten, wo die Republiken dem Namen nach Demokratien sind, wie besonders für die große Republik jenseits des atlantischen Ozeans. Bis die bessere Erkenntnis die Völker vollständig, auch in den untersten Schichten, durchdringt, wird freilich in jenen Ozean, um den sich bis auf weiteres noch immer die wichtigsten Menschheitsgeschicke abspielen werden, noch mancher Tropfen Wasser fließen.

---



Thüringische Verlagsanstalt, G. m. b. H., Leipzig.

# Die natürlichen Grundlagen des Rechts und der Politik

von

Dr. jur. Ludwig Kuhlenbeck,

ord. Professor des deutschen Rechts  
an der Universität Lausanne.

Preis brosch. Mk. 5,—, in Originalband Mk. 7,—.

„Das Recht“ vom 23. Juli 1907 schreibt:

Während die große empirische Bewegung, welche im Anschluß an die Entdeckungen des 15. und 16. Jahrhunderts zunächst die Naturwissenschaften reformiert hat, sichtbar auf die Geisteswissenschaften herübergreift, bietet die zeitige rechtswissenschaftliche Methode die eigentümliche Erscheinung einer Wissenschaft, die, ungeachtet ihrer ständigen Fühlung mit dem praktischen Leben, sich gegen eine erfahrungsmäßige Bewertung ihrer Ergebnisse ängstlich verschließt. Um so erfreulicher ist es daher zu begrüßen, wenn endlich Leute auf dem Plan erscheinen, welche die Rechtswissenschaft mit den Erfahrungswissenschaften auf denselben Boden stellen und zwar solche, die wie Kuhlenbeck den Einwand, daß sie die notwendigen Grenzen der Rechtswissenschaft nicht zu ziehen vermögen, durch ihre bekannte rechtswissenschaftlichen Leistungen von vornherein abschneiden. Wie der Titel zeigt, will der Verfasser in erster Linie auf Grund der Staats- und Rechtsentwicklung eine Rechtfertigung der Deszendenz-Theorie geben. Daraus erklärt es sich auch, daß er die gegen die letzteren von der Naturwissenschaft erhobenen Einwendungen verhältnismäßig eingehender zusammenstellt und erörtert als es für den juristischen Leser vielleicht notwendig gewesen wäre. Für die rechtswissenschaftliche Methode liegt daher die Bedeutung des Buches nicht sowohl darin, daß der Verfasser gerade auf dem Standpunkt des Darwinismus steht, als vielmehr darin, daß gegenüber der hergebrachten spekulativen Behandlungsweise überhaupt zeitgemäße empirisch gefundene allgemeine Gesetze auch auf die Rechtserscheinungen angewendet werden. Damit hat der Verfasser einen bedeutsamen Schritt vorwärts getan.

Oberlandesgerichtsrat Bozi, Hamm i. W.

~~~~~ Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. ~~~~~



Thüringische Verlags-Anstalt, G. m. b. H., Leipzig.

Ein  
**Pangermanisches Deutschland**

Versuche über die Konsequenzen der gegenwärtigen  
wissenschaftlichen Rassenbetrachtung für unsere  
politischen und religiösen Probleme

Von

**Josef Ludwig Reimer**

Umfang ca. 25 Bogen. — Preis broschürt Mk. 6,—, gebunden Mk. 8,—

Beiträge zur Völkerkunde

**Die  
Germanen**

Von  
**Dr. med. Ludwig Wilser**

Korresp. Mitglied der Gesellschaft zur Förderung  
der Naturwissenschaften in Cherbourg und der  
Schwedischen Gesellschaft für Anthropologie und  
Geographie in Stockholm

ca. 450 Seiten 8°

Preis brosch. 6 Mk., geb. 7,50 Mk.

**Die Verbreitung der aktiven Menschenrasse  
über den Erdball.**

Andeutungen von

**Dr. Gustav Klemm.**

Neue Ausgabe. ⌘ Preis broschürt Mk. 0,75.

Nicht Gobineau, sondern Klemm ist der wahre Urheber der Rassen-  
theorie. Der Neudruck dieser seltenen Schrift ist ein Verdienst. ⌘

**Die Grundlagen der Kirche**

von

Preis broschürt  
Mk. 5,—.

**Hans Gallwitz.**

In Originalband  
Mk. 6,50.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.



Thüringische Verlags-Anstalt, G. m. b. H., Leipzig.

# Politische Anthropologie

Eine Untersuchung über den Einfluß der Deszendenztheorie  
auf die Lehre von der politischen Entwicklung der Völker

von

**Ludwig Woltmann**

Dr. phil. et med.

Preis brosch. Mk. 6,—, gebd. Mk. 7,—.

## Urteile der Presse:

L. Woltmann, der ganz auf naturwissenschaftlichem Boden steht und aus den ewigen, für Menschen und Tiere geltenden Naturgesetzen die Bildung der Rassen und Völker, die kriegerischen und geistigen Leistungen, die Blüte wie den Verfall der Staaten erklärt, hat ein vortreffliches, für jeden denkenden Menschen, besonders aber für den Historiker, den Staatsmann und Politiker lehrreiches Werk geschaffen. (Mitteilungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften.)

In diesen Tagen ist in der Thüringischen Verlags-Anstalt in Eisenach eine epochemachendes Werk erschienen, das den großen Gedanken von Gobineau und H. St. Chamberlain ein exaktes wissenschaftliches Relief gibt und den Versuch unternimmt, das Werk dieser Männer auf den Boden praktischer Politik und Gesellschaftskunde zu übertragen. (Deutsche Warte.)

Nur ein Gelehrter von umfassendstem Wissen, mit ausgedehntester Literaturkenntnis und nicht zuletzt von besonderer literarischer Fähigkeit konnte einem weiteren Leserkreise diese wichtigsten Gebiete, diese schwierigsten Probleme verständlich machen. Ueberall ist Woltmanns Buch im höchsten Maße lehrreich und interessant. Die Art der Darstellung ist dabei eine klare, leicht faßliche, fast populäre. (Monatsschrift für soziale Medizin.)

## Beiträge zur Rassenkunde.

(Preis pro Heft 75 Pfg.)

- Heft 1: **Die Rassengliederung des Menschengeschlechts.** Von Dr. Ludwig Wilser.
- Heft 2: **Die Entstehung der neolithischen Kultur Europas.** Von Prof. Karl Penka.
- Heft 3: **Krieg und Kultur in der Lebensgeschichte der Rasse.** Von Eberh. Kraus.
- Heft 4: **Kaukasische Zusammenhänge.** Von Dr. Albr. Wirth.
- Heft 5: **Herkunft der alten Völker Italiens und Griechenlands und ihre Kultur.** Von Prof. Karl Penka.
- Heft 6: **O. Schraders Hypothese von der südrussischen Urheimat der Indogermanen.** Von Prof. Karl Penka.

~~~~~ Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. ~~~~~



Thüringische Verlags-Anstalt, G. m. b. H., Leipzig.

Reise-Beschreibungen.

# Rund um Südamerika

Briefe an Tante Lottchen

von

Paul v. Rautenberg-Garczynski.

Mit vielen Illustrationen.

Preis brosch. Mk. 4,—, geb. Mk. 5,—.

Die „Deutsche Kolonialzeitung“ (1908 Nr. 35) bemerkt u. a.: „Ein launig geschriebener Reisebericht, der sich nicht nur unterhaltend liest, sondern sich auch durch die oft überraschend scharfsinnige Beobachtungsgabe des Verfassers hinsichtlich der von ihm doch ziemlich schnell durcheilten Länder auszeichnet. Den Volkscharakter in den verschiedenen südamerikanischen Staatsgruppierungen, die hervorsteckendsten Merkmale der einzelnen Gegenden, die Art und Weise, wie man dort reist, logiert und aufgenommen wird, das alles schildert der Verfasser ohne Voreingenommenheit mit einer Treue der Farben und so treffender Auffassung, wie sie in leichter Lektüre dieser Art selten gefunden werden dürften. Da ein Baedeker für Südamerika leider noch fehlt (Argentinien ausgenommen), so daß der Reisende sich überall sozusagen durchtasten und oft auf seinen Instinkt verlassen muß, kann dieses Buch gleichzeitig als eine Art Wegweiser für Reisende dienen, die ohne viel Studium und Mühe die sehenswertesten Punkte Südamerikas besuchen wollen. Die zahlreichen Bilder sind mit Geschick ausgewählt und geben manche guten Anschauungen von Sehenswürdigkeiten und charakteristischen Typen.“

Die „Südamerikanische Rundschau“ (1908 Nr. 6) schreibt u. a.: „Keine wissenschaftliche Reiseschilderung, sondern anspruchslose Reiseberichte, Erfahrungen, Erlebnisse und Ergebnisse einer Studienfahrt. — Die an keiner Stelle langweilige Plauderei fließt in knappen Sätzen, humorvollen Betrachtungen und mitunter recht interessanten Vergleichen zwischen deutscher und fremder Art in die Feder. Besonders zu loben sind die zahlreichen, guten Illustrationen, die dem Buch einen besonderen Reiz verleihen.“

# Holländisch - Indien

Ein Reisebericht

von

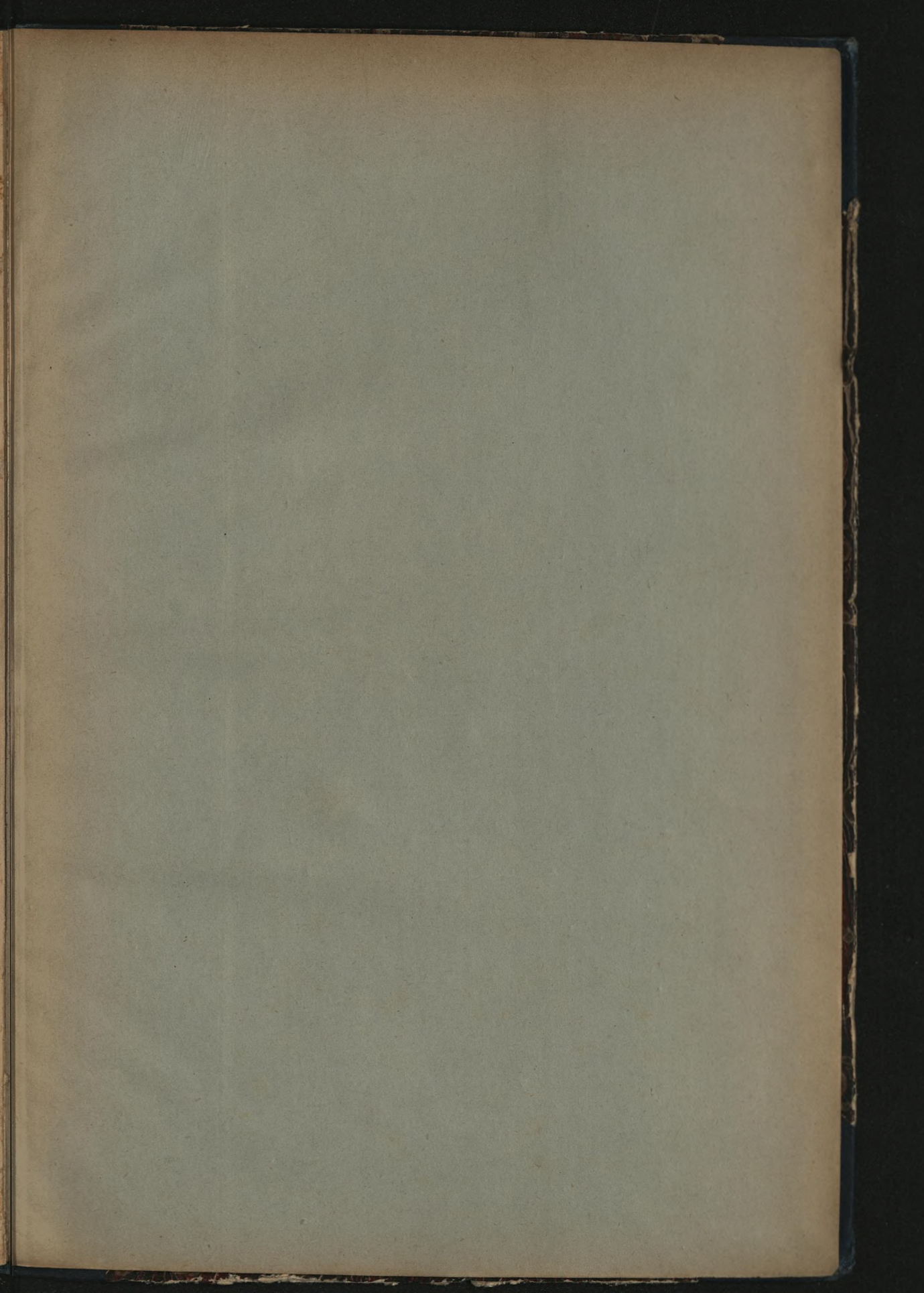
Paul v. Rautenberg-Garczynski.

Mit vielen Illustrationen. — Preis Mk. 1,50.

Die „Deutsche Kolonialzeitung“ vom 13. Juli 1907 schreibt u. a.: „Eine ganz interessante Lektüre und mehr als ein alltäglicher Reisebericht! . . . von den Holländern, die uns blutsverwandt sind und seit Jahrhunderten ein ansehnliches Kolonialreich verwalten, hört man leider bei uns wenig. Das vorliegende Buch gibt in großen Zügen ein Bild von Holländisch-Indien. Die Abbildungen sind charakteristisch und gut.“

~~~~~ Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. ~~~~~

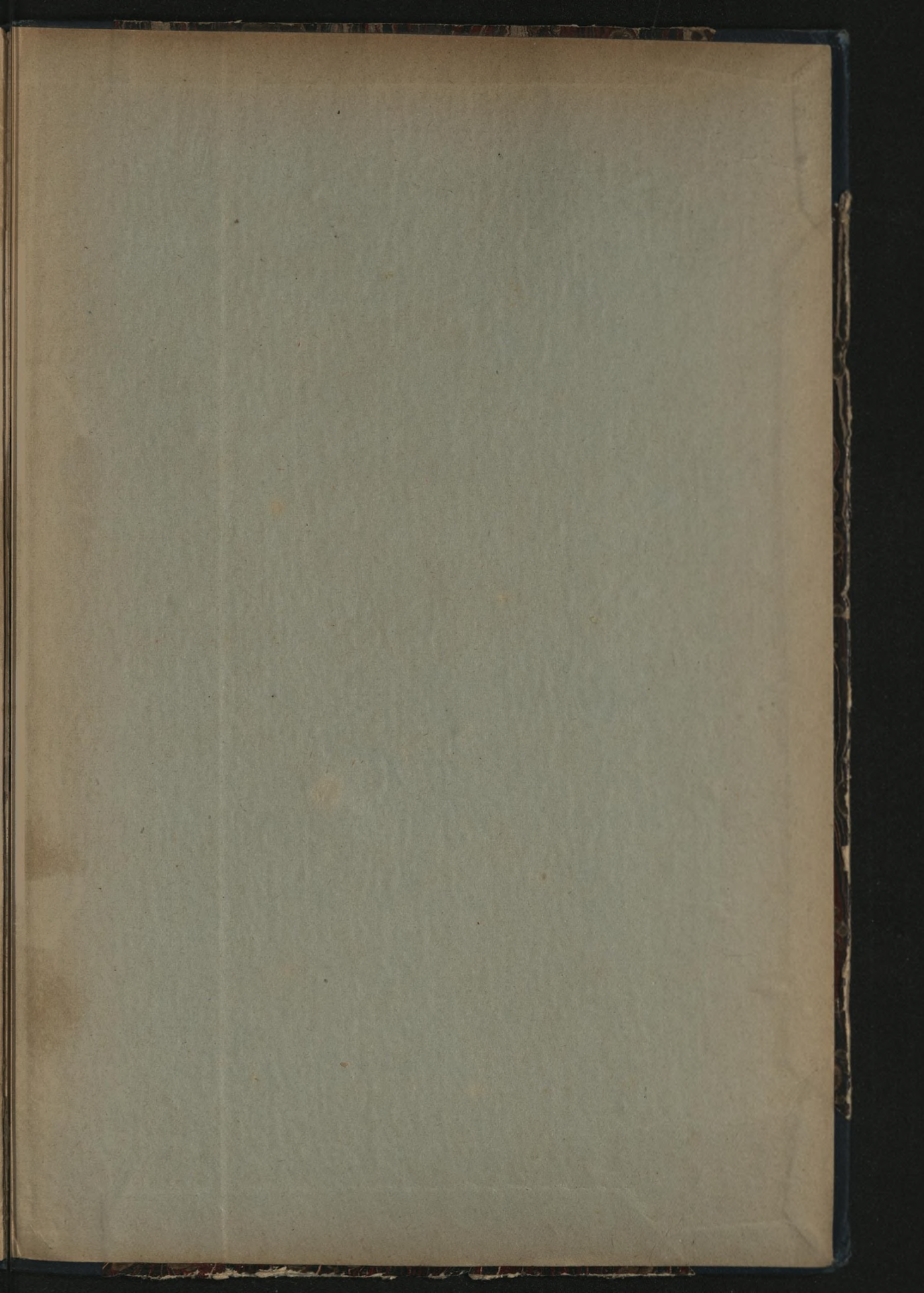




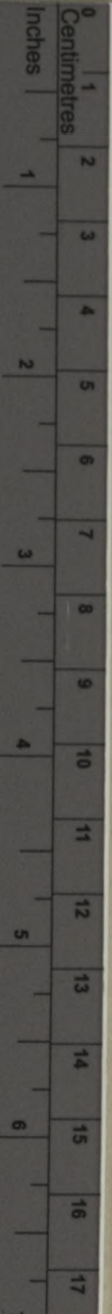








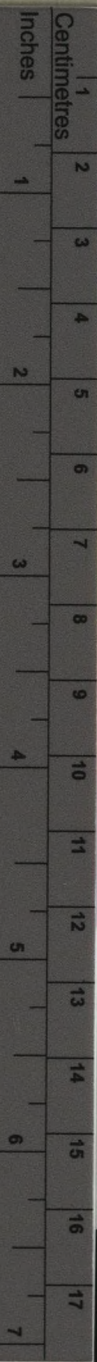




# Color chart

Sachverständigen-Zubehör.de

|                                              |                                              |                                               |                                                |                                             |                                                 |                                               |                                              |                                               |
|----------------------------------------------|----------------------------------------------|-----------------------------------------------|------------------------------------------------|---------------------------------------------|-------------------------------------------------|-----------------------------------------------|----------------------------------------------|-----------------------------------------------|
| <b>Blue</b><br>#0000FF<br>#0000FF<br>#0000FF | <b>Cyan</b><br>#00FFFF<br>#00FFFF<br>#00FFFF | <b>Green</b><br>#008000<br>#008000<br>#008000 | <b>Yellow</b><br>#FFFF00<br>#FFFF00<br>#FFFF00 | <b>Red</b><br>#FF0000<br>#FF0000<br>#FF0000 | <b>Magenta</b><br>#FF00FF<br>#FF00FF<br>#FF00FF | <b>White</b><br>#FFFFFF<br>#FFFFFF<br>#FFFFFF | <b>Grey</b><br>#808080<br>#808080<br>#808080 | <b>Black</b><br>#000000<br>#000000<br>#000000 |
|----------------------------------------------|----------------------------------------------|-----------------------------------------------|------------------------------------------------|---------------------------------------------|-------------------------------------------------|-----------------------------------------------|----------------------------------------------|-----------------------------------------------|



# Grayscale

Sachverständigen-Zubehör.de

